

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Paris, Genua und Rom 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Himmels', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts', 'Bild in die Welt' und 'Kulturarbeit' erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Hauptzeile 80 Pfennig, Nebenzeile 5. - Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das festgedruckte Wort 25 Pfennig (auflöslig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 5. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskontor: Berlin SW 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Wagenerstraße 1, abgehoben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Tumult im Unterhaus.

Leichtfertige Behauptung Baldwins gegen die Gewerkschaften. - Ein Arbeiterabgeordneter ausgeschlossen. - Tom Shaw gegen die Regierung.

London, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der dritte Tag des parlamentarischen Kampfes um das Gewerkschaftsgesetz stand im Zeichen einer Rede des Ministerpräsidenten

Baldwin.

die zu einer stürmischen Szene führte. Baldwin hatte unter völliger Ruhe seine Rede zur Verteidigung des Gesetzes begonnen. Als er jedoch die Feststellung machte, daß in einigen Gewerkschaften die kommunistische Winderheitsbewegung die Macht an sich gerissen hätte, wurde Baldwin von dem Abgeordneten der Arbeiterpartei Bromley mit der Frage unterbrochen, ob er eine einzige Gewerkschaft namhaft machen könne, auf die seine Behauptung zutreffe. Als sich Baldwin weigerte, den Namen einer solchen Gewerkschaft zu nennen, erklärte der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Bekett,

der Ministerpräsident hätte gelogen.

Bekett wurde daraufhin auf Antrag des Schatzkanzlers Churchill von der Sitzung ausgeschlossen. Seine vorhergehende Behauptung dann leicht abschwächend, stellte Baldwin fest, der kommunistische Einfluß sei weniger in den Vorständen als darin zum Ausdruck gekommen, daß einzelne Ortsgruppen in die Hände der kommunistischen Winderheitsbewegung gekommen seien. Er könne aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres ersehen, daß die Politik des Bergarbeiterverbandes unter den Kontrolle der Winderheitsbewegung stehe. Baldwin setzte sich im weiteren Verlauf seiner Rede hauptsächlich mit der Feststellung seiner Gegner auseinander, daß er kein Mandat für das Anti-Gewerkschaftsgesetz hätte. Er behauptet, sein Mandat sei im Generalstreik gelegen. (?)

Als Hauptredner der Arbeiterpartei wurde der Abgeordnete

Tom Shaw

norgeschickt, der die Regierung beschuldigte, während der ganzen Debatte alles getan zu haben, um den Sinn der Gesetzesklausele zu verdunkeln, anstatt aufzuklären. Die von der Regierung propagierte Freiheit der Gewerkschaften bestehe in der

Freiheit des Streikbruchs und der Spionage der Gewerkschaftsbewegung.

Ein Hinweis auf Neuwahlen, die Lord Birkenhead am Mittwoch in einer Rede machte, hat zu einem Wiederaufleben des Gerüchts geführt, daß die Regierung im Zeichen des Gewerkschaftsgesetzes an das Land zu appellieren gedenke. Das Gerücht wird von ministerieller Seite vollkommen von der Hand gewiesen und in den Kreisen des Fraktionsvorstandes der Labour Party ebenfalls nicht ernst genommen.

Der Achtstundentag vor dem Oberhaus.

Unbestimmte Versprechungen der Regierung.

London, 4. Mai. (Oberhaus.) Lord Parmoor (Arbeiterpartei) lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Bericht der 43. Tagung des Völkerbundesrates, auf die letzten Erörterungen in Genf über die Frage einer internationalen Konvention für einen Achtstundentag, und allgemein auf die Frage der Ratifikationen internationaler Konventionen. Er sagte, es seien 23 Arbeitskonventionen vorhanden, die auf die Besserung der Arbeitsbedingungen hingen. Davon seien zwölf von Großbritannien ratifiziert worden, die übrigen elf dagegen nicht. Alle übrigen interessierten Mächte hätten die Achtstundentagkonvention ratifiziert, vorbehaltlich der britischen Ratifikation. England müßte an der Spitze einer Besserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere der internationalen, schreiten. Lord Parmoor begrüßte die Einladung Australiens zur Genfer Wirtschaftskonferenz und gab der Hoffnung Ausdruck, daß ein besseres Verständnis für die Verhältnisse in Russland die Folge sein werde.

Lord Parmoor fuhr fort: In der Abrüstungsfrage ist der Fortschritt äußerst gering. Wenn man auf die Frage des Grundprinzips kommt, so findet man Großbritannien und Amerika auf der einen Seite und, soweit Europa in Betracht kommt, die kontinentalen Staaten auf der anderen Seite. Man kann keine großen Ergebnisse von der Abrüstungskonferenz erwarten, solange die augenblicklichen Ereignisse in China fortbauern, die für die Abrüstung nicht günstig sein können. Lord Parmoor fügte hinzu, der deutsche Vertreter Graf Bernstorff habe, wie es heißt, eine pessimistische Auffassung über die Verhandlungen in Genf ausgesprochen.

Lord Balfour erwiderte für die Regierung in Abwesenheit Lord Cecilis, der unpäßlich ist: 'Die Abrüstungsfrage und die damit zusammenhängenden Genfer Erörterungen sind das Gebiet Lord Cecilis. Ich glaube nicht, daß irgend jemand anderes in der Lage ist, an seiner Stelle die Frage auseinanderzusetzen. Was den Achtstun-

dentag anlangt, so geht die Politik der Regierung dahin, die erforderliche Gesetzgebung in Angriff zu nehmen. Sobald diese Gesetzgebung vollendet ist, wird zur Ratifizierung geschritten werden. Die Regierung muß sich über die Auslegung (!) klar sein, die der Washingtoner Achtstundendeklaration zu geben ist, damit nicht später Meinungsverschiedenheiten entstehen. Eine allzugroße (!) Verzögerung in der Behandlung dieser Frage ist nicht zu erwarten.'

Auf die Genfer Wirtschaftskonferenz bezugnehmend, erklärte Balfour, er sehe es als ein sehr unglückliches Ergebnis der Schaffung der neuen europäischen Staaten an, das für Europa Zollschranken herbeigeführt habe, die zweifellos die volle und freie Entwicklung des internationalen Handels behindern. Auf die Bemerkungen Lord Parmoors zur chinesischen Frage bemerkte Lord Balfour, wie soll man in den chinesischen Fragen ein Schiedsverfahren anwenden und mit wem? Wenn irgend etwas in dieser unvollständigen Welt zeigt, daß das universelle Schiedsverfahren eine unvollständige Sache zur Wahrung des allgemeinen Friedens ist, so tun es die Ereignisse in China.

Neue Schulschikanen in Ostoberschlesien.

Sieben deutsche Studienräte gekündigt.

Königshütte, 4. Mai. (WZB.) Seitens der Schulabteilung der Wojewodschaft wurde vier deutschen Studienräten im Gymnasium Königshütte sowie drei Studienräten in der dortigen Oberrealschule zum 1. August d. J. gekündigt. Die Kündigungen erfolgten ohne vorherige Verständigung mit dem deutschen Schulleiternrat. Dadurch ist die Weiterführung der deutschen Lehranstalten in Königshütte in Frage gestellt. Die von dieser Maßnahme betroffenen Eltern beabsichtigen durch eine Delegation beim Wojewoden vorstellig zu werden.

Britische Liebesgaben an Italien?

Ein Vorschlag Lord Rothermeres.

Der Herausgeber der 'Daily Mail', Lord Rothermere, der Bruder des verstorbenen Lord Northcliffe, hat kürzlich den Vorschlag gemacht, daß England auf seine Völkerbundsmandate über Mesopotamien und Palästina zugunsten Italiens verzichte. Lord Rothermere, der selbst faschistische Neigungen hat, macht seit längerer Zeit große Reklame für Mussolini und tritt für ein enges englisch-italienisches Zusammengehen ein.

Die italienische Presse hat natürlich diese Anregung mit Begeisterung aufgegriffen und erklärt, daß Italien für die Ausübung des Palästinaamandats besonders in Frage käme, da es im eigenen Lande keinen Antisemitismus kenne. Letzteres war richtig, solange Italien demokratisch regiert war. Aber es ist bezeichnend für den Faschismus, daß er seit zwei Jahren auch den antisemitischen Tendenzen tröstlich Vorschub leistet. So wurden zum Beispiel bei den grauenhaften Vorgängen in Bologna im September 1925 mehrere Kaufleute von den Schwarzheinden ermordet, nur weil sie Juden waren.

Schon diese Tatsache allein ließe das faschistische Italien als völlig ungeeignet für die Ausübung des Palästinaamandats erscheinen. Aber es wäre überhaupt im höchsten Grade bedenklich, wenn man den Faschismus gewissermaßen als Belohnung für seine andauernden Friedensstörungen und für seine Unterdrückung aller demokratischen Freiheiten noch eine besondere Belohnung in der Form eines Völkerbundsmandates gewähren würde. Wir glauben zwar nicht, daß die Anregung Rothermeres mehr darstellt als eine persönliche Idee, die vielleicht auch die Zustimmung des Schatzkanzlers Churchill und anderer faschistenfreundlicher Kabinettsmitglieder gefunden hat. Ueberhaupt gehört England nicht zu den Staaten, die freiwillig auf ein Stück ihrer außenpolitischen Macht verzichten. Indessen erwarten wir von der Reichsregierung, daß sie, falls jener Vorschlag doch konkrete Formen annehmen würde, mit allen geeigneten Mitteln seine Verwirklichung hintertreibt, wenigstens solange der Faschismus in Italien regiert.

Der Kampf gegen die Mexiko-Banditen.

Achtzig Aufständische getötet.

Mexiko, 4. Mai. (WZB.) Die Regierung gibt bekannt, daß am Montag in den Provinzen Guanajuato, Guerrero und Zacatecas mehrere Banden zerstreut bzw. vernichtet und bei dieser Gelegenheit 80 Aufständische getötet worden sind. Es steht fest, daß eine der Banden an dem räuberischen Ueberfall auf den Eisenbahnzug bei Limon im Staate Jalisco am 19. April beteiligt war.

Die Mississippi-Flut.

Menschenleben und Wirtschaftswerte vernichtet. Unterlassungssünden des Profitstems.

Seit mehr als zwei Wochen wütet die ungeheure Ueberschwemmungskatastrophe im Stromgebiet des Mississippi. Täglich werden neue Dämme durchbrochen, neue Felder und Siedlungen überflutet, Zehntausende werden täglich obdachlos und flüchten vor der Wut des 'Vaters der Ströme', wie die Indianer den Mississippi genannt haben. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Ueberschwemmung noch bis Mitte Mai weiter zunehmen wird. Der ganze Umfang der Katastrophe läßt sich noch nicht übersehen. Man weiß weder, an wieviel Stellen der Mississippi selbst die Dämme durchbrechen, noch in welchem Maße das Wasser in den Nebenflüssen steigen wird, auch ist - was für die Beurteilung des möglichen Schadens am wichtigsten ist - das Schicksal von New Orleans noch ungewiß. Zwanzig Kilometer unterhalb der Stadt wird der Kampf um ihr Schicksal geführt. Die ersten Meldungen nach Ausföhrung der Dammsprengung, die am 29. April erfolgte, waren optimistisch. Die erste Sprengung hat die Gefahr nicht beseitigt. Jetzt arbeitet man fieberhaft an der Erweiterung der Bresche; man sprengt wieder und wieder. Noch wenige Tage, und die große Flutwelle wird New Orleans erreicht haben. Wird es gelingen, bevor sie kommt, den Wasserpiegel so weit zu senken, daß die Dämme, die New Orleans schützen, nicht überflutet werden? Hoffnung darauf ist vorhanden, Gewißheit besteht jedoch nicht. Gelingt es aber nicht, dann vermag nichts mehr die Stadt, die unter dem Meerespiegel liegt, zu retten. In diesem Falle wird eine Stadt von etwa 440 000 Einwohnern der Vernichtung preisgegeben.

Gewiß werden die Verluste durch die Ueberschwemmungskatastrophe auch dann ungeheuer groß sein, wenn es gelingt, New Orleans zu retten. Sie sind schon jetzt außerordentlich groß, und zwar handelt es sich nicht nur um Verluste an materiellen Werten, sondern auch an Menschenleben. Furchtbar ist die Not der Flüchtlinge, himmelschreiend das Schicksal derjenigen, die nicht mehr zu fliehen vermöchten und zurückblieben, um den sicheren Tod zu erwarten. Die einen konnten nicht mehr flüchten, weil sie von der Ueberschwemmung überrascht wurden, die anderen sind, wie man von Flugzeugen aus beobachtete, trotz rechtzeitiger Warnung freiwillig geblieben, weil sie lieber mit ihrem Heim untergehen, als dieses verlassen wollten. Das mag unrationell sein - die Tragik des menschlichen Schicksals bleibt jedenfalls erschütternd. Was die materiellen Verluste anbetrifft, so sind sie jedenfalls auf mehrere hundert Millionen Dollar zu schätzen. Wie gesagt, sind genauere Schätzungen heute schon deshalb unmöglich, weil man den ganzen Umfang der Verwüstungen noch nicht voraussehen kann. Es steht fest, daß viele Tausende, vielleicht einige Hunderttausende von Gebäuden, eine große Menge von Maschinen, von lebendem und totem Inventar, von Vorräten bereits verloren sind und noch verloren gehen werden. Dagegen kann man noch nicht beurteilen, inwieweit auf den von der Ueberschwemmung betroffenen Feldern die Unbaumöglichkeit für dieses Jahr vernichtet worden ist. Vielleicht werden die Felder wenigstens zum Teil frühzeitig genug vom Wasser frei, so daß es noch möglich sein wird, sie zu bearbeiten.

Man darf nicht vergessen, daß die diesjährige Ueberschwemmung nur ihrem Ausmaß nach ungewöhnlich ist. Die Ueberschwemmung des Mississippi ist eine jährlich sich wiederholende Erscheinung. Sie bewirkt eine ganz außerordentliche Fruchtbarkeit des Bodens, und die Landwirte, in deren Besitz die angrenzenden Bodenflächen sind, nehmen die ständige Ueberschwemmungsgefahr ruhig in Kauf, um den Segen der Ueberschwemmung genießen zu können. Ist doch Amerika nicht nur das Land der größten Produktivität, sondern auch der größten Verschwendung! Dies ist vielleicht die eigentliche Ursache, weshalb die Schutzmaßnahmen gegen die Ueberschwemmungen zwar umfangreich und technisch gut ausgerüstet, trotzdem aber anerkannt ungenügend waren.

Die Verwüstungen auf dem flachen Lande werden erstewirtschaftliche Folgen haben. Die Ueberschwemmung hat hauptsächlich die Staaten Arkansas, Mississippi, Louisiana und die westlichen Teile von Kentucky und Tennessee betroffen. Dies sind sämtlich Agrargebiete, und zwar sind bis jetzt in erster Linie (mit Ausnahme von Kentucky) Baumwollkulturgebiete überschwemmt oder unmittelbar bedroht. Insgesamt werden in diesen Staaten 25 bis 30 Proz. der amerikanischen Baumwolle geerntet, jedoch nicht alles in denjenigen Teilen, die überschwemmt oder von der Ueberschwemmung bedroht sind. Immerhin ist es möglich, daß infolge der Ueberschwemmung bis zu 10 Proz. der Baumwollernte ausfallen werden. Dazu ist aber zu bemerken, daß alle Nachrichten über den zu erwartenden Ernteaussfall der Baumwolle mit besonderer Vorsicht aufzunehmen sind. Schon jetzt ist eine wilde Spekulation im Gange. Amerika hat in den beiden letzten Jahren, besonders 1926, eine Ueberproduktion an Baumwolle gehabt; die Baumwollpreise sind katastrophal gefallen. Jetzt ist man

bestrebt, den Eindruck zu erwecken, als ob infolge der Ueberschwemmung eine bedeutend geringere Ernte und daher eine Steigerung der Preise zu erwarten sei. Insbesondere will man die Preise für die Dezember-Baumwolle hinaufreiben. So stehen wir vor der paradoxen Lage: Einerseits ist die zu erwartende Vernichtung der Baumwollkulturen gleichbedeutend mit der von der Regierung lebhaft empfohlenen Einschränkung der Produktion; nur werden durch diese Art der Produktionsbeschränkung die unmittelbar betroffenen Farmer ruiniert, während die anderen auf ihre Kosten profitieren. Andererseits wird, falls die diesjährige Baumwollernte trotz der Ueberschwemmungskatastrophe sehr groß ausfallen wird, der unvermeidliche Sturz der Preise noch stürmischer und verhängnisvoller für die Baumwollproduzenten werden. Von der vorübergehenden Haufe wird in diesem Falle allein die Spekulation profitieren.

In jedem Falle wird die Marktlage für Baumwolle künftig noch unsicherer sein, als sie es bisher schon war. Für diejenigen die von der Katastrophe unmittelbar betroffen wurden, wird sie in den schlimmsten Fällen den völligen Ruin, in weniger schlimmen eine empfindliche Verschuldung zur Folge haben. Auch wenn die künftige Staatshilfe sehr großzügig sein sollte, was übrigens durchaus nicht falsch ist, wird denen, die alles verloren haben, kein voller Ersatz für ihre Verluste geboten werden. Für sehr viele bedeutet die gegenwärtige Katastrophe nicht nur die Vernichtung ihres Vermögens, sondern auch den Ausfall mindestens eines Jahreseinkommens. Berücksichtigt man die Tatsache, daß die Verschuldung der amerikanischen Farmer überhaupt eine stark zunehmende Tendenz aufweist, und daß in familiären in Frage kommenden Staaten in den letzten Jahren eine bedeutende Landflucht festzustellen war, so lassen sich die wirtschaftlichen Folgen der Katastrophe bereits einigermaßen übersehen.

Sollte aber noch die Ueberschwemmung von New Orleans hinzukommen, so steht eine gewaltige Erschütterung des gesamten amerikanischen Wirtschaftskörpers zu erwarten. New Orleans ist nicht bloß eine Großstadt, sondern es hat eine besondere, in mehrfacher Beziehung geradezu einzigartige Bedeutung als Handels- und Verkehrszentrum, welches die wichtigsten wirtschaftlichen Funktionen erfüllt. New Orleans ist die wirtschaftliche Hauptstadt des amerikanischen Südens, der zentrale Sammelpunkt für den gesamten Handel mit Baumwolle, überhaupt der zweitgrößte amerikanische Hafen, der eine ganz hervorragende Bedeutung für den Seehandel durch den Panamakanal besitzt. Dreizehn Eisenbahnlinien kreuzen sich in New Orleans, das natürlich auch den wichtigsten Aus- und Einladeplatz für Wassertransport des Mississippi bildet. Zwar wird offiziell mitgeteilt, daß „New Orleans vor den Fluten sicher“ sei, jedoch mit dem Zusatz: „sofern sich nicht etwas Unvorhergesehenes ereignen sollte“. Die ganze Ueberschwemmungskatastrophe war aber in ihrem diesjährigen Ausmaß „etwas Unvorhergesehenes!“ Und auch nach dem Ausbruch der Katastrophe hat man erst mit starker Verspätung die Größe der Gefahr für New Orleans erkannt.

Wenn aber diese Gefahr abgewehrt sein wird, so muß man erwarten, daß über dem glücklichen Ausgang des Kampfes gegen die Naturgewalt nicht die Wirkung der furchtbaren Bedrohung in Vergessenheit geraten, sondern daß man dazu übergehen wird, das Problem der Sicherung gegen die Ueberschwemmungen in seinem vollen Umfang zu lösen, was bis jetzt nicht geschehen ist. Diese Unterlassung entspricht dem Charakter der amerikanischen wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt, deren rasendes Tempo Züge der Raubwirtschaft aufweist. Man sucht in möglichst kurzer Zeit das Höchstmögliche des Nutzeffekts im kapitalistischen Sinne, d. h. das Maximum von Profit zu erreichen, ohne sich vor der größten Verschwendung zu scheuen; man war nicht geneigt, viel Geld in ein Unternehmen hineinzustecken, das keinen unmittelbaren Gewinn verspricht, sondern sich nur auf lange Sicht und auf dem Wege über die Gesamtwirtschaft rentieren

konnte. Dieser Zug hat auch die staatliche Wirtschaft beeinflusst. Sonst wäre es schwer zu erklären, weshalb die groß angelegten Pläne zur Regulierung des Mississippi jahrzehntelang liegengeblieben sind. Nie zuvor hat sich so klar gezeigt, welche riesengroße Gefahr die Ueberschwemmung bedeutet und wie notwendig es unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist, diese Gefahr zu bannen. Die amerikanische Arbeiterklasse hat an dieser Sicherung ein besonders starkes Interesse, weil jede derartige Katastrophe notwendig zur Proletarisierung vieler Tausende von Existenzen und damit zum Anwachsen der Reservearmee führen muß. Darüber hinaus ist sie aber berufen, im Kampfe für die Sicherung menschlichen Lebens und menschlichen Glücks voranzugehen.

Die Gelder der Gefallenen-Gedenkstätte.

Anfrage an den preussischen Kultusminister.

Der demokratische Landtagsabgeordnete Bahner hat im Preussischen Landtag folgende „Kleine Anfrage“ gestellt: Anlässlich der Zeitungsberichte über die Verwaltung der für die studentische Gefallenen-Gedenkstätte eingegangenen Gelder fragen wir den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Ist es richtig,

1. daß eine ordnungsmäßige Rassenführung, insbesondere abgesehen von den in mündelischen Papieren angelegten 21 000 M. ein Sonderkonto für die Gelder nicht bestand;

2. daß von dem Vorstehenden des vorläufigen Verwaltungsausschusses für die Deutsche Studentenschaft als Deckung für die fehlende Summe von rund 16 000 M. das Haus der Deutschen Studentenschaft in Göttingen genannt wurde;

3. daß erst nach dem Eingreifen der Kriminalpolizei eine Deckung der Fehlsomme aus den für andere Zwecke bestimmten Kopfsbeiträgen der Studentenschaften erfolgte und durch einen Scheid des Hochschulrings Deutscher Art, der erst am Vortag ausgestellt oder erneuert war;

4. daß dieser Scheid als Rückgabe einer dem Hochschulring vor Jahren von der Deutschen Studentenschaft überwiesenen Summe bezeichnet wurde?

Wir fragen weiter, wenn diese Angaben stimmen:

5. Wie rechtfertigen sich diese Beziehungen zwischen der Deutschen Studentenschaft und dem Hochschulring, dessen dem Staat feindselige Bestrebungen bei den diesjährigen Etatsberatungen im Landtag festgenagelt wurden?

6. Ist die Deckung des Fehlbetrages aus den Kopfsbeiträgen im Rahmen des Haushaltsplanes der Deutschen Studentenschaft erfolgt und zu billigen?

7. Ist der Herr Minister noch immer bereit, den Einzelstudentenschaften der preussischen Hochschulen die Beteiligung an der Deutschen Studentenschaft zu gestatten, wenn diese nicht der disziplinären Aufsicht einer Reichs- oder Landesinstanz unterstellt wird?

Die Anfrage ist um so mehr zu begrüßen, als das Schreiben des Vermögensbeirats der Deutschen Studentenschaft Prof. Ing. Kloss an die Rektoren der Hochschulen geeignet ist, die Mißwirtschaft, die der Vorstand der Studentenschaft seit langem betreibt, von neuem zu verdeutlichen. Der letzte Punkt der Anfrage zeigt, wohin die Dinge treiben. Wenn die Studentenschaften von sich aus nicht die Kraft aufbringen, einem Vorstand, der mit felsenfestem Vertrauensamt eine tolle Mißwirtschaft treibt, das Handwerk zu legen, dann bleibt in der Tat nichts anderes übrig, als die Herren unter Geschäftsaufsicht zu nehmen. Ueber den Langmut des Staates und der Öffentlichkeit wird sich die Deutsche Studentenschaft nicht beklagen können.

Die Flucht aus dem Reichslandbund.

Erfolge der deutschen Bauernschaft.

In Stettin ist soeben der Zusammenschluß der provinzialen Organe des Deutschen Bauernbundes mit den vom Landbund ausgeschiedenen Verbänden „Pommersche Bauernschaft“ und „Vorpommersche Bauernschaft“ durch die Kreisvertreter unter

dem Namen „Pommersche Bauernschaft“ vollzogen worden. Die Pommersche Bauernschaft ist gleichzeitig der bäuerlichen Spitzenorganisation Deutsche Bauernschaft beigetreten. Damit ist in Pommern der einheitliche Zusammenschluß der bäuerlichen Landwirtschaft hergestellt. Wie wir hören, steht der Anschluß weiterer, bisher dem Landbund angehörender Verbände unmittelbar bevor. Nur so weiter!

Die Siedlungsfrage.

Badische Kleinbauern für den Osten.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

In Süddeutschland sind zurzeit Bestrebungen im Gange, auch die süddeutschen Landwirte für die Ansiedlung im Osten des Reiches zu interessieren. Vor kurzem fand deshalb in Heidelberg unter dem Vorstuh eines Vertreters des Reichsarbeitsministers eine Konferenz der Ländervertreter statt, die sich mit dieser Frage beschäftigte. Es wurde betont, daß sowohl Preußen wie auch Mecklenburg bereit seien, Siedler aus Süddeutschland in ihr Siedlungsgebiet aufzunehmen und sie bezüglich der Kreditgewährung den einheimischen Siedlern gleichzustellen.

Obgleich in den süddeutschen Ländern noch große Gebiete sind, die landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden könnten, so z. B. die großen Niederungen der Donau und des Rheins, herrscht bei den süddeutschen Bauern eine starke Nachfrage nach Siedlerstellen im Osten. Eine Befriedigung dieser Nachfrage wäre zu begrüßen, denn die Auswanderung nach Übersee nimmt in den süddeutschen Grenzländern einen erheblichen Umfang an. Naturgemäß bevorzugen die Siedlungsländer zunächst die Bewerber aus dem eigenen Lande; das Ueberangebot an einheimischen Siedlern macht die Ansiedlung süddeutscher Bauern aber sehr schwierig.

Auf der Konferenz in Heidelberg kam eine Verständigung dahin zustande, daß neben den 6000 Mk., die durch das Land, aus dem der Siedler stammt, als Zuschuß zu übernehmen sind, das Reich die Kosten für die Abgeltung der öffentlichen Lasten, die auf 1500 bis 2000 M. geschätzt werden, tragen soll. Die Siedlungsländer Preußen und Mecklenburg wollen außerdem die Vorbereitung für eine verstärkte Siedlung dadurch fördern, daß für das Jahr 1928 größere Siedlungsmöglichkeiten wie bisher besteht. Das badische Ministerium des Innern und die badische Landwirtschaftskammer werden in nächster Zeit eine Besichtigungszug nach den Siedlungsgebieten organisieren, um die Frage zu prüfen, wie sich eine geschlossene Siedlung badischer Kleinbauern bewerkstelligen läßt.

Das vernachlässigte Ostpreußen.

Protest gegen die Bürgerblockpolitik.

Königsberg, 4. Mai. (WZ.) In der heutigen Stadtvorordnetenversammlung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die den Magistrat ersucht, bei der Reichs- und Landesregierung, Reichstag und Landtag, dringlich vorstellig zu werden, daß die geplante Bewirtschaftung Ostpreußens bei der Verteilung der Mittel aus dem Unterhaltungsplan für die gefährdeten Grenzgebiete abgewendet und das vielfache Versprechen, der besonderen Notlage Ostpreußens durch bevorzugte Fürsorge Rechnung zu tragen, erfüllt werde.

Franz Klübs 50 Jahre alt. Heute sind 50 Jahre verfloßen, seit unter Redaktionsskollege, Gen. Franz Klübs in Reuentchen auf Rügen als Sohn eines Landbesitzers geboren wurde. Der junge Buchdrucker fand rasch den Weg zur Partei und, was für seine Begabung das Gebehrte war, zur Parteijournalistik. Seit 1900 hatte er in Breslau, Rottbus und Magdeburg in der Parteipresse vorbildlich gewirkt und alle Freuden und Leiden des Parteiredaktors, auch das Gefährnis, kennengelernt, als ihn die Partei vor sieben Jahren an das Zentralorgan berief. Hier hat er als politischer Redakteur und Stellvertreter des Chefredaktors seine ganze Fähigkeit und Parteilichkeit, wie es seine Art ist, geräuschlos in den Dienst der Sache gestellt. Dennoch kennt ihn die Partei als einen ihrer besten. Die Redaktion des „Vorwärts“ aber schätzte und liebt ihn als Führer und Kameraden. Sie hat es sich nicht nehmen lassen, ihm auch an dieser Stelle ihre herzlichsten Glückwünsche darzubringen.

Der Zeitungskaiser und sein Parfüm.

Aus Paris wird uns geschrieben: Herr Coig, François mit Vornamen, ist ein Korsje. Darauf ist er stolz. Napoleon war auch Korsje. Herr Coig ist mittelgroß und glattköpft. Das war Napoleon ebenfalls. Herr Coig ist ein berühmter Mann, genau wie Napoleon. Schließlich könnten Menschenfreunde sich über Herrn Coigs Berühmtheit noch ehrlicher freuen als über die Napoleons, denn bis heute hat Herr Coig noch kein Blut vergossen, und wenn sein Name über den ganzen Erdball flug, so verdankte er das vor allem jenen unzähligen, unergreiflich duftenden Parfüms, die ihm einige hundert Millionen Franken einbrachten. Aber Herr Coig möchte berühmter und mächtiger sein und hat es schon einige Schritte weiter gebracht als sein halbvergessener Landsmann aus dem vorigen Jahrhundert. War es Napoleon auch gelungen, sich halb Europa zu unterwerfen und sich die Kaiserkrone aufzusetzen, so darf Herr François Coig nicht nur Dutzenden von Palästen und Frauen, sondern auch eine in Paris erscheinende Tageszeitung, den „Figaro“, sein eigen nennen, die ihm — in seinen Wünschen und Träumen — erlaubt, die ganze Welt zu regieren, Frankreich vor karlistischer, sozialistischer oder kommunistischer Schreckensherrschaft zu retten, den Franken in reinstes Gold zu verwandeln, kurz, ein wahres Parfümparadies auf dieser heimgeleiteten Erde zu schaffen. Dazu hat er sich eine Kompanie Feder, helben“ angestellt, Leute mit „Namen“, die in der Literatur, in der Journalistik allerlei gelten. Die müssen nun unter der Inspiration, wenn nicht unter dem Diktat des Parfümorkons schreiben und schreiben und schreiben.

Den stärksten und begabtesten unter ihnen, dem er ein Jahr lang die sogenannte „direktorale Chefredaktion“ des „Figaro“ anvertraut hatte, Herrn Lucien Romier, hat er allerdings längst wieder über die Parfümtreppe zur Größenwahnsinnstür hinausgeworfen, weil dieser lieberliche Keel trotz erschreckend hoher Bezahlung sich das Recht herausgenommen hatte, mit seinem eigenen Kopf zu denken. Die anderen aber bleiben und schreiben munter und meistens anonym draußlos, was hier und da seine Parfümmajestät in Allerhöchster napoleonischer Person mit seinem duftenden Namen zu zeichnen gerührt. So konnte man in den Spalten des „Figaro“ die unsäglichsten Beschimpfungen des sozialistischen Führers Léon Blum lesen — die hauptsächlichsten Angriffe gegen Briand und seine Außenpolitik —, die in gigantischem Zirkusstil aufgemachten Frankenrettungspläne.

Als das alles nichts nützte, um Herrn Coigs staatsmännliche Eigenschaften blendend genug herportreten zu lassen, gab ein ganz Schauer dem wohlredenden Herrn den Rat, er möge doch Frankreich vom Bolschewismus befreien. Nun gibt es zwar in Frankreich keinen Bolschewismus, und vielleicht ist die kommunistische Partei überhaupt in keinem anderen großen Lande schwächer und praktisch unrevolutionärer als hier. Aber das konnte den siegreichen Führer

so vieler Blumenkinder nicht davon abhalten, sich mit dem ganzen Temperament eines furchtbaren Landmannes Napoleons auf den Feind zu werfen. So erschallen seit einiger Zeit fast täglich im „Figaro“ spaltenlange verzweifelnde Mahnrufe an Frankreich, an die Regierung, an das Parlament, zu kämpfen gegen das wild-ehrlige Ungeheuer, das da am Herzen Frankreichs liege und ihm das Blut auslauge.

Daß der Innenminister Sarrau einen Schreckschuß gegen die Kommunisten losließ, wird von Herrn Coig als erster Triumph gefeiert, der ihm alle Rechte verleiht. „Nur jetzt nicht wieder zurückweichen“, trompetet er Tag und Nacht und läßt es an bringenden Ratsschlägen nicht fehlen. Sein jüngster besteht darin, daß er im „Figaro“ den Wortlaut des am 14. März 1872 von der französischen Nationalversammlung gegen die Internationale Arbeiterassoziation beschlossenen Ausnahmegesetzes abdruckt, durch das jedwede Zugehörigkeit zu irgendeiner internationalen Organisation mit Gefängnis bestraft wurde. Herr Coig verlangt ohne Umschweife, daß Regierung und Kammer diesem lieblichen Befehle wieder zu uneingeschränkter Gültigkeit verhelfen sollen. Das kann sich ein wohlparfümierter Zeitungskaiser leisten. Zur Instrumentierung seiner tollischen Gesänge findet er einen Troß von Mitarbeitern, die ihn zwar alle eher für einen Karren als für einen Imperator halten, ihm jedoch willig folgen, weil es „sich lohnt“. So ist Herr François Coig im Begriff, noch viel berühmter in Frankreich zu werden als der andere „petit Corse“, der auf St. Helena endete. Derlei Ueberredungen hat Herr Coig ja nicht zu befürchten. Schlimmstenfalls bleibt ihm immer noch sein Parfüm.

Fortschreitende Elektrifizierung des Haushalts.

Wenn man sich auch darüber klar sein muß, daß es noch lange dauern wird, bis auch das Proletariat von der Elektrifizierung der Hauswirtschaft profitieren kann, so erscheint es doch notwendig, die Entwicklung auf diesem Gebiet genauestens zu verfolgen.

Des alten Zaubermeisters Zauberformel, die in Goethes Versen die Sehnsucht des Alltagsmenschen kündete, von der sich ewig wiederholt, geht Schritt für Schritt in Erfüllung. Man braucht kein Zauberbrei mehr zu sein, um den allertümlichen Befehl in ein selbstständig schaffendes arbeitsverrichtendes Wesen zu verwandeln. Nachdem die elektrische Kraft den Produktionsprozeß revolutioniert, die Herrschaft der Maschine stabilisiert, den Menschen nur noch zum Regulator des maschinellen Betriebes gemacht hat, seitdem ihre Wellen in Bruchteilen von Sekunden mit Nachrichten und Bildern den Weltraum durchziehen, hat sie nun auch den Haushalt sich erobert. Zauberbesen an allen Enden.

Ein Blick in die diesjährige Köhler Mustermesse zeigt eine Fülle der Wunder der Technik, die im Haushalt revolutionierend wirkt. Man schneidet elektrisch Butter und Schinken, Brot und Eier, man schleift elektrisch, man mahlt elektrisch seinen Kaffee, man puht elektrisch Messer und Gabel, man kocht elektrisch, man plättet elek-

trisch, man wärmt sein Wasser in jeglichem Gefäß elektrisch. Der Haushalt, die Küche sind zu einem elektrischen Laboratorium geworden, die Arbeit darin zu einem Vergnügen. Die hygienische Bedeutung dieser Revolution des Haushalts kann kaum überschätzt werden. Ueberall in der Küche herrscht erhöhte Sauberkeit, die gleichbedeutend mit Verminderung der Ansteckungsgefahr ist. Es gibt keine Kohlendioxidgase mehr, keine Ufseimer. Selbst der Staub ist aus allen Winkeln verschwunden. Dieser Wohnungsstaub, den die Kerze als den Träger von Mikroorganismen und Erregern erster Infektionskrankheiten bekämpfen. Er hat in dem Staubfänger seinen vernichtenden Todfeind gefunden. Der Belen ist gemwelen und mit ihm sind im modernen Haushalt Klopser und Bürste verschwunden.

In Amerika hat man bereits den kleinen Hippustaubfänger konstruiert, der zum Kleiderausbürsten oder richtiger zum Kleiderentstauben dient. Durch Wischen, Klopfen und Bürsten wird, daß weih man heute in jedem Haushalt, der Staub im wesentlichen nur ausgewirbelt und wechselt seinen Platz. Durch den Staubfänger jedoch wird der Staub wirklich beseitigt. Man ist erstaunt, welche Mengen von Staub man selbst bei Anwendung des Apparates in Räumen, die vorher mit allen anderen Hausgeräten „reingehalten“ wurden, in dem Beutel angeammelt findet. Neben dieser besseren Reinigungsmöglichkeit werden bei Säuberung durch den Staubfänger alle Gegenstände, wie Teppiche, Polstermöbel, Kissen usw., viel mehr geschont als bei Klopfen und Bürsten. Auch ist der Preis für diese Apparate trotz aller Abzählungsplanen für die breiten Massen zu hoch. Dem möge sich die deutsche Industrie warmen lassen. Nur wenn sie sich an die große Welle der Verbraucher wendet, wird sie auf die Dauer der amerikanischen Konkurrenz gewachsen sein. Die Spuren der Automobilindustrie schreien.

Dr. G. P.

Die Ozeanreise im Torpedo. Wie der „New York Herald“ meldet, will der italienische Ingenieur Bugatti im kommenden Dezember mit einem von ihm erfundenen Schiff eine sensationelle Ozeanreise antreten. Das Fahrzeug soll nach den Zeichnungen des Blattes aus Rom in der Form einem Torpedo gleichen und ungefähr 25 Meter lang und nur 3 Meter breit sein. Es wird von acht Motoren zu je 300 PS. getrieben und arbeitet mit selbstig angebrachten Schrauben. In diesem Fahrzeug sollen acht Passagiere Platz finden. Bugatti hofft, den Weg von Cherbourg nach New York in 50 Stunden zu bewältigen.

Zigarettennobismus. Lord Birkenhead ist als Freund von Zigaretten größten Formats bekannt — so wird aus London berichtet — und setzt als Raucher seinen Ehrgeiz darin, Zigaretten von einer Länge zu rauchen, wie sie sich anderer Sterbliche nicht leisten können. Bei der Eröffnung der Tabakausstellung in der Londoner Olympia erhielt er eine Zigarette, die ungefähr einen halben Meter lang war. Sie war noch dreißig Zentimeter länger, als die Riesenzigarette, mit der er neulich auf einem Festessen Kurort gemacht hatte; beide Zigaretten waren eigens für seine Vorliebe angefertigt worden. (Erfolgreiche Konkurrenz dürfte seine Vorliebe nur noch bei einigen südamerikanischen Indianerstämmen finden, die sich besonderer Gabeln bedienen, um ihre Kontra zu lancieren.)

Pariser Gespräche.

Ueber Verminderung der Besatzungsstärke.

In Vertretung des erkrankten Botschafters hat gestern der deutsche Geschäftsträger in Paris Herrn Briand aufgesucht und mit ihm eine längere Unterredung gehabt, in deren Verlauf er auch an die bekannten Wünsche der deutschen Regierung hinsichtlich der Herabsetzung der Besatzungsstärke erinnerte. Es handelte sich dabei jedoch nicht um eine förmliche Demarche, die von gleichgerichteten Schritten in den übrigen Hauptstädten der Alliierten begleitet gewesen wäre, sondern nur um die Fortsetzung einer Unterhaltung, die schon seit Monaten im Gange ist. Unmittelbare Ergebnisse dieses Gespräches sind auch kaum zu erwarten. Wenn der Sachverhalt von der deutschnationalen Presse anders dargestellt wird, so geschieht das aus sehr durchsichtigen Gründen. Man möchte den Außenminister für die Erschwerung der Außenpolitik, die durch die Hereinnahme der Deutschnationalen in die Regierung verursacht ist, verantwortlich machen. Dazu hätten vielleicht wir das Recht, sicher aber haben es nicht diejenigen, die diese Erschwerung verschuldet haben.

Reaktionäre Ausflüchte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ über die Aussichten des Polenvertrages.

Dem Hauptorgan der deutschen Großagrarien, der „Deutschen Tageszeitung“, ist unsere Feststellung sehr auf die Nerven gefallen, daß die Deutschnationalen bewußt den Handelskrieg mit Polen betreiben und deswegen die Niederlassungsfrage in den Vordergrund stellen, um nicht die Diskussion über die polnische Schweine- und Getreideinfuhr allzu sehr aufleben zu lassen. Das Blatt beruht sich jetzt auf den Bericht der Industrie- und Handelskammer Oberschlesien, die ganz in den Bahnen unserer Hochschulzöcherer läuft, wenn sie davon spricht, daß die deutsche Regierung unter allen Umständen auf ihren Forderungen im Niederlassungsrecht bestehen bleiben soll, und daß die polnischen Angebote überhaupt nichts wert sind. In der gleichen Richtung liegt die Behauptung der genannten Handelskammer, wonach die Folgen des Handelskrieges schlimmer für Polen als für Deutschland sind.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat sich ihren Kronzeugen schlecht ausgewählt. Denn man weiß, daß in der oberschlesischen Handelskammer jene Zechenherren ausschlaggebend vertreten sind, die die Einfuhr polnischer Kohle fürchten, während die am Export nach Polen interessierten Kreise in Oberschlesien nicht einflußreich genug sind. Ganz anders wird das Bild jedoch, wenn man auch den mittel- und niederschlesischen Wirtschaftsbezirk zu Rate zieht. Die Industrie dieser Gebiete leidet unter dem Verlust seiner alten Absatzmöglichkeiten jenseits der polnischen Grenze, und daher wird dort von den meisten Industriellen ohne Unterschied der Partei eine verständliche Handelspolitik mit Polen befürwortet, bei der selbstverständlich deutsche Interessen nicht preisgegeben zu werden brauchen.

Doch den deutschen Großagrariern kommt es auf das deutsche Interesse ja gar nicht an. Ihnen stehen die Sonderwünsche des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes und einiger Kohlen- und Eisenmagnaten höher als die Befriedigung der gesamten deutschen Wirtschaft. Daher benutzen sie mit ihren Ministern jedes Mittel zu Querschiebungen gegen eine deutsch-polnische Wirtschaftsverständigung. Würden sie Erfolg haben, so würde das ganze Volk den Schaden tragen müssen. Deswegen kann gegen diese Machenschaften nicht nachdrücklich genug protestiert werden.

Sein ausgesonnen!

Die Agrarier wollen Einfluß auf die Preußenregierung gewinnen.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ berichtet über ein Geschäft auf dem Gebiet der Personalpolitik, das die Deutschnationalen ausgesonnen hatten. Sie wollten maßgebenden Einfluß auf das preussische Landwirtschaftsministerium gewinnen. Die rechte Hand des Zentrumministers Dr. Steiger ist hier der Staatssekretär Dr. Kamm. Die Deutschnationalen haben diesen Posten einem Mann ihrer Couleur zugeordnet. Nun wissen die Deutschnationalen aber ganz genau, daß das Zentrum gerade in personalpolitischen Fragen sehr empfindlich ist. Deshalb hatte man sich den schönen Plan ausgedacht, dafür im Reich den Staatssekretär Dr. Hoffmann vom Reichsernährungsministerium durch einen Zentrummann zu ersetzen, denn der Minister ist bekanntlich der Deutschnationaler Schiele.

Auf diese Weise sollte in die Preußenregierung für die deutsch-nationale agrarische Interessenpolitik Profiteure geschlagen werden. Aus dem sauberen Plan ist nichts geworden; denn in Preußen hat die Sozialdemokratie ein Wort mitzureden.

Gefährliche Wahrheiten.

Landesverratsverfahren gegen die „Rheinische Zeitung“?

Bln, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den veranimatorischen Rebell der „Rheinischen Zeitung“ ist vom Oberreichsanwalt in Leipzig auf Grund des § 92 des Reichsstrafgesetzbuches ein Vorratsverfahren wegen Landesverrats angeordnet worden. Der Schritt des Oberreichsanwalts stützt sich auf einen Artikel der „Rheinischen Zeitung“ vom 5. Januar, der unter dem Titel erschienen war: „Gelder für die Feinde der Republik. — Die Schwarze Reichswehr. — Geldquelle des kaiserlichen Wehrsystems.“ In diesem Artikel werden Einzelheiten über die Sach- und Geldlieferungen des Reichswehrministeriums zur Verschleierung und Finanzierung seines Rüstungs- und Wehrsystems wiedergegeben. Es handelt sich hierbei um die von der bekannten „Gesu“ in Moskau gegründete Fabrikation von Kriegsluftfahrzeugen und Rotoren und um die Giftgasfabrik in Trost. Ferner wird in dem Artikel gesagt, daß auch Gelder an das faschistische Italien geflossen seien. Diese Rüstungsunternehmungen seien vom Reichswehrministerium direkt finanziert worden.

Die Angaben stützen sich auf Veröffentlichungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Herz, der als Mitglied des Reichshauswirtschaftsausschusses des Reichstages Einblick in die Akten des Reichswehrministeriums gehabt hat.

Einberufung des Reichstags.

Der Reichstag tritt, wie nunmehr endgültig feststeht, zu seiner ersten Sitzung nach den Osterferien am nächsten Dienstag, den 10. Mai, zusammen. Die Einberufung ist bereits wieder durch den Reichspräsidenten Löbe erfolgt, dessen erste Amtshandlung nach seiner schweren Erkrankung sie ist.

Beginn der Aussprache in Genf.

Gegen Schutzzollpolitik und Einwanderungshindernisse.

Genf, 4. Mai. (Eig. Drahtber.) Die allgemeine Aussprache wurde in der Nachmittagsitzung mit einer Rede des schwedischen Professors Coflet eingeleitet, der ähnlich wie in seinen vor kurzem in Deutschland gehaltenen Vorträgen den Protektionismus und die staatlichen und privaten Monopole (Kartelle und Trusts) für die Wirtschaftskrise hauptsächlich verantwortlich macht und dabei auch den Gewerkschaften einen Teil der Schuld für die Hochhaltung der Preise zuschob. Der Sprecher der Arbeitnehmervertreter, Jouhoug, wird wahrscheinlich schon Donnerstag nachmittags darauf antworten.

Als zweiter Redner sprach der Italiener Bonin-Langaro, der in auffallend freundlichem Tone von der Aufgabe des Völkerbundes, den Frieden zu sichern, sprach und ausführlich darlegte, daß das ebenso sehr auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete angestrebt werden müsse. Dabei wies der Redner auf die

große Armut Italiens

hin. Seiner zahlreichen Arbeiterbevölkerung könne nur dann Arbeit und eine auskömmliche Existenz gesichert werden, wenn die rohstoffreichen Länder weitgehendes Entgegenkommen zeigen.

Darauf folgte der frühere englische Handelsminister Runciman als Vertreter der internationalen Handelskammern. Sie begrüßen die Abhaltung der Wirtschaftskonferenz als das wichtigste Mittel, die schweren Hemmungen, unter denen der internationale Handel leidet, zu mildern und schrittweise zu beseitigen. Dann wies der Redner auf die derzeitige

verhängnisvolle Zollpolitik

hin, aus der eine schrittweise Befreiung gesucht werden müsse durch den Abschluß von Handelsverträgen und

Mahnung zur Besonnenheit.

Ein Aufruf des Polizeipräsidenten an die Bevölkerung Berlins.

Am 7. und 8. Mai finden in Berlin Kundgebungen des Stahlhelms und der Frontsoldaten statt. Die Polizei, die verpflichtet ist, die Rechte aller Staatsbürger zu schützen, wird auch an diesen Tagen die durch die Weimarer Verfassung gewährleistete Demonstrationsfreiheit mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln sichern.

Für eine Beunruhigung der Bevölkerung liegt kein ernstlicher Anlaß vor.

Die Polizei hat die erforderlichen Vorkehrungen zum Schutze der Bürger getroffen und ist für alle Fälle gerüstet. Den Demonstranten sind fest umrissene Auflagen gemacht worden, deren genaueste Befolgung von den Veranstaltern der Kundgebung zugefagt wurde.

Darüber hinaus wird die Innehaltung vieler Verpflichtungen auch von der Polizei überwacht werden. Das frühere Verbot des Waffentragens und des Mitführens von Stöcken bleibt selbstverständlich aufrechterhalten. Einzelne Ausschreitungen, gleichgültig von welcher Seite sie kommen, wird die Polizei mit ihren Machtmitteln entgegenzutreten. Die angekündigten Gegendemonstrationen der kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes habe ich verboten, da diese Demonstrationen ganz zweifellos die Gefahr von Zusammenstößen der politischen Gegner vermehren würden. Das Verbot wird rücksichtslos durchgeführt werden.

An die Bevölkerung Berlins, soweit sie nicht an der Kundgebung des Stahlhelms beteiligt ist, richte ich, um der Polizei ihre sehr schwere Arbeit zu erleichtern und um Zwischenfälle unter allen Umständen zu vermeiden,

die dringende Bitte, der Demonstration fernzubleiben.

Besonders weise ich noch darauf hin, daß auf der Straße nur die Polizei Anweisungen zu geben hat, niemand anders; jeder folge bereitwilligst ihren Anordnungen und unterlasse alles, was eine Störung der öffentlichen Ruhe herbeiführen geeignet ist. Alle ordnungsliebenden Bürger müssen mithelfen, daß der 7. und 8. Mai ruhig verlaufen, und daß Berlin vor dem Unbewahren bleibt, eine Stätte von Ausschreitungen und politischen Zusammenstößen zu sein.

Jeder trage dazu bei, dem Lande zu zeigen, daß in Berlin die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte geachtet und geschützt sind.

Der Polizeipräsident, gez. Jörgiebel.

Bürgerblock gegen Aufwertung.

Der sozialdemokratische Besserungsantrag abgelehnt.

Die Mittwochsitzung des Rechtsausschusses des Reichstags wurde ausgefüllt mit der Debatte über den sozialdemokratischen Antrag, der eine elastische Klausel zugunsten des Gläubigers in die Vorschriften des Aufwertungsgesetzes über die persönliche Forderung einfügen und die Beschränkung der Aufwertung von Restkauforderungen aus der Inflationszeit aufheben will. Zunächst markierten der Reichswirtschaftsminister, der Reichsbankpräsident und das Reichsernährungsministerium gegen den Antrag auf. Minister Curtius wandte sich in einer breiten Rede gegen jegliche Änderung des geltenden Aufwertungsgesetzes. Er sprach von der Erschütterung der Bilanzen, von der Zerstörung der Kreditfähigkeit, die aus dem Antrag folge. Im voraus wehrte sich der Wirtschaftsminister auch gegen jede Verbesserung der Bestimmungen über die Aufwertung der Fabrik- und Wertpapiersachen, der Sparkasse und der Banken, die noch nicht zur Debatte standen.

In der gleichen Richtung bewegten sich die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der seine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Aufwertung auch jetzt nicht verbergen konnte. Ein Vertreter des Ernährungsministers Schiele malte die Lage der Landwirtschaft grau in grau, um zu beweisen, daß die im Laufe der letzten Jahre wieder angewachsene Verschuldung der Landwirtschaft jede Rechtsleistung zugunsten ihrer verarmten Gläubiger unmöglich mache.

Trotz des schweren Geschühes, das die Regierung aufgegeben hatte, nahmen die Abg. Wunderlich (D. V.) und Scheller (S.) zu dem sozialdemokratischen Antrag zunächst noch eine schwankende Haltung ein. Schacht ablehnend verhielt sich dagegen der deutsch-nationale Abg. Treveranus. Die sozialdemokratischen Abg. Keil und Dr. Landsberg legten dar, daß die Gegeneinwände den Antrag gar nicht treffen. Man könne nicht die ganze Wirtschaft als bedroht hinstellen, wenn eine höhere Aufwertung der persönlichen Forderung nur dann verlangt werde, wenn sie „mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage der beiden Vertragsparteien zur Anwendung einer großen Unbilligkeit unabwendbar erscheine“, wie es im Antrag heißt. Der Antrag richtete sich nicht gegen die „Wirtschaft“, sondern nur gegen die lebensunfähigen Schuldner, die sich weigern, verarmten Gläubigern gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen. Der Antrag

wenigstens durch eine Stabilisierung der Zollarife. Der frühere polnische Handelsminister Gliwiec sprach als letzter Redner der Sitzung. Eines der dringlichsten Bedürfnisse ist nach seiner Ansicht die Erhöhung der Kaufkraft namentlich der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Die größte Schwierigkeit einer Sanierung liege darin, daß die meisten europäischen Länder ebenso sehr industriell wie landwirtschaftlich interessiert seien, eine Neuordnung aber nur auf dem Wege möglich sei, daß die einzelnen Länder ihre Wirtschaft mehr auf die möglichen Voraussetzungen aufbauen. Hier zog der Redner auch die

Wanderungsfrage

in die Diskussion, indem er die Auffassung aussprach, daß die gegenwärtige Absperrung der Einwanderung unmöglich von längerer Dauer sein könne und an die Vereinigten Staaten den ausdrücklichen Appell richtete, sich zu einer zeitgemäheren Verständigung mit den Ländern mit starkem Bevölkerungsüberschuß bereitzufinden.

In der Donnerstagsitzung wird u. a. der deutsche Delegierte v. Siemens und der Franzose Lauceur das Wort ergreifen.

Die am Mittwochnachmittag erfolgte Ankunft der russischen Delegation in Genf brachte infolgedessen eine kleine Ueberfischung, als die einzelnen Mitglieder an der letzten Station vor Genf, Bellevue, ihren Salonwagen bereits verlassen und per Auto in die Stadt zum Hotel Angleterre fuhren. Dadurch wurden viele Journalisten, Photographen und Kinodreher enttäuscht. Vor dem Hotel Angleterre hatte sich inzwischen eine große Menschenmenge angesammelt. Die Ankunft der fünf Autos ging ohne irgendwelche Kundgebungen vor sich.

zeige zugleich, wie eine veranimatorische Opposition handle. Eine andere Partei würde, wenn sie noch in der Opposition wäre, ganz anders gegen das Aufwertungsrecht zu Felde ziehen. Der Aufruf der Regierungsvertreter erinnere an den Aufruf der Wirtschaftsvertreter im Jahre 1924, die damals jede Änderung der Dritten Steuernotverordnung für „unmöglich“ erklärten. Inzwischen seien die Rollen gewechselt worden. Die Angst- und Warnungsrufe der Wirtschaftsvertreter gingen jetzt vom Regierungslager aus. Wenn nur ein Bruchteil des Scharfsinnes, der zugunsten der reichen Schuldner entwickelt wurde, den verarmten Gläubigern zugute käme, könnte viel Unrecht gutgemacht werden.

Da schließlich das Schicksal des Antrags unsicher war, trat Reichsjustizminister Heug nach auf den Plan, um mit dem Aufgebot seiner ganzen Redseligkeit den Antrag zu bekämpfen und zu erklären, die Reichsregierung „erwarte“ seine Ablehnung. Nunmehr wußten die Vertreter der Regierungsparteien, was sie zu tun hatten. Der sozialdemokratische Antrag wurde in seinen beiden Teilen mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten, die Demokraten und der Abg. Best.

Wahleinspruch in Wien.

Die geschlagene Wahlfälschpartei protestiert.

Wien, 4. Mai. (W.B.) Die Christlichsozialen haben gegen die Stimmzählung in vier Wiener Gemeindebezirken Einspruch erhoben, ferner dagegen, daß Magistratsbeamte die Wahlzettel kontrollierten, was aber der Bürgermeister als gesetzmäßig bezeichnet.

Der Einspruch gegen die Stimmzählung scheint sich nur gegen das rechnerische Verfahren zu richten, denn da jeder Wähler nur eine Stimme hat, kann doch bei der Zählung nichts passiert sein — um so weniger, als in den Wahlauschüssen natürlich alle Parteien vertreten waren. Auch der zweite Protestpunkt betrifft offenbar nur das Verfahren, ohne die Grundlage der Wahlen anzusetzen zu können. Es war zunächst ein großes Geschrei erhoben und selbstverständlich auch in die Berliner Antisozialistenpresse verpflanzt worden, daß nämlich die seit 1923 zugewachsenen Wähler zumeist Schwindwähler seien, um die sozialdemokratische Mehrheit zu sichern. Von dieser Behauptung ist es aber ganz still geworden, zumal der Magistrat nachgewiesen hat, daß ebensolche Wiener inzwischen das wahlberechtigte Alter erreicht haben.

Beide Protestpunkte können also das Ergebnis der Stimmzählung, den gewaltigen Stimmenzuwachs unserer Genossen in Wien allein um 122 000 nicht erschüttern; dieser aussichtslose Versuch wird gar nicht erst unternommen. Sie hoffen vielleicht nur, den Sozialdemokraten eines der drei neuen Nationalratsmandate in Wien abzuknöpfen, dürfen aber auch damit elend „eingehen“, wie man in Wien sagt.

Aber welche Kühnheit ist es doch von diesen Christlichsozialen, überhaupt sich als Schützer der Wahreinheit aufzuspielen! Ihre Wahlsiege über die Sozialdemokraten im österrreichischen Kurienwahlrecht — denn die Einführung des gleichen Wahlrechts war für die Luegerer die Anfang vom Ende — verdankten sie zum größten Teil der systematischen Wählerlistenfälschung durch ihren parteigewöhnlich mißbrauchten Magistrat. Da wurden Tote lebendig, Niegeborene, Fernabwesende — alles marschierte auf und wählte christlichsozial. Und noch in dem eben verfloffenen Wahlkampf hat der christlichsoziale Finanzminister den Teufel versucht, durch angebliche „Steuerbeamte“, in Wahrheit christlichsoziale Parteibeauftragte sich Abschriften des amtlichen Wahlmaterials über das jedem Wähler zustehende Recht der Einsichtnahme hinaus zu verschaffen — jedenfalls hatte dieser einbruchsartig nach Schluß der Amtsstunden verübte Ueberfall dunkle Zwecke. Christlichsoziale protestieren gegen Wahlrechtsmißbrauch — da lachen ja die Bilderläufer im Sitzungssaal des Nationalrats!

Ausbruch eines Unterseevulkans.

Im Kaspiischen Meer. — Eine größere Insel gebildet.

Moskau, 4. Mai. (W.B.) In der Nacht zum 3. Mai erfolgte im Kaspiischen Meer in der Nähe von Kap Kurin (39 Grad nördlicher Breite) der Ausbruch eines großen unter Wasser befindlichen Vulkans, der fünfzehn Minuten anhält. Eine tiefe Feuerzäule war über dem Wasser sichtbar. Am Orte des Ausbruchs hat sich eine größere Insel gebildet.

Disziplinerverfahren gegen Kriminalkommissar ten Holt. Heute beginnt in dem Gebäude der Magdeburger Regierung die Disziplinerverhandlung gegen den aus dem Fall Schröder — Heitling bekannten Kriminalkommissar ten Holt. Den Vorsitz führt Regierungspräsident Bohmann. Vertreter der Anklage ist Oberregierungsrat von Treslow vom Magdeburger Polizeipräsidium.

1926 eine Million Betriebsunfälle.

Arbeitszeit zu lang, Revision zu gering.

Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht in Heft 3 der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1926. Besonders interessiert der Abschnitt „B Unfallversicherung“. Hier werden bereits die „vorläufigen“ Rechnungsergebnisse in der Unfallversicherung für das Jahr 1926 mitgeteilt. Danach ist der Bestand der Berufsgenossenschaften kaum geändert. Insgesamt waren etwa 26 Millionen gegen Unfall versichert. Die im Jahre 1926 geleisteten Entschädigungen betragen rund gerechnet 260 000 000 Mark einschließlich der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit, gegen 178 739 589 Mark im Jahre 1925.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist von 863 502 im Jahre 1925 auf 1 Million einschließlich der Fälle von Berufskrankheiten im Jahre 1926 gestiegen. Das ist eine Zunahme im Berichtsjahre um 136 498 Fälle. Zieht man das Jahr 1913 zum Vergleich heran, dann sind — obwohl das damalige Reichsgebiet wesentlich größer war — nur 789 373 Unfälle gemeldet worden. Das Jahr 1926 übersteigt diese Zahl um 210 627 Fälle. Auch die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle zeigt eine recht erhebliche Steigerung; sie beträgt für das Jahr 1926 etwa 125 000, das ist ein Mehr gegen 1925 von 17 483 Fällen. Leider ist in den vorläufigen Rechnungsergebnissen die Zahl der tödlichen Unfälle nicht angegeben. Warum nicht? Den gemeldeten Unfällen mißt man nicht die Bedeutung bei, die ihnen im Wirtschaftsleben zukommt. Die Berufsgenossenschaften sind der Ansicht, daß die Unfallziffer nur deshalb hoch scheint, weil die Arbeiter bzw. Arbeiterinnen, selbst die geringsten Verletzungen als Unfall melden. Diese Behauptung ist hinfällig, weil jeder Unfall, der Erwerbsunfähigkeit mit sich bringt, für die Arbeiterschaft einen Lohnausfall und damit einen wirtschaftlichen Schaden zur Folge hat. Doch selbst wenn das nicht der Fall wäre, wenn man nur die erstmalig entschädigten Unfälle beachtet, dann muß doch die starke Steigerung dieser Art Unfälle sehr bedenklich stimmen. Welche Ursachen ermöglichen diese große Vergeudung an Gesundheit und Arbeitskraft? Dafür kommt

hauptsächlich die lange Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden in den Betrieben in Betracht. Die lange Dauer und die Intensität, mit der gearbeitet werden muß, tragen viel zur Verschärfung der hohen Unfallziffer bei. Vor allem ist es die ungenügende Ueberwachung der Betriebe zur Durchführung der Unfallversicherungsvorschriften. Hier muß das Reichsversicherungsamt als oberste Behörde der Unfallversicherung energischer eingreifen, denn so darf es und kann es nicht weitergehen. Dafür, daß eine intensivere Ueberwachung der Betriebe bzw. der Arbeitsstätten zur Durchführung der Unfallversicherung eine zwingende

Voraussetzung für den Schutz von Leben und Gesundheit ist, dafür gibt der Geschäftsbericht bereites Zeugnis. Auf Seite 190 des 3. Heftes der „Amtlichen Nachrichten des RVA“, Titel: „Ueberwachung der Durchführung der Unfallversicherungsvorschriften durch technische Aufsichtsbeamte“ erfahren wir, daß von den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften zwei überhaupt keine technischen Aufsichtsbeamten haben, während 64 Berufsgenossenschaften insgesamt 402 technische Aufsichtsbeamte, die in 258 Fällen zugleich als Rechnungsbeamte tätig sind. Diese 402 Beamten haben im Berichtsjahr 62 633 Prüfungstage gehabt; davon entfallen 52 070 Tage auf Betriebsbesichtigungen, 3398 1/2 Tage auf Bohnbuchprüfung und 6563 Tage auf „andere“ Dienstbeschäftigung. Danach entfallen von den gesamten Prüfungstagen auf jeden dieser Beamten 155% Prüfungstage. Nach den Rechnungsergebnissen (1925) zählen wir 857 691 gewerbliche Betriebe. Demnach entfallen auf jeden der 402 technischen Aufsichtsbeamten rund 2134 Betriebe; da jeder dieser Beamten 155% Prüfungstage hatte, würde er pro Tag 13 Betriebsprüfungen überhaupt durchgeführt haben. Das ist jedoch ausgeschlossen. Rechnet man das Jahr zu 300 Werttagen, dann müßte jeder dieser Beamten pro Tag 7 1/2 Betriebsprüfungen durchgeführt haben. Auch das halten wir für ausgeschlossen. Bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbauberufsgenossenschaft sind nach dem Bericht 176 380 Besichtigungen vorgenommen worden. Da 109 technische Aufsichtsbeamte vorhanden sind, die in 100 Fällen zugleich Rechnungsbeamte sind, so entfallen auf jeden dieser Beamten 1618 Besichtigungen; pro Geschäftstag (das Jahr zu 300 gerechnet) kämen auf jeden dieser Beamten rund fünf Besichtigungen.

Die völlige Unzulänglichkeit offenbart sich indes in geradezu katastrophaler Weise, wenn das RVA in seinem Bericht dann selbst sagt: Bei den übrigen gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden von 619 642 vorhandenen Betrieben 117 717 besichtigt. Das heißt:

Vier Fünftel der Betriebe sind im Jahre 1926 auch nicht ein einziges Mal einer Revision unterzogen worden. Da ist es allerdings nicht verwunderlich, wenn in so unglücklicher Weise Arbeitskraft und Menschengut vergeudet wurde wie im Jahre 1926.

Das Reichsversicherungsamt muß sich mit aller Energie für die Ausgestaltung der Ueberwachung zur Durchführung der Unfallversicherung in den Betrieben einsetzen. Nicht der Profitgucht der Unternehmer darf Rechnung getragen werden, im Vordergrund muß der Schutz der Arbeitskraft stehen. Das ist heute notwendiger denn je, wenn die deutsche Wirtschaft gesunden soll. G. U.

schafsthaus Stellung nehmen. Die Streikleitung ist überzeugt, daß die Verammlung die Weiterführung des Streiks beschließen wird.

Wir machen alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, vor allem die im Baugewerksbund organisierten, darauf aufmerksam, daß alle Ofenheizer, die nicht im Besitz einer vom Baugewerksbund ausgestellten Berechtigungskarte sind, als Arbeitswillige zu betrachten und zu behandeln sind. Wir stellen vor aller Öffentlichkeit nochmals fest, daß die Mitglieder des Vereins der Töpfer, die die Arbeit zurzeit aufnehmen, die Geschäfte der Unternehmer besorgen.

Deutscher Baugewerksbund, Fachgruppe der Töpfer.

Lohnbewegung in den Privatelektrizitätswerken.

Die gestrige Verhandlung zwischen dem Arbeitgeberverband der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie dem Deutschen Metallarbeiterverband ist ergebnislos verlaufen, weil die Arbeitgeber die Forderung von 10 P. Lohnerhöhung pro Stunde ablehnten und ein Angebot machten, welches den Steigerungen der Lebenshaltung in keiner Weise entsprach. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, daß sie an den gestellten Forderungen festhalten müßten, da die Arbeiter dieser Industrie gegenüber den gleichgelagerten Industrien mit ihren Löhnen noch im Rückstande seien.

Will die Arbeiterschaft ihren Willen gegenüber der äußerst reaktionären Einstellung des Arbeitgeberverbandes durchsetzen, ist es notwendig, daß, trotzdem das Organisationsverhältnis als gut bezeichnet werden kann, der letzte Kollege der Organisation zugeführt werden muß.

Schiedspruch im sächsischen Steinkohlenbergbau.

Am Mittwoch wurde im sächsischen Arbeitsministerium unter Vorsitz von Ministerialrat Haack folgender Schiedspruch für den sächsischen Steinkohlenbergbau gefällt: „Die Grundlöhne werden ab 1. Mai 1927 für Untertagearbeiter um 6 Proz., für Ubertagearbeiter um 4 Proz. erhöht. Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Gepflogenheiten. Der Lohnvertrag läuft ab 1. Mai 1927 unbefristet mit monatlicher Kündigung am Ende eines Kalendermonats, die erstmalig am 30. April 1928 ausgeprochen werden kann.“

Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch abgelehnt, worauf die Arbeitnehmervertreter sofort die Verbindlichkeitsklärung beantragt haben. Die Zuschläge für Ubertagearbeiten sind nur auf 4 Proz. festgesetzt worden, weil infolge der neuen Arbeitszeitverordnung mit Wirkung vom 1. Juli 1927 die Ubertagestunden mit Zuschlag bezahlt werden müssen.

Der Streik der Töpfer. Streikbruch der Syndikalisten.

Eine öffentliche Versammlung der streikenden Töpfer am Freitag voriger Woche nahm zur Kenntnis, daß die Ofenheizer in der Fachgruppe der Töpfer im Deutschen Baugewerksbund und im Verein der Töpfer (Syndikalisten) an die Ofenheizermeister Forderungen in gleicher Höhe gestellt und beide Organisationen beschlossen haben, den Kampf so lange fortzusetzen, bis die Forderungen bewilligt sind. Die Stellung des Vereins der Töpfer brachte es jedoch fertig, hinter dem Rücken der Streikenden vom Baugewerksbund mit den Unternehmern zu verhandeln, um die Position ihrer Sonderorganisation auf Kosten der zentralorganisierten streikenden Töpfer zu stärken. Bei diesen Verhandlungen gingen die Syndikalisten noch unter das Angebot herunter, das die Unter-

nehmer vor Beginn des Streiks gemacht haben. Die Arbeitgeber hatten dem Baugewerksbund einen Stundenlohn von 1,65 Mark geboten, während die Syndikalisten einen Stundenlohn von 1,60 Mark vereinbart haben. Damit ist der Verein der Töpfer den freigewerkschaftlich organisierten Streikenden in der denkbar gemeinsten Weise in den Rücken gefallen.

Die Streikleitung der Töpfer im Baugewerksbund ist der Ueberzeugung, daß die Arbeitgeber sich zu diesem Streich nur hergegeben haben, um die mit dem Verein der Töpfer getroffene Vereinbarung als Druckmittel bei den weiteren Verhandlungen mit ihr zu gebrauchen. Denn soviel wissen die Arbeitgeber auch, daß die Mitglieder dieses Vereins mit den Unorganisierten zusammen die Arbeitsstätten bzw. die Bauhütten nicht besetzen können.

Die streikenden Töpfer des Baugewerksbundes werden zu dieser syndikalistischen Heldentat heute abend um 6 Uhr im Gewerk-

Freie Gewerkschaftsjugend. Deut. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, laden die Gruppen: Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 8. Heimbepfegung. — Lichterberg: Gruppenheim Jugendheim Parkhaus 10. Fortuna: „Revolution und Reaktion“ (1. Mai — 8. Mai). — Tempelhof: Gruppenheim Museum Germaniastr. 46. Heimbepfegung. Aussprache: Betriebsratsstellen. — Köpenick: Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Heimbepfegung). Heimbepfegung. Buchkontrolle. „Stenographischer Spagiergang.“ — Gesundbrunnen: Gruppenheim Rote Schule Götterburger Straße. Heimbepfegung. Buchkontrolle. Diskussion: „Wege und Mittel der Gruppenarbeit.“ — Wedding: Jugendheim Turiner Gde Seestraße. Vortrag: „Die Lebenshaltung der proletarischen Jugend.“ — Schönhaide: Spielen auf dem Metallarbeiterportplatz. — Bepfegung: Wir treffen uns zu erster Schulungsarbeit. — Spandau: Jugendheim Einhauser 1. Jugendberaterskonferenz. Bericht über die Tätigkeit der Jugendabteilung. Das Osterfesten. Wer kommt Pfingsten mit? — Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes: 7 Uhr im Sitzungssaal Linienstr. 8/83. Jugendberaterskonferenz. Bericht über die Tätigkeit der Jugendabteilung. Das Osterfesten. Wer kommt Pfingsten mit?

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gemeinwohl: Heide, Göttern; Kultur: Paul Anton; R. S. Witz; Soziales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Pindlerstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Besondere Abteilung für
Pelz-Konservierung
Jahresgebühr von 75 Pf. an. Freie Abholung in Groß-Berlin.

Damenstrümpfe

- Mako, gute Qualität, m. Hochferse und Doppelsohle, schwarz u. farbig **1 55**
- Kunstseide, fein gewebt, schwarz und moderne Farben **2 25**
- „Bemberg“-Waschseide, Kunstseide, gute Qual., extrafein **3 95**



- Trotteur-Hut Viskaborte mit Blumengarnitur **8 75**
- Damen-Hut zweiseitig, Viskabort, m. Filzstreif. **6 90**
- Damen-Hut a. Viskabort, m. Bandgarnitur und Bäume **10 50**
- Damenhutform Hanf-Phantasie-Geflecht, helle Farben **4 50**
- Damen-Hut ungar. Phantasiegeflecht, neue Farb. **5 75**
- Jugendl. Hut bunte Phantasiebort. mit Band-Garnitur **4 25**

Spangenschuhe

- grau u. beige **12 50**
- moderne Ausführungen **14 50**
- verschiedene Ledersorten **16 50**

In dieser Woche
Großer Verkauf:

Sommerstoffe Sommerkleidung



Die Idee des Wochenendes — der Wochenend-Ausstellung — würde gewissermaßen ein Geblöde ohne Kopf sein, ein Phantom, dem nichts, rein gar nichts Tatsächliches anhaftet, wäre nicht das Bandern der Jugend damit verbunden. Ja, sie, die Jungen, die lustigen Wandervögel und fröhlichen Wanderscharen der sozialistischen Jugend, sie sind die Väter des jetzt so populären Gedankens des Wochenendes, sie waren auch die Wegbereiter und Entdecker der Schönheiten der märkischen Natur. Du lieber Himmel, wie sah es mit der Ausflugslust unserer Eltern und Großeltern noch aus? Die Kremlersfahrten bis nach Potsdam, der Stralauer Fischzug, ja, eine Sonntagswanderung nach dem Tempelhofer Berg zur alten „Lehmhütte“ oder später nach der Neuen Welt in Rixdorf, sie wurden als Vergnügen schon hoch veranschlagt. Wer sich über dieses historische Wochenende orientieren will, und dieser Stoff ist belustigend genug, der veräume nicht die Spezialabteilung „Wochenende und bildende Kunst“ in der Wochenend-Ausstellung zu beschließen. Die spottlustigen Karikaturen D. Chodowickis haben da den Nagel auf den Kopf getroffen. Wer wühlte dazumalen etwas von der Schönheit der Mark? Wenn der alte Pastor Schmidt in Bernauenden in der Bohlschen Jagdmanier die märkische ländliche Schönheit besingt, so trägt ihm das nur Hohn und Spott von dem Weltmann Goethe ein, der in einem Carmen „Rufen und Grazien in der Mark“ den Ueberheblichen auf den rechten Platz zurückweist. Ach, wäre Goethe nur ein einziges Mal mit den heutigen Berliner Jungen gewandert, der bei seinem fünfzigjährigen Aufenthalt 1778 anscheinend nicht einmal Potsdam gesehen hatte, ja, er wäre gewiß nicht so vor-eingenommen gegen H. v. Kleist und die Mark gewesen.

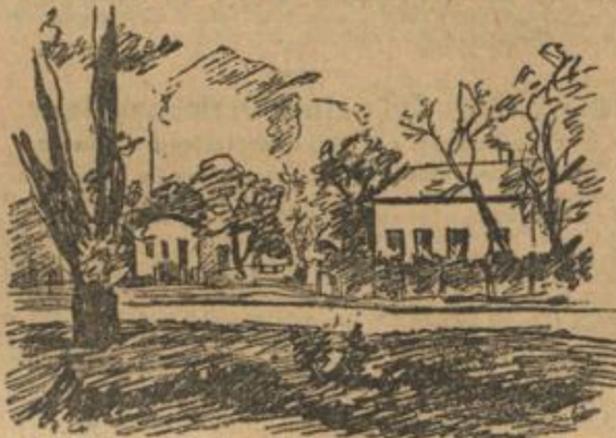
Märkische Jugendherbergen.

Aber neben den Berliner Künstlern, von dem alten Schadow angefangen, über Blechen, Hofmann bis zu Walter Leistikow und den Schriftstellern, vor allem Theodor Fontane, die alle die Mark in ihrem herben landschaftlichen Reiz, mit ihrem Sagenstoff und reicher geschichtlicher Vergangenheit, entdeckt und uns näher gebracht haben, sind es doch die Berliner Jungen und Mädchen, die Haus und Schule mit ihrem Jubel füllen über ihre Wochenendfahrten und die dabei gemachten Entdeckungen. Da ist im weiten Umkreis der Havel und Spree, in den Dörfern, alten Städten, Wäldern und Niederungen kein Stück unerschlossenes Gebiet; ja, es gibt praktische Naturkundige unter ihnen, die genau sagen können, wo die besten Karpfen und Plögen zu angeln sind oder wo im Herbst Stielapfz und Pfifferlinge in den Wäldern stehen. Man überlege dabei, wie ein Zuwachs an idealen und sozialhygienischen Gesichtspunkten plötzlich diese kleineren Kleinstädte bekommen hat; wie sich sogar Industrien und Verdienstquellen damit verbinden und weithergeleitete Fremde und Ausländer heute gern Gebrauch davon machen, die

Schönheit der Mark kennen zu lernen. Berlin sollte eigentlich seinen jungen Propagandisten recht dankbar sein. Im gewissen Sinne geschieht das auch. Man muß wissen, daß die nach dem Krieg über das ganze Deutsche Reich mächtig einsetzende Bewegung der Jugendherbergen auch in der Mark und in Berlin ihren Niederschlag gefunden hat. Im Zweigausfluß Mark Brandenburg „Zwa“ firmiert als erster Vorsitzender Oberbürgermeister Böß, als zweiter Vorsitzender Stadtschulrat Dr. Reimann, ebenfalls sind im Vorstand Mitglieder vom Verein „Arbeiterjugend“ vertreten. Ganz besonders lassen sich die Pflege der Jugendherbergen die Gewerkschaften angelegen sein, sie wissen, daß der erholungsbedürftige Körper ihrer jugendlichen Mitglieder auf seinen Wanderungen einer ordentlichen Nachtruhe bedarf, damit die ausgedehnten Wanderungen keine Schädigung des Organismus herbeiführen. Auch die Arbeiterportverbände sind eifrige Förderer der großen Wanderfreude, die in den Jugendherbergen in der Mark gewissermaßen Ziel und Krönung und eine Art gesellschaftlichen Zusammenschlusses erfährt. Aus dem letzten Geschäftsbericht für 1926 liest man, daß es sich fast jeder märkische Kreis hat angelegen sein lassen, irgendwo eine feste Bleibe für die jugendlichen Scharen zu schaffen, die abends einwandern. Meist sind es idyllisch gelegene,

in Wald und Heide

an Seerändern versteckte Wohnbauten, teilweise neu aufgeführt, teilweise aus alten Bauernstätten ausgebaut. Freilich besitzen wir in der Mark nicht die östlichen, von Romantik umwitterten Schlösser und Ritterburgen, die sonstwo in Deutschland, besonders am Rhein und in Süddeutschland, zu Jugendherbergen umgewandelt worden sind, nachdem man sie der Hand der Fürsten entzogen hat. Aber wir haben Gleichwertiges entgegenzusetzen. Erst kürzlich wurden wieder zwei große Herbergswelten vollzogen, das Brunoldshaus in Altenhof und die hier bereits geschilderte Proosinlaherberge Schloß Löwenberg. Das Brunoldshaus am Werbellinsee ist ein Neubau, das in mehr als 20 Räumen für 200 Jugend- und Altwanderer Unterkunft bietet. Seinen Namen führt es zu Ehren des märkischen Dichters Brunold. Schloß Löwenberg, inmitten herrlicher Umgebung, vermittelt nun für die jungen städtischen Wanderer den gleichen Reiz, wie er märkischen Edelfreien sonst nur für eine „gewählte Gesellschaft“ zu eigen war. Ferner besitzt der märkische



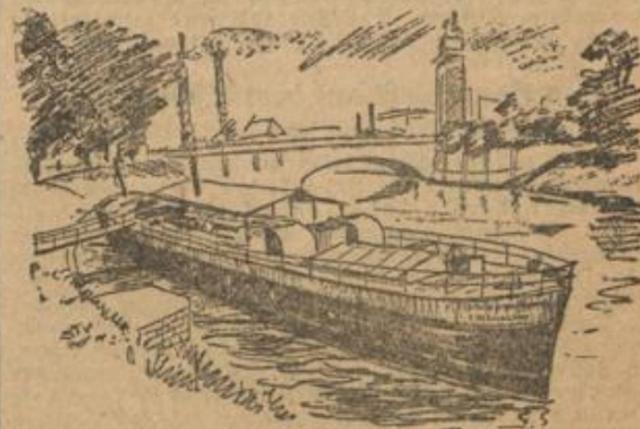
Fritz-Reuter-Jugendherberge in Tannenkrug.

Zweigverband schöne Eigenheime in folgenden Orten: Berkenbrück, Bobitz, Lindenhof in Brieselang, Budow, Chorin, Falkenberg, Frankendorf, Freienwalde, Klein-Röris, Sagow, Viehen, Vogtsche, Ramawa, Dögelin, Senftenberg, Spremberg, Stechlin, Tannenkrug, Tiefensee und Zeckener Hütte. Nicht zu vergessen in diesem Kranz von Wald und Wiesenherbergen die

zwei schwimmenden Jugendherbergen

„Oberbürgermeister Böß“ und „Dr. Reimann“, letztere liegt im Ralsee verankert. Dem Landesjugendamt Berlin gehören die Jugendherbergen „Erlkönig“ in Alt-Zandau, „Arämer“ in Neu-

Behlejan, Uehdorf und Jossen. Viele dieser Unterkunftsstellen liegen in dem Fluß- und Seengebiet so angeordnet, daß sie mit Jakt- oder Ruderbooten direkt oder in der Nähe zu erreichen sind mit Anlegeplätzen und Bootschuppen. Das ist natürlich ein großer Gewinn für die Wasserwanderer, für Rudervereine und Schülerferien, die darum selbstverständlich auch Mitglieder des Verbandes sind. An Einzelmitgliedern zählte der Verband zirka 8000, ohne die Laufende, die in den Vereinigungen korporativ angeschlossen sind.



Schwimmende Jugendherberge „Oberbürgermeister Böß“.

In den Herbergen kann nicht jeder Beliebige übernachten, es gehört dazu ein Fahrtenausweis und Legitimationen, auch wird die Beaufsichtigung streng gehandhabt; meist ist für jede Wandergruppe deren Führer verantwortlich. In den Heimen ist Gelegenheit zum Selbstkochen, zum Reinigen des Geschirrs usw., ebenfalls ist reichlich Badegelegenheit vorhanden. Meist ist auch eine kleine Bibliothek zur ausgiebigen Benutzung da. Die Gesamtübernachtungszahl betrug im Jahre 1926 163 324 Besucher, davon zählten zirka 54 000 Volksschüler, zirka 44 000 Schüler der mittleren und höheren Schulen und 71 000 sonstige Besucher. Aus diesen Zahlen liest man, daß sich die Arbeiterjugend noch viel mehr als bisher an dieser praktischen Einrichtung beteiligen sollte, die letzten Endes ja als Hauptzweck für sie gedacht ist; denn bekanntlich haben Arbeiterwanderer nicht die Mittel, großartig bei ihren Ausflügen in Gasthöfen zu übernachten,

Der Tropfen vom alten Romadenblut, der sich immer im Volkswejen zeigt, das aus vielen Gegenden sich zusammenschicht und von dem der Berliner einen großen Teil in sich trägt, wird zu einer natürlichen Waffe zur Abwehr gegen die Verklavung der Städte. hinaus in die Natur! heißt die neue Lösung der Jugend. Diese Wanderfahrten in die märkische Landschaft erziehen, wie sonst kein Mittel, zur Selbstständigkeit des einzelnen und zur Solidarität gegenüber den Mitwanderern. Darum sollte die Arbeiterjugend zunächst neben ihren eigenen auch diese schönen Wanderheime ganz als ihr eigen betrachten und recht fleißig Gebrauch von ihnen machen. Es ist ja an sich schon ein erfreuliches Zeichen für den Wandel und die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, daß heute das wandernde Jungvolk draußen auf dem flachen Lande nicht mehr als anrüchlich und lästige Plage angesehen wird, im Gegenteil, die jungen Menschen werden freudig begrüßt, wenn sie in ihrer frischen Art etwas Freude und Leben in die ländliche Einsamkeit bringen. So schmelzen Gegenseite ineinander, das Beispiel der freien und doch disziplinierten Wanderer wirkt in mehr als einer Beziehung aufklärend, Fröhliche Fahrt!

Vogelwälderliche Wanderung der Urfo. Die 36. Urfo-Wanderung findet am Sonnabend, dem 7. Mai, unter der Führung von Prof. Steinhilber statt. Treffpunkt nachmittags 4 Uhr am Bahnhof Friedrichshagen. Die Wanderung führt über Heidemühle nach Bahow und zurück. Gäste sind herzlich willkommen.

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

Roman von Fritz Red-Mallezewen.

Und da ist an dem Maschinenge triebe der „Mongolia“ die übliche Indikatordrehung, die die Umdrehungszahl der Schraubenwelle aufzeichnet; und jede Sekunde springt da unten im Raum eine neue Zahl auf, und jede dieser Zahlen bedeutet, daß sie sich wieder einmal um sieben Meter jenem Paragraphen zweihundertundsech und dem Schafott genähert habe. Und die Schrauben wählen sich durch das braungelbe La-Plata-Wasser und das kupfervitriolfarbene des alten, ehrlichen Atlantik und durch die halbschwarze bei St. Paul hinweg über die verunkelte Insel Atlantis, bis hinauf in die mürrische Bistapasee, in der nun schon der nordische Winter zu spüren ist.

Und im eisigen Nordost faust durch die Antennen oben der erste Schneesturm, und eisbedeckt sind Bardunen und Stage der „Mongolia“, und trotz dieses mürrischen Winters streuen sie frohe Nachrichten aus über das ganze Schiff, diese Antennen: und A. P. Vanderstraaten, in Firma Braxton & Co., Chicago, erfährt, daß seine Tochter in Euror sich mit dem Prinzen Schönfeld-Donnerschlag-Wiesenbaum verlobt habe, und auch die Gebrüder Sutor haben in Zürich vorteilhaft abgeschlossen, und an der Berliner Börse „streben die Kurse in der Mehrzahl nach oben“.

Aber es ist jetzt stellen, daß sie von dem Kunstmalers Robby Brudner für sein wiederentdecktes Weib nichts ... daß sie nicht einmal einen bescheidenen Gruß für sie haben, diese Antennen.

Und an einem unwirksamen Februarabend, als die „Mongolia“ im Schneesturm die Brecher der Nordsee übernimmt, da singt mit freudlichem Baß auf der Back der Ausguckmann Christian Tams „Für verrut“ und meint nun schon das Blinkfeuer von Helgoland; und die Eibschiffe gleiten vorüber, und da die ganze Mannschaft sich auf die Räder von Sanft Bauß freut und auf das Café Metropoli, so beginnt plötzlich die „Mongolia“ zu zittern und doppelte Fahrt zu machen, und auf der Brücke fragt besorgt so ein alter Klappergeiz von Kapitän, ob nicht am Ende die ganze Maschine zum Teufel gehen könne bei dem Höllenstempo.

Und abends um fünf macht man fest am Pier von Curhaven. Da entleert die „Mongolia“ angestrichliche Banjünglinge in eigenen Listern und Generalsuperintendenten

und berühmte Finanziers und namenlose Herren im Cut und ehemalige deutsche Bonnen und Damen in schönen Jabelpelsen, und da ist als Symbol von Deutschland am Pier auch ein Schuhmann erschienen mit einem Bari, auf den ein ganzes Spahenvolk sich setzen könnte. ... „Alles zurücktreten.“ schreit der Schuhmann.

Und alle treten zurück, und als letzte kommt das Fallreep herunter esfortiert von ihren beiden Wächtern, die kleine Sif und späht auf die, die hier auf ihre Angehörigen gewartet haben, späht nach einem lieben Gesicht, das auf sie warten könnte. Aber es ist zu bemerken, daß kein liebes Gesicht auf sie wartet, und daß sie in den Berliner Zug geladen und davongeföhren wird von Rädern, in denen die Hölle zu stampfen scheint.

Und da ist spät am Abend der alte, ehrliche Lehrer Bahnhof mit seinem Anstrich von wollüstigem Rot, und da staunt sich hinter den Perronschranken dieses ganze Deutschland der Millionen- und Milliardenheine: vergrämte Offiziere, die hier ihren Stiefelwischkästen aufgeschlagen haben, und Instationsjünglinge mit trahnernen Ledermänteln und ausgemergelte Arbeiterfrauen, die der ganzen Welt an die Kehle springen könnten vor Verbitterung und Leberreiztheit.

Und hier, wo tausend hämische Blicke und die feindseligen und schadenfrohen Bemerkungen der Frauenzimmer die anzüglichen der Mannsbilder sie treffen ... hier, wo der Wachtmeister Posselke sie schügen muß vor Insulten, und meine kleine, trohige Sif sich ganz ängstlich hinter seinen breiten Rücken duckt: hier geschieht es, daß sie stehenbleibt und in die Menge starrt und einen jämmerlichen Versuch macht, die gefesselten Hände zu heben. ... „Robby.“ schreit die kleine Sif und hat nun wirklich dort jemand entdeckt. ... „Robby lieber Robby.“

Und siehe, wie dieser Schrei zu hören ist und wie sie alle grinsend aufhorchen, diese Weiber und neugebadenen Börsentaviere, da ist das vertraute Gesicht auch schon wieder fort, und da duckt sich da hinten ein schwerer, dummer Junge hinter die Streichholzverkäufer und Tragbänderhändler und verschmähst es durchaus, kein gefestetes Weib zu begrüßen. Und da geschieht es denn hier, daß sie mitten in dieser schwatzenden, schreienden, zotenden Menge in Weinen ausbricht. Kein Weinen des Jammers und keines der Enttäuschung, wenn ich bitten darf ... nein, nein: auch dies sind nur Tränen der Wut und Erbitterung, und es ist zu bemerken, daß, als ihre beiden gutmütigen Wächter ihr zu reden, sie, obwohl im Interesse der öffentlichen Gesundheit dieser verboten ist, auspuckt auf die kalten, glatten Fliesen des Lehrers Bahnhofs.

Das Untersuchungsgefängnis des Strafgerichts Roabit

aber hat mit Institutionen ähnlicher Bestimmung das gemein, daß es unbeschadet der königlich-preussischen Sauberkeit ungeheure Betlassenheit legt um seine Insassen. Da sieht in dieser ersten Berliner Nacht die kleine Sif und rügt mit dem Rägeln unzählige Male die Worte „Schwindel“, „Robby“ und „Fatalada“ in die Wand. ...

Ja, kleine Sif, man muß wohl auf derlei gefoht sein, wenn man in eine Familie heiratet, in der es einen Schwager Staatsanwalt und einen Onkel Ministerialrat gibt mit dem Hausorden „zum Halbe heraus“!

Es ist nachträglich zu bemerken, daß man in dieser Familie, bis zum Eintreffen eines gewissen, am Weihnachtsabend in Buenos Aires aufgenommenen Protokolls, nicht im entferntesten daran gedacht hat, das Verschwinden der eigenen Verwandten in Zusammenhang zu bringen mit einem laun beachteten an der Witwe Grandjean verübten Verbrechen.

Zuerst, während die Sekretärin des Oberst Miramon über den Ozean fuhr, hat man seine Pflicht getan, indem man zwei Detektivinstitute und zehn Inserate in Bewegung setzte. Und es ist durchaus anzuerkennen, daß in diesem Stadium die Familie noch ehrlich getrauert hat um die totgeglaubte kleine Sif, daß Onkel Marzell als Chef des Hauses angefangen hat, Kondolenzbesuche zu empfangen, daß der Schwager Veg mit männlichen Worten seinen verwitweten Bruder zu Haltung und Fassung ermahnt, und daß der aus München heimgelehrte Robby begonnen hat, seiner Madonna in Blau und Gold vorher nicht geplante schmerzliche Züge einzuwerfen.

Und wenn auch noch immer in dem ganzen großen Berlin keine Menschenseele daran gedacht hat, die Namen Grandjean und Sif Brudner in unliebsame Zusammenhänge zu bringen, so hat sich doch die Haltung der Familie von der Stunde an geändert, als die Polizei ihre Anwesenheit im Hotel Erzgeistor und das Tanzen mit einem zweifelhaften argentinischen Willtär festgestellt hat. Und nun erst hat man wieder daran gedacht, daß die kleine Sif ja doch nur die Tochter eines hergelaufenen schwedischen Vithographen gewesen ist, und Tante Rothilde hat sich erinnert, daß die kleine Sif kein Korsett getragen habe, und daß sie — Tante Rothilde — immer schon gewarnt habe, und daß schon die Ohnmacht bei der Hochzeit so ein übles Vorzeichen gewesen sei. Und der Schwager Veg hat, wenn man ihn nach seiner Schwägerin fragte, zu schnarren begonnen wie ein Abteilungsdirektor von Wertheim, und schon in diesem Stadium ist es geschehen, daß der Kunstmalers Robby Brudner seine Arbeit an der Madonna mit den smeralischen Zügen unterbrochen und genannte Madonna mit dem Gesicht gegen die Wand gestellt hat.

(Fortsetzung folgt)

Völkische Versammlungsbrutalität.

Dr. Goebbels provoziert. — Wo war die Polizei?

In einer öffentlichen Versammlung im Kriegervereinshaus sprach der Nationalsozialist Dr. Goebbels. Als ein Zuhörer einen Zwischenruf machte, forderte Dr. Goebbels die Versammlung auf, den Zwischenrufer gewaltsam zu entfernen. Er fragte den Zwischenrufer: „Sie wollen wohl hinaus?“ Die Versammlung verstand diese Aufforderung. Sofort wurde von allen Seiten in der brutalsten Weise auf den Mann eingeschlagen. Die uniformierten Brauhenden bildeten eine Doppelreihe und schlugen mit Biergläsern und Stöcken auf den Mann ein. Erst außerhalb der Saalkürnahm die Polizei den Mann in Schutz, der völlig blutüberströmt war. Die Versammlung nahm darauf ihren Fortgang. Die Polizei fand es nicht für nötig, innerhalb des Saales eine Aufsicht auszuüben.

Das Bauprojekt auf dem Südgelände.

Einschätzung eines neunköpfigen Ausschusses.

Der Magistrat beschäftigte sich am gestrigen Mittwoch in ordentlicher Sitzung auch mit dem Projekt der Amerikaner, auf dem Schöneberger Südgelände 14400 Wohnungen zu erbauen. Eine Entscheidung darüber wurde jedoch wiederum nicht herbeigeführt, sondern die Beratung vertagt. Es wurde ein Ausschuss aus neun Mitgliedern des Magistrats eingesetzt, um über den Befragtenkomplex hinsichtlich des amerikanischen wie auch des deutschen Angebots, nach dem auf dem Tempelhofer Feld von der Berlinischen Bodengesellschaft 2500 Wohnungen in Fortsetzung der dortigen städtischen Siedlung errichtet werden sollen, zu beraten. Da die Amerikaner bekanntlich ihr Angebot bis zum 10. d. M. befristet haben, ist anzunehmen, daß die Entscheidung des Magistrats in Kürze herbeigeführt wird, um so mehr als auch das Plenum der Stadtorordnetenversammlung seine Zustimmung zu den etwaigen Abmachungen des Magistrats geben muß. Wie wir hören, dürften in den nächsten Tagen die Verhandlungen mit den Amerikanern weitergeführt werden.

Ein Kokaintesfel.

Das tragische Ende der Schauspielerin Wolff.

Ueber den Tod der ehemaligen Schauspielerin Marietta Wolff, der im vorigen Sommer unter eigenartigen Umständen erregenden Umständen erfolgte und bis heute noch in ein gewisses Dunkel gehüllt ist, brachte jetzt eine vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte stattgehabte Verhandlung wegen Vergehens gegen das Opiumgesetz einige Aufklärung.

Wie erinnerlich, wurde damals Marietta Wolff, einst wegen ihrer Eleganz und Schönheit eine der bekanntesten Erscheinungen der mondänen Welt, in ihrer Villa zu Dahlem tot im Badezimmer liegend aufgefunden. Da dort der Gashahn offenstand, und außerdem in der Wohnung ein wüstes Durcheinander herrschte, wurde anfänglich Selbstmord mit anschließendem Einbruch angenommen. Bald jedoch wurde der Tod damit erklärt, daß Marietta Wolff im Kokainrausch zusammengebrochen war, nachdem sie den Gashahn aus irgendwelchen Gründen aufgedreht hatte und sie infolgedessen einer Gasvergiftung erlag. Wie nämlich festgestellt wurde, war die Verstorbene dem Laster des Kokainrauschs in stärkstem Maße verfallen gewesen, was die einseitige geistige Schönheit geistig und körperlich völlig vernichtet hatte. Ihre Bezugsquelle für das Rauschgift war nicht schwer zu ermitteln gewesen, denn es war ein offenes Geheimnis, daß der Apotheker Friedrich Fischer ihr Lieferant war, der ihr sechs Jahre lang Kokain in ganz unglaublichen Mengen verschafft hatte. Er stand deswegen unter Anklage. Fischer bestritt, sich im Umfange der Anklage schuldig gemacht zu haben und behauptete unter anderem, daß er nur auf Rezepte eines Dr. Bedder; die allerdings fast immer auf einen anderen Namen ausgestellt gewesen wären, in verschiedenen Apotheken das Kokain der Wolff besorgt hätte. Bezeichnend ist es, daß Dr. Bedder selbst Morphium war und inwischen durch Selbstmord geendet hat. Auch die Aussagen der als Zeugen vernommenen früheren Angestellten der Wolff ergaben ein anderes Bild. So betonte die langjährige Direktrice, daß Marietta Wolff von einer Kundin ihres Modellsalons in der Bellevuestraße im Jahre 1920 zum damals sehr modernen Kokainrausch verführt worden wäre. Nach den Aussagen von Verkäuferinnen und Stützen der Wolff wurden sie wöchentlich ein- bis zweimal mit einem Brief zu dem Angeklagten in die Apotheke geschickt, wo er tätig war und sie dann einen Gegenbrief mit einer Röhre Kokain als Inhalt erhielten. Andererseits kam auch der Angeklagte mehrere Male in der Woche zur Wohnung der Wolff und gab hier als „Direktor Lehmann vom Künstlertheater“ einen solchen Brief ab. Nach der Angabe eines als Diener tätig gewesenen Zeugen muß der Angeklagte der Wolff Kokain förmlich aufgedrängt haben. Wurde er von ihm vorn abgewiesen, so klingelte er an der Hintertür oder telephonierte schließlich auch an. Diese Aussagen erweckten den Eindruck, als sei der Angeklagte mit einer geradezu teuflischen Energie hinter der ihm Verfallenen hergewesen. Auch zeigten die Angaben dieses Zeugen, wie das Gift mit der Zeit auf Geist und Körper der Wolff zerstörend wirkte. In der Wohnung sei alles dunkler und drücker gegangen. Am Tage hätte die Wolff meistens geschlafen und nachts immer alles in Unordnung gebracht, was am Tage aufgeräumt worden wäre. Manchmal hätte sie drei bis vier Tage hintereinander durchgeschlafen, nachdem sie mehrere Flaschen Cognac geleert hätte. Auch der langjährige Freund der Verstorbenen, der Rittergutsbesitzer v. Sl., der aus Anhänglichkeit trotz allem bis zum traurigen Ende zu ihr hielt, erklärte, daß aus der gepflegtesten und elegantesten Frau mit der Zeit eine Schlampe geworden wäre. Der Staatsanwalt bezichtigte die Handlungsweise des Angeklagten als außerordentlich verwerflich, denn er sei mehr oder weniger an dem Tode der Wolff schuld, die ohne ihn vielleicht hätte gerettet werden können. Deshalb beantragte er vier Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auch gegen den Angeklagten auf vier Monate Gefängnis. Nach seiner Überzeugung hat der Angeklagte den Tod der Wolff auf dem Gewissen, die bis dahin eine blühende Frau gewesen und von ihm systematisch in den Tod getrieben worden sei.

Schweres Motorradunglück in Malsow.

In Malsow, vor dem Grundstück Dorfstraße 28, ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Motorradunglück, bei dem ein Polizeiwachmeister vom Kommando der Schupo tödlich und sein Begleiter lebensgefährlich verletzt wurden. Der 27-jährige Polizeiwachmeister Otto Teska aus der Königin-Elisabeth-Str. 5 zu Charlottenburg hatte zusammen mit seinem 22-jährigen Bruder, dem Drogisten Heinrich Teska, der auf dem Soziusfaher, eine Ausflugsfahrt gemacht. In der Dorfstraße fuhr T. in vollem Tempo mit einem in Richtung Berlin fahrenden Kraftwagen zusammen. Durch den heftigen Anprall wurde das Motorrad völlig zertrümmert und die Brüder T. auf das Straßenpflaster geschleudert, wo sie schwer verletzt und bewußtlos liegen blieben. Es wurde für die sofortige Uebersführung der Verunglückten in das Städtische Krankenhaus Weißensee gesorgt, wo Otto T. kurz nach seiner Einlieferung starb. Heinrich T., der sich

Industrie und Handel — und der Stadthaushalt

Sie fordern Steuererleichterung. — Berlin soll mit Ausgaben sparen.

Die Industrie- und Handelskammer Berlin veranlaßte gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin eine Sitzung zur Besprechung des noch der Festlegung harrenden neuen Stadthaushaltplanes und der durch ihn bedingten Gewerbesteuerfrage. Der Besuch aus den Kreisen von Handel und Industrie und ihrer Verbände war sehr stark. An der Sitzung nahmen auch teil Oberbürgermeister Böß und Stadtkämmerer Lange, Mitglieder der Stadtorordnetenversammlung, Vertreter der preußischen Ministerien des Innern, der Finanzen, des Handels und Gewerbes, Vertreter des Oberpräsidiums.

Der Hauptvortrag des Handelskammerpräsidenten, Rechtsanwalt Michael, gab kein Bild von dem Stadthaushalt und seinen Notwendigkeiten, sondern beschränkte sich auf ein paar Bemerkungen hierüber, die Kritik sein sollten, aber nur billige Scherze waren. Sachlich und ernsthaft führte er zur Gewerbesteuerfrage aus, daß ein großer Teil der Ausgaben des Stadthaushaltes durch die Gewerbesteuer gedeckt werde und daß die jetzt geplanten Sätze der Ertragsteuer und der Lohnsummensteuer nicht tragbar seien. Zur Erleichterung der Gewerbesteuer solle man mehr die Ueberschüsse der städtischen Werke heranziehen, und im übrigen könne durch Hinübernahme von Refereis, die noch aus der Gewerbesteuererleichterung von 1926 verfügbar seien, der durch die Gewerbesteuer zu deckende Fehlbetrag verringert werden. Der Rechner hält für möglich, die Gewerbesteuerzuschläge für 1927 festzusetzen bei der Ertragsteuer auf 375 Proz. und bei der Lohnsummensteuer auf 750 Proz., während der Haushaltsplan nach dem Entwurf des Magistrats die Zuschläge auf 500 Proz. zur Ertragsteuer und auf 1000 Proz. zur Lohnsummensteuer bemißt.

Nachher sprachen Vertreter des Handwerks (Handwerkskammerpräsident Albert), der Industrie, des Großhandels, des Einzelhandels. In fast allen Reden lehrte die Forderung wieder, die Stadt solle ihre Ausgaben möglichst einschränken und größere Sparsamkeit üben.

Oberbürgermeister Böß, der nach diesen Ausführungen zu einer Entgegnung das Wort nahm, stellte zunächst fest, daß die Stadt

Berlin und die Berliner Wirtschaft sich miteinander verbunden fühlen. Nur wenn die Wirtschaft gedeiht, sei ein Gedeihen auch der Stadt zu erwarten. Sehr entschieden wandte er sich gegen den Gedanken, die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege einzukürzen. Das wäre eine sehr verkehrte Politik, denn die Leistungsfähigkeit der ganzen Bevölkerung hänge davon ab, daß die Verelendung der Massen nicht noch zunimmt. Der Wirtschaft werde durch Aufwendungen für die Wohlfahrt der allerbeste Dienst erwiesen, und unnützlich seien die Ausgaben nicht, die auf diesem Gebiet die Stadtverwaltung macht. Daß hier noch nicht genug getan worden sei, zeige die herrschende Not und die starke Inanspruchnahme der städtischen Anstalten, die im letzten Winter für die Aufnahmegehenden nicht ausreichten. In Berlin sei in früheren Jahren sehr vieles vernachlässigt worden, darum entstehen jetzt um so höhere Aufwendungen für die Nachholung des Rätigsten. Oberbürgermeister Böß berührte auch die Frage einer Umgestaltung der Verwaltungsorganisation Berlins und wandte an, daß die Stadt in nicht ferner Zeit mit Vorschlägen an die Staatsregierung herantreten werde. Zur Steuerfrage führte er aus, daß die Benachteiligung durch den Finanzausgleich, bei dem die Finanzlage Berlins nicht genügend berücksichtigt worden ist, zur Erhöhung der Realsteuern zwingt. Eine stärkere Heranziehung der Werke dürfe nicht zu einer Erhöhung der Tarife führen, die doch auch die Wirtschaft belasten würde. Viel eher sei übrigens von technischen Verbesserungen eine Steigerung der Werkerträge zu erwarten. Der Oberbürgermeister schloß mit der Versicherung, daß die Stadtverwaltung alles tun werde, die Berliner Wirtschaft vor zu schwerer Belastung zu schützen und sie wettbewerbsfähig zu erhalten.

Stadtkämmerer Lange ergänzte die Ausführungen des Oberbürgermeisters durch die Erklärung, man habe schon bei der Aufstellung des Magistratsentwurfs zum Haushaltsplan so viel „gespart“, daß angeht die Abstriche von 77 Millionen Mark schwerlich noch etwas abzustreichen sei. Auch er versprach mögliche Schonung der Wirtschaft, aber da die Möglichkeit eines Gemeindezuschlags zur Einkommensteuer heute fehlt, so bleibe als wichtiges Mittel des Ausgleichs immer wieder die Gewerbesteuer.

Die Mississippi-Katastrophe.

Immer neue Dammbüche.

New Orleans, 4. Mai. (W.B.) In der Nähe von Millevens Bend ist ein neuer Dammbau erfolgt, durch den weiteres Ackerland überschwemmt wurde. Verschiedene Dörfer mußten geräumt werden. Die Zahl der Flüchtlinge, die in Baton Rouge eingetroffen sind, hat sich infolgedessen um 20 000 erhöht.

Nach dem letzten Dammbau bei Dupport steht das ganze nordöstliche Louisiana unter Wasser. An zahlreichen anderen Stellen werden Dammbüche als Folge des ungeheuren Druckes der Wasser Massen befürchtet, so daß zahlreiche Flugzeuge zur Beobachtung und Hunderte von Booten zur Rettung der bedrohten Bevölkerung bereitgehalten werden. Man rechnet damit, daß die höchste Flutwelle des Mississippi ungefähr in einer Woche bei New Orleans ankommen wird. Für diesen Zeitpunkt droht wiederum die Gefahr der Ueberschwemmung der Stadt. Es wird heute bereits erwogen, noch weitere Dammpflegungen vorzunehmen, um dem Wasser einen noch größeren Abfluß zu ermöglichen.

Auch Kanada wird vom Hochwasser heimgesucht. So sind weite Teile der Stadt Brandon überschwemmt.

Die Rache des Schwiegervaters.

Ein seltener Fall von Anwendung des § 218.

Ein seltenes Vorkommnis war Gegenstand der gestrigen Schwurgerichtsoverhandlung des Landgerichts I. Es kam ein Fall zur Anklage wegen gewalttätigen Eingriffs nach § 218, der wider Willen ausgeführt sein sollte, und für das Strafgesetzbuch nur Zuchthausstrafen vorsieht. Vor Gericht stand sich ein geschiedenes Ehepaar gegenüber, der Ehemann als Angeklagter und die Ehefrau als anklagende Zeugin. Die Anzeige war von dem inzwischen verstorbenen Vater der Zeugin drei Monate nach erfolgter Ehescheidung erstattet worden. Der Schwiegervater beschuldigt seinen Schwiegersohn, er habe seiner Frau die Selbstsuecht gegen ihren Willen abgetrieben.

Was diese beiden so verschiedene Menschen zusammengeführt haben mag, blieb unverständlich. Er, ein ruhiger, gelehrter, gesunder 28-jähriger Kaufmann, sie eine zwei Jahre ältere, hübsche Frau mit energischen Gesichtszügen, aber schwer hysterisch und mit starker Neigung zu Streifsucht und Ungehorsamkeit. Die beiden lernten sich im Badeort kennen. Sie war damals Frau eines deutsch-nationalen Parteisekretärs, der demachen in seiner Politik aufging, doch er für seine Frau wenig Zeit übrig hatte. Sie fühlte sich vernachlässigt, fand an dem „süßen Jungen“ Gefallen und schenkte ihm zur nächsten Zeit einen Kuß. Diese Ehemidrigkeit führte zur Ehescheidung; ihren kleinen Jungen durfte sie behalten. Zwar merkte der junge Kaufmann sehr bald, daß diese zu transthaften Uebertreibungen neigende Frau nicht zu ihm passe, aber es kam trotzdem zur Hochzeit. Schon in der ersten Hochzeitsnacht gab es „Krad“ und so blieb es auch in der Ehe. Dann wurde die Frau schwanger. Nun behauptet der Mann vor Gericht, daß die Frau eines Tages leichenblau von der Schwefel nach Hause gekommen sei, sich zu Bett gelegt und am nächsten Tage später Blutungen bekommen habe. Einen Arzt zu holen, habe sie ihm verboten. Als er schließlich doch einen besorgte, stellte dieser fest, daß eine Stunde Verpütung das Verbluten der Frau beendet hätte. Es handelte sich um eine Fehlgeburt; die Frau kam 2 Monate danach ins Krankenhaus und hat sich bis heute noch nicht erholt. Sie behauptet dagegen, daß der Mann auf eine Abtreibung gedrungen habe: er wolle keine Kinder haben. Er habe ihr eines Tages Pulver angeblasen wegen Kopfschmerzen gegeben, wonach die Blutungen entstanden seien. Einen Arzt zu holen, habe er sich gestraubt: er wolle nicht ins Zuchthaus, habe er gesagt. Die Eltern des Kaufmanns bestätigten jedoch als Zeugen, daß die Frau es gewesen sei, die einen Arzt zu holen verboten habe; auch habe sie schon früher gesagt, sie dürfe keine Kinder haben. Es ergab sich, daß die frühere Frau H. und deren Schwefel Abtreibungen bei sich früher einmal vorgenommen hatten. Ein Zeuge konnte auslegen, daß die Schwefel von der Rache des Schwiegervaters gesprochen habe. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Die hysterische und verlogene Frau konnte nicht als glaubwürdige Zeugin gelten.

Wo hat er die gefälschten Stempel her?

Die weiteren Verstellungen über andere angebliche Beträge seien des verhafteten Kaufmanns Bestkauf alias „v. Schent“, der das Reichwehraministerium um 75 000 M. betrogen wollte, haben bisher noch nichts Positives ergeben. Es hat den Anschein, als ob es der erste groß angelegte und wohl vorbereitete Betrugsversuch war, den Bestkauf nach der Verhütung einer längeren Strafe verüben wollte. Daß er nicht

schwere innere Verletzungen und den Bruch beider Beine zugezogen hatte, liegt ziemlich hoffnungslos danieder. Die Schuld soll den Lastkraftwagenführer treffen, der auf der falschen Straßenseite fuhr. Die Untersuchung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Vorzeitiges Ende einer Verlobungsfeier.

Der Bräutigam als Fassadenkletterer entlarvt.

Vor 14 Tagen feierte ein „Kaufmann“ mit der Tochter eines Gastwirtes im Norden Berlins Verlobung. Das Fest wurde ziemlich üppig gefeiert, u. a. wurden 40 Flaschen Sekt geleert. Das Ende aber war eine so schwere Prügelei, daß die Polizei einschreiten mußte. Als sie kam, war der Bräutigam plötzlich spurlos verschwunden. Er ließ auch nichts mehr von sich hören. Das erregte Verdacht und die Kriminalpolizei sah sich näher nach ihm um; es ergab sich dann, daß er einen falschen Namen geführt hatte und in Wirklichkeit ein berühmter Verbrecher, ein jetzt 27 Jahre alter „Arbeiter“ Paul Kahner war, der Bruder jenes Fassadenkletterers Billy Kahner, der seinerzeit durch seinen Zusammenstoß mit dem schweizerischen Versicherungsdirektor im „Kaiserhof“ großes Aufsehen erregt hatte. Die Braut hatte von dem Vorleben ihres Erwählten keine Ahnung gehabt, hob die Verlobung schleunigst auf und übergab den Kriminalbeamten auch ihr Verlobungsgeschenk, eine wertvolle Brillantenbroche. Wie dann festgestellt wurde, stammte die kostbare Broche aus einem Diebstahl in Wiesbaden. Dort fleg in der Nacht zum 17. März d. J. ein Fassadenkletterer in ein Sanatorium ein und stahl einer 72 Jahre alten Frau von Münchhausen u. a. eine goldene Broche mit einem Rubin in der Mitte und je einem Brillanten an beiden Seiten. Die alte Dame, die erkrankt war, erlitt einen so heftigen Schreck, daß sie nach kurzer Zeit am Herzschlag starb. Nachdem die Gastwirtstochter, der man ein Bild Kahners zeigte, hiernach ihren ehemaligen Bräutigam erkannt hatte, wußte man, daß er als Fassadenkletterer in Wiesbaden tätig gewesen war. Die Beamten suchten ihn eifrig, bis er bei einer Prügelei, in die er als beteiligter Schläger in der Nähe des Stettiner Bahnhofes hineingeraten war, erwischt wurde. Die Broche aber will er nicht gestohlen, sondern von einem Unbekannten gekauft haben. Ohne Zweifel hat er nicht bloß den Eindruck in Wiesbaden verübt, sondern in der gleichen Art wie dort, darauf, auch in der Nacht zum 19. März und in der Nacht zum 13. April in Düsseldorf „gearbeitet“. In Frankfurt a. M. fleg der Fassadenkletterer an Sandsteinmergeln und dem Regenrohr in ein Hotel ein und stahl, während zwei Gäste, Mutter und Tochter, schliefen, aus deren Zimmern für 78 000 M. Schmuckachen. Für die Aufklärung und die Wiederbeschaffung der Beute sind in allen Fällen hohe Belohnungen ausgesetzt.



Im Rahmen der Hans-Bredow-Schule beginnen zwei neue Vortragszyklen. Prof. Max Rautner behandelt das Thema „Das geistige und seelische Band der westeuropäischen Völker.“ Nach dem etwas verworrenen Einleitungsbeitrag ist nicht klar zu erkennen, in welcher Richtung der Zyklus weisen wird. Ungefähr kann man zusammenfassen: Wenn Westeuropa eine kulturelle Einheit vorstellt, so bestehen doch wiederum zwischen den einzelnen Völkern unüberbrückbare Gegensätze, die aus den Volkscharakteren erwachsen. Rautner erklärt, daß man sich bei der Behandlung dieser Fragen freimachen müsse von jeder politischen Hemmung. Aber er selbst führt hauptsächlich französische Gelehrte an, die sich während des Krieges absällig über deutsches Wesen äußerten und vergißt die Hergensergiehungen mancher deutschen Kollegen, die das gleiche taten. Friedrich Meinecke, den er oft zitiert, bedeutet in jeder Beziehung eine glänzende Ausnahme. Einfacher ist die Vortragsfolge „Sokrates und seine Bedeutung für die Gegenwart.“ Den ersten Vortrag teilt Dr. Heilmuth Falkensfeld „Sokrates, der Mensch“ und er steht in ihm den geistigen Betreuer, der seinen Schülern nicht fertige Weisheiten übermitteln, sondern sie die Wahrheit suchen lehrt. Sokrates ist der Vater der kritischen Philosophie, der Kämpfer für Freiheit und Aufklärung und der größte Pädagoge der Antike. Erica Bodin, die neue Funkprinzessin, liest Märchen von Andersen und Grimm sehr zurückhaltend, aber bereits zu monoton. Gutes Niveau hält das Nachmittagskonzert der Kapelle Emil Roos, und am Abend spielt Bruno Seidler-Winter Handel und Max Reger. Sehr geschliffen arbeitet jede Orchesterfigur heraus und Handels Concerto grosso kommt seiner Natur entgegen. Georg Kneifeldt spielt mit großem technischen Können Diottis Violinkonzert in A-Moll.

Dittmar Molkenmarkt 6 **Edit** neuzeitliche Möbel **Besichtigung** erbeten **Möbelfabrik**
Tautentzienstr. 10 **abgeklärter Form** **Drucksachen** kostenfrei
Prelwürdigkeit **Zahlungs erleichterung**

den erwarteten Erfolg hatte, ist zum großen Teil einem Zufall zu verdanken. Jedenfalls wollte Restowky sich mit einem Schläge in den Besitz größerer Barmittel setzen, um damit das Beste zu machen. Für diese Annahme spricht mit nahezu hundert Prozent Wahrscheinlichkeit die Tatsache, daß die Ehefrau des verhafteten Betrügers von dem Treiben ihres Mannes auch nicht die leiseste Ahnung hatte. In völliges Dunkel bleibt noch immer die Herkunft der gefälschten Stempel gehüllt, und es ist noch sehr fraglich, ob Restowky etwaige Helfershelfer preisgeben wird. Nach einem eingehenden Verhör durch den Untersuchungsrichter wurde der Täter in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Die Organisationen des Berliner Handwerks.

Wir haben in unserer Ausgabe vom 30. Dezember 1926 an der Hand von amtlichen Zahlen gezeigt, daß das Handwerk noch keineswegs dem „Untergang“ geweiht ist. Es erweist sich vielmehr in Verbindung mit dem Handel, manche allerdings in der Hauptsache nur durch Reparaturarbeiten, selbst in der Großstadt Berlin durchaus als lebensfähig. Sofern es nur versteht, sich den neuen Lebens- und Existenzbedingungen anzupassen. Daß die Handwerksmeister es auch verstanden haben, die Vorteile straffer Organisation sich zunutze zu machen, geht aus den nachfolgenden Zahlen hervor: Es bestanden am 30. September 1926 innerhalb des Bezirks der Berliner Handwerkskammer an Freien Innungen 308 gegen 327 am 30. September 1925; an Innungsmitgliedern 428 gegen 413; Innungsausschüsse 32, und Gewerbe-, Mittelstands- und freie Vereinigungen sowie Fachverbände 173 gegen 179. Es sind somit im Kammerbezirk 941 Berufsvertretungen vorhanden. Das bedeutet allerdings noch eine große Zersplitterung. In manchen Gewerben beläuft sich die Zahl der Innungen auf ein Duzend und mehr. Den vorhandenen Zentralisationsbestrebungen stehen meist nur persönliche Gründe — Eitelkeit der Herren „Dorfmäster“, die nicht in einem größeren Ganzen aufgehen mögen — entgegen.

Gasvergiftung eines Berliner Gelehrten.

Der Rustos am Botanischen Museum in Berlin-Dahlem, Dr. Friedrich Baupel, wurde am Mittwoch morgen in seinem mit Gas angefüllten Schlafzimmer tot aufgefunden. Der Gelehrte, der erster Vorsitzender der Deutschen Kaktus-Gesellschaft war und als Botaniker einen guten wissenschaftlichen Ruf hatte, war am Abend über dem Lesen eines wissenschaftlichen Werkes eingeschlafen, ohne das Gaslicht zu löschen. Später wurde der Hauptkahn abgedreht und als er am Morgen wieder geöffnet wurde, füllte das einströmende Gas das Schlafzimmer, in dem der Gelehrte, der Düngefelle war, noch schlief. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Kein Verschulden der Baufirmen. Der Dienstag gemeldete Unfall an der neuen Aufzugsanlage auf dem UEG-Bau in Treptow ist gestern von den zuständigen Polizei- und Gewerbebehörden eingehend untersucht worden. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß weder die ausführende Aufzugsfirma, die Otis-Aufzugswerke G. m. b. H., noch die Leitung der UEG, das geringste Verschulden trifft. Der Unfall ist lediglich darauf zurückzuführen, daß ein Glied einer mit der Aufzugsanlage nicht im Zusammenhang stehenden Kette gerissen und dadurch ein Falschzug auf die Arbeiter niedergefallen ist.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Nächste Theatervorstellung am Sonntag, dem 8. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Theater am Bülowplatz. Aufgeführt wird „Traumspiel“, ein Mysterium von Strindberg. Erste Besetzung, großes Orchester. Preis der Karte einschließlich Kleiderablage und Theaterzettel 1,20 Mk. Karten sind in allen bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Unglücksfall bei der Reichswehr. Am Montag abend schoß sich der Schütze Wagner vom Löhauer Ausbildungsbataillon beim Pöfen-

stehen in den linken Oberschenkel, der ganz zerschmettert wurde. Der Berührungslücke, der noch lebend aufgefunden wurde, verblutete so rasch, daß keine ärztliche Hilfe mehr möglich war. Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft sind eingestellt worden, da es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Unglücksfall handelt.

Austritt in einem polnischen Gefängnis. Am Mittwoch brach in dem Warschauer Gefängnis Mokotow eine Sträflingsrevolte aus, an der sich etwa 120 Gefangene beteiligten. Als Brotteig gegen das Gitter zum Frühstück gereichte Brot begannen sie zu schreien, zu pfeifen, die Zelleneinrichtungen zu demolieren und sich zu verbarrikadieren. Der Gefängniswache gelang es endlich, des Aufruhrs Herr zu werden. Hierbei erlitten einige Gefangene leichte Verletzungen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Trocken, zeitweise heiter, bei wenig gedrückten Temperaturen. Für Deutschland: Im Westen vereinzelte Gewitter, sonst wolfig bis heiter und trocken.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einwendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Sitzung des erweiterten Vorstandes am Sonnabend, dem 7. Mai, pünktlich abends 6 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 3.

1. Kreis Kiergarten. Freie Schulgemeinde: Freitag, 6. Mai, 7 1/2 Uhr, Elternversammlung in der Schulaula Waldenstraße 21. Vortrag des Genossen Helmut Marx Kreuziger. Alle Eltern werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
2. Kreis Köpenick. Freitag, 6. Mai, 7 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes an bekannter Stelle.
3. Kreis Prenzlauer Berg. 1. Kreis Friedrichshagen. Freitag, 6. Mai, 7 1/2 Uhr, bei Gott, Knippenstraße, Übertragung von der Reichsfeier.
4. Kreis Charlottenburg. Sonnabend, 7. Mai, 7 Uhr, Sitzung sämtlicher Abteilungsleiterinnen im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Jede Abteilung muß vertreten sein.
5. Kreis Wilmersdorf. In der am Sonntag, 8. Mai, nachmittags 3 Uhr, stattfindenden Aufführung „Traumspiel“ von Strindberg mit erster Besetzung in der Volkshalle am Bülowplatz sind noch Karten zu 1,20 Mk. durch den Obmann des Bildungsausschusses, Genossen Michel, Adenauer Str. 41, zu haben.
12. Kreis Steglitz, Westlich, Lichterfelde. Freitag, 6. Mai, 7 1/2 Uhr, im Rathaus Steglitz Kreisvorstandssitzung. Anschließend Fraktionsitzung. Wichtige Tagesordnung.
13. Kreis Tempelhof, Marienfeld, Marienfelde, Lichterfelde. In der Aufführung „Traumspiel“ von Strindberg am Sonntag, 8. Mai, in der Volkshalle am Bülowplatz sind noch Karten zu 1,20 Mk. einschließlich Garzerobe und Theaterzettel zu haben beim Genossen Otto Günther, Marienfeld, Rurhstraße 19.
15. Kreis Treptow. Arbeiterwohlfahrt: Heute, Donnerstag, 5. Mai, letzter Kurstagabend. Vortragsabend des Genossen Dr. Roeder über: „Was der Wohlfahrtsarbeiter von den Gesundheitsinstitutionen der Bezirke wissen muß.“ Parteigenossinnen und -genossen, die sich für die Sache interessieren, sind als Gäste herzlich willkommen.
20. Kreis Reinickendorf. Heute, Donnerstag, 5. Mai, 7 Uhr, im kleinen Sitzungssaal des Rathauses Wittenau erweitertes Kreisvorstandssitzung.

Heute, Donnerstag, 5. Mai:

28. Mt. Neukölln. Die Bezirke 111 und 114 werden gebeten, die Listen zur Parteiliste umgehend abzuliefern.
116. Mt. Lichterberg. 7 1/2 Uhr bei Worr, Neue Bahnhofstr. 28, wichtige Funktionärsitzung. Wir bitten um vollständiges Erscheinen.
- Bernau. 8 Uhr im Restaurant Volkhaus Frauenabend.

Morgen, Freitag, 6. Mai:

27. Mt. 7 1/2 Uhr bei Jena, Wilmstr. 5, Funktionärsitzung.
20. Mt. 7 Uhr bei Woll, Ledener Str. 6, Starparker Straße, wichtige Funktionärsitzung. Kleiner Bericht folgen.
48. Mt. 8 Uhr bei Keller, Fürststr. 1, Funktionärsitzung.
29. Mt. Schöneberg. Pünktlich 8 Uhr bei Woll, Däuiser Str. 10, 6. Grob- und Feinbesetzung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen sämtlicher Funktionäre dringend erforderlich.

35. Mt. Tempelhof. Öffentliche Versammlung in der Aula des Gymnasiums Kaiserin-Augusta-Straße. Vortrag: „Die innen- und außenpolitische Lage.“ Referent Dr. Julius Hofes, R. d. N. Erscheinen in Massen!

Neukölln. 28. Mt. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Reagemed, Sonderstr. 10. — 28. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schapeite, Weichstr. 5, Funktionärsitzung. — 29. Mt. 7 1/2 Uhr bei Zimmermann, Stuttgarter Str. 41, wichtige Funktionärsitzung. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein. Die Elternbesetzungsmitglieder sind eingeladen. Die Reichsfeierkarten sind in der Sitzung unbedingt abzugeben. — 29. Mt. 7 1/2 Uhr bei Lohmann, Wippstraße 18/19, wichtige Funktionärsitzung. — 27. Mt. 7 Uhr bei Koch, Siegfriedstraße, Sitzung sämtlicher Funktionäre. Erscheinen dringend erforderlich.

Lichterberg. 114. Mt. 7 1/2 Uhr bei Schwager, Gabelstr. 17, Vorstand- und Funktionärsitzung. — 118. Mt. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Frankfurter Allee 64, Funktionärsitzung. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

118. Mt. 7 1/2 Uhr bei Woll, Berliner Straße 64, Vorstand- und Funktionärsitzung. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Jungsozialisten. Heute, Donnerstag, 5. Mai:

Gruppe Gantow: 8 Uhr im Jugendheim Göttschstr. 14 Vortrag: „Kulturpolitische Aufgaben des Proletariats.“ Referent Bruno Reimann. — Gruppe Charlottenburg: 8 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4 Vortrag: „Individualpsychologie.“ Referent Studentrat Chamm. — Gruppe Prenzlauer Berg: 8 Uhr im Jugendheim Wilmersdorfer Str. 22 Vortrag: „Der Film.“ Referent Bernd Goldo. Genossinnen und Genossen anderer Gruppen sind herzlich willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Neukölln: Sitzung! Die Helferversammlung wird diesmal vom Freitag, 6. Mai, auf Montag, 10. Mai, verlegt.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

128. Mt. Regal. Die Einlieferung unseres verstorbenen Genossen Gerhart Delfes findet am Sonnabend, 7. Mai, nachmittags 12 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Zahlreiche Beteiligung der Genossinnen und Genossen wird erwartet.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Bezirksvorstandssitzung heute, Donnerstag, pünktlich 8 Uhr. Sitzung R. d. N. und Bezirkeleiters pünktlich 8 Uhr.

Abteilungsmitgliederversammlungen heute 7 1/2 Uhr:

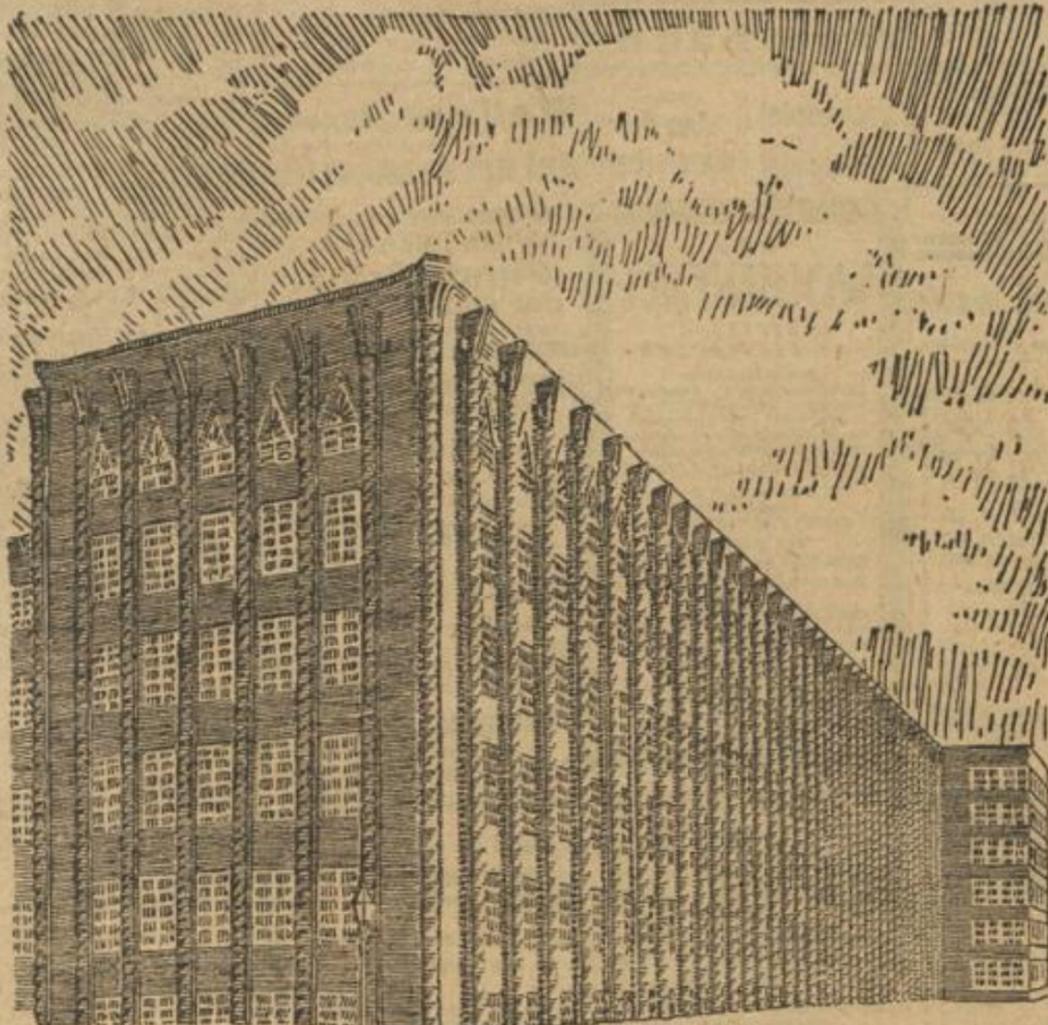
Nord: Schule Fuhlsbüttel Str. 1. — Ost: Schule Eberswalder Straße, Zimmer 11. — Süd: Schule Wilmersdorfer Str. 22. — West: Schule Wilmersdorfer Str. 128. — Friedenau: Schule Offenbacher Str. 5a. — Prenzlauer Berg: Schule Wilmersdorfer Str. 128. — Lichterfelde: Heim Lichterfelde-West, Albrechtstr. 14a. — Lichterfelde: Schule, Wilhelmstraße.

Rathausbezirk: Funktionärsitzung pünktlich 7 1/2 Uhr beim Genossen Eber, Reichensberger Str. 128. — Schöneberg III: Heim Hauptstr. 15. Heute-Abend. — Charlottenburg-Nord: Schule Wilmersdorfer Str. Neues Ufer. Arbeiterbildungabend.

Die Sitzung des Hedwig-Wangel-Lotteris findet im Meisteraal Köpenicker Straße 28 statt und beginnt am 6. Mai um 8 1/2 Uhr.

Lebensgenossenschaft. Heute, Donnerstag, 5. Mai, finden zwei interessante Aufführungen statt. Reginald Denny, einer der beliebtesten amerikanischen Komiker, spielt die Hauptrolle in einer turbulenten Verwechslungskomödie „Der teuflische Jock“. Coconne Griffith, eine der schönsten amerikanischen Filmschauspielerinnen, die jetzt durch ihre Auswahl zu United Artists Aufsehen erregt, gastiert in einem wunderbaren Film der Dailly „Ordnungsgüter“. Die Vorstellungen beginnen 6, 8 und 10 Uhr, jedoch beginnt mit jeder Vorstellung, also auch um 7, 9 und 11 Uhr, einer der beiden Schläger dieser Woche. Eine sehr interessante Aufnahme von den Fußballspielern Northamptons ergänzt den Spielplan.

Das Wohlbefinden der ganzen Familie wird am besten durch eine gute Küche gesichert. Wohlgeschmeckte, aber leicht verdauliche und wohlbekanntliche Speisen verdienen immer den Vorzug, allerdings darf dabei die Schmachthastigkeit nicht außer acht gelassen werden. Ebenso spielt die Abwechslung eine große Rolle. Hier kommen der praktischen Hausfrau Dr. Deffers Puddingpulver sehr zu nütze, denn ein einfach und schnell hergestellter Deffer-Pudding schafft die gewünschte Abwechslung und ergänzt auch eine weniger reichhaltige Mahlzeit in bester und schmackhafter Weise. Infolge des großen Umfanges sind Dr. Deffers Puddingpulver in allen einschlägigen Geschäften stets frisch zu haben.





Die neue OVERSTOLZ Fabrik

hat ihre Tätigkeit begonnen.

Ihre äussere Gestalt zeigen wir im Bilde. Über den Wert der Arbeit, die in ihrem Innern geleistet wird, kann das Bild nicht viel sagen. Das Eine kommt aber vielleicht zum Ausdruck, dass wir nicht glauben, die Arbeit des Kaufmanns erschöpfe sich in rein materiellen Dingen.

Die Verbraucher unserer Ware mögen die zweckmäßige Schönheit unseres neuen Hauses als ein Symbol der Freude an der Arbeit betrachten: Freude am Schaffen und Liebe zum Fach veredeln die Arbeit in unseren Betrieben. Darum möchten wir heute die Anerkennung der Raucher auf die Leistung unserer Arbeiter und Angestellten lenken, von deren Sorgfalt und Geschick so vieles abhängt. Jede einzelne der vielen Millionen Zigaretten, die täglich unsere Arbeitsstätten verlassen, soll den Raucher aufs neue davon überzeugen, dass in unseren Fabriken trotz der grossen Mengen kein Massenfabrikat, sondern ein liebevoll gepflegtes Erzeugnis entsteht.

„Klingen soll in unserer Ware das hohe Lied der Arbeit.“

Maus Pflanzburg

KÖLN · TRIER · HAMBURG · DRESDEN

Unser Neubau in Werdohl (Architekt Fritz Höger a.w.)

Wir denken auch an Sie!



Fresches Kleid
aus gemusterter
Wäscheidee;
an Kragen,
Stulpen und
Einsatz mit
hübschen
Dach-gerüst.
Die Größe 32
9.75

Der hochmo-
derne, elegante
Schalten-Rips-
Mantel mit
frescher, aparter
Seitenpartie;
halb auf sehr
eleganter Fülle.
Die Frauengr. 3
29.50

Entscheidendes
duftiges Dast-
kleid; gute
Ware; mit
hochmodernem
Flügel-Einsatz
und hübscher
Festmutter-
Knopf-Garnit.
19.50

Wenn Sie etwas zu körperlicher Fülle neigen, wenn Sie aus geschmacklichen oder sonstigen Gründen sich etwas zurückhaltender kleiden wollen — Sie brauchen nicht zu verzweifeln.

Kommen Sie getrost zu uns! Sie werden überrascht sein, wie weitgehend wir gerade auf IHRE Wünsche eingestellt sind, und Sie werden in bezug auf Form des Kleidungsstückes, auf seine Farbe und auf dessen Weite und Länge ganz sicherlich bei uns das finden, was Ihnen paßt und zusagt.

Und — selbstverständlich — zu genau den gleich niedrigen Preisen für die wir bekannt sind.



59.00

Hoch eleganter
Rips-Mantel,
prima Quali-
tät; mit sehr
hübscher rei-
cher Füllde-
ckung; halb auf
guter Damasse



Königstr. 33 Chausseestr. 113 Oranienstr. 40
Am Bf. Alexanderpl. Beim Stettiner Bahnhof Am Oranien-Platz

Die obigen Angebote stehen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
8 U.: Mona Lisa
Schauspielhaus
8 U.: Fischmann
als Erzähler
Schiller-Theater
8 Uhr: Per Gynt

Städtische Oper
Charlottenburg
8 Uhr:
Das Rheingold
Abonn.-Turnus IV

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 U. Ende 11 U.
Der Arzt am
Scheideweg

Kammerspiele
Norden 10334-37
8 1/2 U. Ende 10 Uhr
stüdiges Gastspiel
Revue zu Vieren

Die Komödie
Bismarck 2014, 7516
8 1/2 U. Ende 10 U.
Revue: Was Sie wollen
Preise 2, 3, 4 u. 5 M.

Theat. u. Nollendorfpl.
Kurfürst 2091
8 Uhr Ende 10 1/2
Drei arme
kleine Mädels

Thalia-Theater
8 Uhr:
Wenn der junge
Wein blüht

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin

Sollner-Oper
Dts. Künstler-Th.
8 Uhr:
Adieu Mimi

Lessing-Theater
8 U.: Der Patriot
Kahner, Kapan

Lustspielhaus
8 1/2 U. Ende 11 U.
Bobby's letzte Nacht
Vogelmann, Klotz,
Jentzen

Theater am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr:
Stg. nachm. 3
Elite-Sänger
Großes
Überraschungs-
Programm!

SCALA
Nollendorf 1360
8 Uhr:
Charlie
Rivertrio
und weitere
Variete-
sensationen!

Urania, Der große Erfolg!
Taubenstraße 48-49
6.-8. Mai, abends 9 Uhr:
Der packende Großfilm
vom Bau und Betrieb des Riesendampfers
Columbus
des Norddeutschen Lloyd Bremen
Aus dem Inhalt: Der schwimmende Palast
und seine Geheimnisse. Ohne Steuermann
über den Ozean. Windstärke 10. Mit
20000 Pferdekräften nach dem Wunder-
lande der Wolkenkratzer.
Der bekannte Vortragsredner
Kapitän G. Speckmann-Berlin
wird zu diesem Filmwerk hochinteressante
und humorvolle Begleitworte sprechen.
Von der deutschen Presse mit Stolz und
Genugtuung begrüßt, hat dies. Film seinen
Siegesszug d. d. ganze Vaterland angetreten.
Dieses hohe Lied deutschen Geistes und
deutscher Arbeit wird unsere frische Jugend
begeistern u. deutsche Frauen u. Männer aller
Stände bis zum Ende in seinen Bann ziehen.
Film der Döring-Film-Werke Hannover.
Vorverkauf: Urania-Kasse, Theaterkasse Wert-
heim, Invalidendank. Näheres siehe auch Plakate.

Achtung!
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf
billig und gut
Thaerstr. 40, Schönhauser Allee 33

Waltha - Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die von der
Liebe leben!
Jugendliche haben Zutritt!
Vorzeiger zahlt
nur halbe Kassenpr.

**Zentral-
Theater**
Täglich 8 Uhr:
Die Wette
Lustspiel
von Carl Sioboda

**TAUENZHEN
PALAS**
LUDWIGSHOFER
Corinne
Griffith
in
Orient-
zauber
10.10.1921
Der heuchle
Jofel
MAGGOLLE
Reginald
Denry
6.8.10

Komische Oper
Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Sünden der Welt
Die weltübliche James-Klein-Revue
250 Mitwirkende - Theaterk.
ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet.

Volksbühne
Theater am Blücherplatz/Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Traumspiel
Morgen 8 Uhr:
Traumspiel

**Jan der
Wunderbare**

**DAS
WOCHENENDE**
AUSSTELLUNG
AM KAISERDAMM
Märkische Heimat
Verkehrsparade / Kunstaus-
stellung / Die Landschaft in der
Photographie / 300 Wochenend-
hausmodelle / Schülerwettbewerb
Der Bedarf des Wochenendhaus-
Wochenendhaus-Kolonie
Tägl. 8 Uhr von 10 Uhr abds.
Eintritt 1,50 M. / Schüler 75 Pf.
Alte Autobahnen
BERLINER SCHNEEPALAST
Tägl. von 9 Uhr von 10 Uhr abds.
Ab 8.30 Uhr:
Groß-Schneepalast-Abend-
Programm / Schneehalle /
Großer Ski- und Rodelbetrieb.
Eintritt 1,50 M. für Ausgehende 1 M.
Morgen Volkstag!
Eintritt 1 M., Jugendl. 30 Pf.

ERIK CHARELL BRINGT:
Tägl. 8 U. Ende 11 U.
Wie einst im Mai
Alfred Braun, Lucie Mannheim u. G.
Bendow, Westermeyer, Kupfer u. a.
Großes Schauspielhaus

Wallner-Theater
8 1/2 Uhr:
Der Lustspielerfolg
Auf der Sonnenseite

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Pimpelhuber
der Millionen-Erbe
Gutschein: Paul 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Reichshallen-Theater
Allabendl. 8 U. Sonntags nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Zum Schluß: „Deutscher Frühling“
Nachmittags: Halbe
Preise, volles Programm
Dönhoff-Brettli:
Baumbüchse,
Varieté, Konzert u. Tanz.

Rennen zu Hoppegarten
Donnerstag, den 5. Mai
nachmittags 3 Uhr

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Der Vetter
aus Dingsda

Circus
100 Löwen 100
Kpt. Alex. Schneider,
Karlstadt, Leipzig Pl.
Zgl. 8 U. Whim u.
Sonn. a. 3 Uhr
Storoff Circuszoo,
Hetz, Wilmf. St.-
Tschel, Kurwürfen-
baum 74. Verleiher:
Witzlg. 4916.

Krause-Pianos
zur Miete
W10, Ansbacherstr. 1

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Freitag, den 6. Mai, abends 7 Uhr,
im Hotel von Damm, Sophienstr. 3,
Gruppenversammlung
der
Scharf- und Werkzeugschleifer
Tagesordnung:
1. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen.
2. Gruppenangelegenheiten. 3. Ber-
echnung.
In Anbetracht der wichtigen Tages-
ordnung ist es Pflicht aller Kollegen, zu
erzählen.

Achtung! Verwaltungsmittglieder!
Freitag, den 6. Mai,
Sitzung
der Mittelere Verwaltung.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse
für den
Verwaltungsbez. XI d. Stadt Berlin
Schöneberg-Friedenau.
Am Donnerstag, den 12. Mai 1921, abends
7 Uhr, findet im „Neuen Schöneberger
Kathaus“ eine
ordentliche **Auswahl**
statt mit folgender Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht für 1920 2. Berichte der
Kassenleiter, Abrechnung der Jahresrechnung
1920 und Hochrechnungen zum Haus-
haltsanlass 1921. 3. Vortrag des Herrn
Prof. Dr. Heymann. 4. Rassenangelegen-
heiten.
Die Sitzung ist nicht öffentlich.
Berlin-Schöneberg, den 4. Mai 1921.
Der Vorstand,
W. Schulz, Vorsitzender.

Hedwig Wangel-Lotterie
zu Gunsten weiblicher Straftäterinnen
4092 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwert von
Los nur **50 Pf.**
Doppel-
Lose **1 Reichs-
Mark**
Porto und Liste 30 Pf.

Glücksbrief mit 5 Doppellosen, wertlos alle ver-
lorenen Lose 5.1.1.
Glücksbrief mit 10 Doppellosen, wertlos alle ver-
lorenen Lose 10.1.1.

zu haben bei den Staatlichen Lotterie-Einnahmern u. den durch Plakate
Kenntlichen Verkaufsstellen sowie durch
H. C. Kröger A.G. Berlin W8 Friedrich-
str. 207, 192-193
u. K. Langner Str.

Sür Männer
„OKASA“!
Das hervorragende Sexual-Erhaltungsmittel nach Geheimrat Dr. med. Lohsen.
Originalpackung à 100 Tabletten 8,50 RM. zu haben in den Apotheken.
Beachten Sie genau:
Nicht die Behauptungen des Verkäufers — sondern die Erfahrungen des
Verbrauchers sollten Sie interessieren!

Die tausenden freiwill. Anerkennungs-schreiben von Ärzten und dankbaren Bestellern können wir
hier nicht zum Ausdruck bringen. Wir verweisen hier auf folgendes eine sehr wichtige Zeugnis:
Sie erfahren hieraus, daß „OKASA“ nicht nur ein Spezial-Mittel gegen Amotens ist, sondern
auch hervorragend wirkt gegen nervöse Erschöpfungszustände, Unfähigkeit geistiger Konzentration,
in besonderer Ausprägung, übermäßige Gemüthsreizung, Verunsicherungszustände usw. „OKASA“ ist in
seiner Wirkung hervorragend auf das allgemeine Befinden. Hochinteressante Zeugnisse legen wir
bei. Versand gegen 20 Pf. Porto in verschl. Doppelbrief ohne jed. Anbruch durch den Abnehmer!
Radlaurs Kronen-Apotheke, Berlin W. 61, Friedrichstr. 160.
Wer durch diesen Mittel-Erfolg mitgeteilt, verlange Probe-Packung umsonst. Probe-Packung nur
auf schriftl. Bestimmung direkt verschlossen gegen 20 Pf. Porto.

LJUERGENS
ALEXANDER PLATZ
Lohn- und
Büro-Verwaltung

Grundstücksmarkt - Wertzuwachssteuer

Hoffnungen der Spekulation. - Wer bezahlt sie?

Die ersten Schwaben, die den Venz einer Neulebung des Grundstücksmarktes anzukündigen scheinen, haben prompt die Bekritiker der Wertzuwachssteuer auf den Plan gerufen. Sie treten an mit dem ganzen Rüstzeug „wirtschaftlicher“ Erwägungen. Auch das nationale Mäntelchen fehlt nicht: die Wertzuwachssteuer muß fallen, um den Rücklauf überfremdeter Grundstücke zu ermöglichen.

Bekämpfung der Wertzuwachssteuer

Ist die Parole aller Hüter des Besitzes geworden — von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen.

Nicht etwa, daß man der Stadt Berlin damit eine erhebliche Einnahmequelle verstopfen wollte! Beileibe nicht! Nicht etwa, daß man heute noch wie einst die sachliche Berechtigung der Steuer bestreiten wollte! Nein. Im Gegenteil: man möchte die Einnahmen der Stadt erhöhen. Und man argumentiert so: die Zahl der Grundstückserkäufe der letzten Jahre ist im Verhältnis zur Vorkriegszeit gering, sie ist auch in den letzten Jahren noch abgefallen. Während im Jahre 1923 noch 13 920 Grundstücke insgesamt in Berlin verkauft wurden, betrug die Zahl im vergangenen Jahre nur 7827, also wenig mehr als die Hälfte. Was kann anderes daran schuld sein als die schlimme Wertzuwachssteuer, die den Grundstücksmarkt je länger je mehr abdroffelt!

Es ist die alte bequeme Methode, die Auswirkungen einer wirtschaftlichen Depression auf die Höhe der Besteuerungen abzuschreiben. Von den

allgemeinen Ursachen der Zurückhaltung im Grundstücksgeschäft

wird nicht geredet, von der Spekulation noch weniger. Kein Wort davon, daß der Terrainbesitz mit einer weiteren Steigerung der Mieten in den nächsten 1/2 Jahren mit Recht glaubt rechnen zu dürfen, daß ihm also eine Erhöhung der Grundstückspreise winkt, die ihn von vorzeitigem Verkauf abschreckt. Kein Wort auch davon, daß heute ja der Verkäufer tatsächlich die Wertzuwachssteuer gar nicht trägt, sondern daß er den für ihn feststehenden Betrag verlangt und die Steuer draufschlägt, sie also in Wirklichkeit dem Käufer ausbürdet. Wer wäre so naiv, zu glauben, daß eine Aufhebung der Steuer den Verkaufspreis herabdrücken würde! Und doch soll der Grundstücksmarkt in Berlin sich bei einem gänzlichen Fortfall der verhassten Steuer nach Aussage der „Sachverständigen“ nicht nur verdoppeln, sondern verdreifachen. Allen Bedingungen der Wirtschaft und der Spekulation zum Trotz! Und diese Verdreifachung der Grundstückserlöse soll bei dem lächerlich geringen Zuschlag von 2 Proz. zur Grunderwerbsteuer so viel einbringen, daß die bisherigen Einnahmen aus der Wertzuwachssteuer dadurch um ein Vielfaches übertroffen werden!

Die Sozialdemokratie hat diesen Sirenenklängen gegenüber ihr Ohr mit dreifachem Wachs verstopft. Sie fühlt sich für die Balancierung des Berliner Haushalts als stärkste Fraktion in erster Linie verantwortlich, und sie wird niemals ihre Hand dazu bieten, die

sozial am meisten berechtigten Steuern

aufs ungewisse hinein abzubauen. Um welche erheblichen Summen es sich dabei handelt, beweist die Tatsache, daß das Einkommen aus der Wertzuwachssteuer vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1926 von 7,5 Millionen auf 14,4 Millionen gestiegen ist — und dies trotz des Rückgangs der Grundstückserlöse, trotz der Beschränkung der Steuer auf diejenigen Grundstücke, die nach dem 1. Januar 1919, also nach Beginn der Inflation erworben worden sind.

Der Altbesitz war bisher von der Steuer freigelassen worden, weil die Wertsteigerung infolge der hypothekarischen Belastung objektiv nicht nachweisbar erschien. Die Stadt begnügte sich daher hier mit dem zweiprozentigen Zuschlag zur Grunderwerbsteuer. Dieser Zuschlag ist vom 1. April dieses Jahres an gesetz-

lich verboten. Die Sozialdemokratie begrüßt dieses Verbot, weil es ihr die Möglichkeit gibt, nunmehr

die Wertzuwachssteuer auszubauen

in demselben Augenblick, in dem die Grundstücksspekulation den Abbau oder vielmehr die völlige Aufhebung aus ihren egoistischen Beweggründen heraus verlangt und erwartet. Die Sozialdemokratie wird dem Plan einer Besteuerung des Wertzuwachses auf Grund der gezahlten Barpreise ihre Zustimmung geben, weil sie darin eine gerechte Besteuerung „unverdienter“ Gewinne sieht. — Die sachliche Berechtigung einer solchen Besteuerung und die innere Unwahrheit der Behauptung des sogenannten Verlustgeschäftes bei Grundstückerverkäufen ergibt folgende Gegenüberstellung:

Scheinbar:		In Wirklichkeit:	
Kaufpreis 1912	150 000 M.	1927	30 000 M.
Verkaufspreis	60 000 M.	(aufgewertet 25 Proz.)	7 500 M.
		1927	7 500 M.
		(aufgewertet 30 Proz.)	37 500 M.
			37 500 M.
Hypothek 1912	120 000 M.	1927	30 000 M.
Restkaufgeld 1918	15 000 M.		7 500 M.
			7 500 M.
			37 500 M.
Vorausgabe 1912	15 000 M.	Vareinnahme	22 500 M.
		1927	60 000 M.
			60 000 M.
		Gewinn	7 500 M.

Es kann kein unbilliges Verlangen sein, wenn die Stadt den Verkäufer des Grundstücks zu einer Steuer von 20 Proz. = 1500 M. oder sogar 30 Proz. = 2250 M. heranzieht, weil ihm in der Tat trotz der scheinbaren Verlustes ein unverdienter Vermögenszuwachs in den Schoß gefallen ist. Man braucht nur zu erwägen, wie er heute wirtschaftlich dastehen würde, wenn er sein Geld, statt es zum Erwerb des Grundstücks zu verwenden, als Hypothek angelegt oder auch nur als Restkaufgeld hätte stehen lassen!

Auch bei diesem sogenannten „Altbesitz“ also besteht die moralische Notwendigkeit jeder Wertzuwachssteuerordnung zu recht, daß die Steigerung der Grundstückswerte dem einzelnen Grundstückbesitzer

Gewinne zuschaut, die von Rechts wegen der Allgemeinheit gehören.

daß die Allgemeinheit also nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, zum mindesten einen Teil des Wertzuwachses für die Erfüllung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben zu reklamieren.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Sturm gegen die Wertzuwachssteuer in Berlin der Anlaß zu ihrer Ausdehnung auf die bisher von ihr noch nicht erfaßten Grundstücke geworden ist. Unsere leidtragenden Terrainspekulanten mögen sich mit dem Gedanken trösten, daß auch andere vor ihnen die Geister, die sie riesen, nicht mehr losgeworden sind. Bleibt nur die Drohung, daß in Zukunft noch weniger oder überhaupt keine Grundstücke mehr in Berlin verkauft werden sollen. Sie schreit uns nicht. Denn niemals hat sich das Kapital durch eine Steuer auf den Gewinn von der Realisierung des Gewinnes abhalten lassen. Der Grundstücksmarkt wird — unbekümmert um die Wertzuwachssteuer — dem Gesetzen unserer kapitalistischen Wirtschaft folgen. Und die Sozialdemokratie wird sich freuen, wenn die durch sie verschärfte Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses die Mittel hereinbringen wird, um die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Reichshauptstadt ohne Belastung der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung zu befriedigen.

Wir verzeichnen diese Mittelteilung und hoffen, daß sie richtig ist. Wenn sie aber richtig ist, so gibt die Reichsbahn zu, daß die eingetretene Lohnerhöhung entgegen den von ihr aufgestellten Behauptungen mit den Beschaffungsplänen tatsächlich nichts zu tun hatte. Denn zu dem Zeitpunkt, in welchem die Kürzungen der Aufträge angekündigt worden sind, hatte die Reichsbahn dieselbe Einsicht in die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse und in die Größe ihrer Reserven wie heute. Unsere Vermutung, daß die Reichsbahn durch ihre Ankündigung nur die Front der sozialen Reaktion stärken wollte, würde also bestätigt.

Neue Rekorde der Reichsbanktätigkeit. Ein verhältnismäßig leichter Monatschluß.

Der Reichsbankausweis zum 30. April bringt für die Reichsbank neue Rekordziffern. Weniger noch nach der Größe der in der letzten Monatswoche hinzugekommenen neuen Geschäfte als nach der Größe der auf den einzelnen Konten jetzt verzeichneten Ziffern. Es ist unverkennbar, daß die Inanspruchnahme der Reichsbank eine gleichmäßigere geworden ist. Die festigen Stöße, mit denen sich Banken und Wirtschaft noch in den Monaten Januar bis März auf die Geldmittel der Reichsbank stürzten, haben eine Ausgleichung erfahren. Die Kreditkonten der Reichsbank waren besonders im Monat April dauernd hoch gehalten und der Stof der letzten Aprilwoche blieb nicht unerheblich hinter den Schlusssummen früherer Monate zurück.

Im ganzen sind für Wechselkredite und Lombarddarlehen 444,0 Millionen (Ende März 576,5) neu ausgeschrieben worden. Die Kapitalanlage in Wechseln, Schecks und Lombarddarlehen hat dabei aber mit 2227,0 Millionen für 1926 und 1927 die größte Höhe erreicht und sogar den bisher stärksten Monat März 1927 um 91 Millionen Mark übertroffen. Wechselkredite wurden 393,5 Millionen gegen 508,2 Millionen in der letzten Märzwoche neu gewährt, so daß das Wechselportefeuille der Reichsbank auf 2067,5 Millionen anwuchs (Ende März 1926 27), was seit Anfang 1926 ebenfalls eine Rekordziffer darstellt.

	Ende Dez. 1926	Jan. Febr.	März	April 27
(in Millionen Mark)				
Konten- und Schulden:				
Banknoten- und Schecks	3 785	3 410	3 485	3 589
Giroeinlagen d. Kundsch.	648	576	589	616
Kredite an die Wirtschaft:				
Lombardkredite	84	82	155	81
Wechselkredite	1 829	1 415	1 644	1 963
Notendeckung:				
durch Gold	1 881	1 835	1 884	1 852
durch Devisen	510	421	204	203
Deckungsverhältnis:				
Gold und Devisen zu	62,9%	66,2%	53,8%	57,8%
				55,0%

Verhältnismäßig gering war die Zunahme der Lombarddarlehen, die um 50,5 auf 66,6 Millionen anwachsen. Sie ist die geringste, die in den Schlusswochen der letzten Monate zu verzeichnen war. Verhältnismäßig groß war der Abzug von Kundengeldern auf Girokonten, die um 209,9 Millionen auf 581,5 Millionen zurückgingen.

Im Zusammenhang mit diesen Veränderungen stieg der Zahlungsmittelumsatz erheblich. An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen fielen 629,5 Millionen neu in den Verkehr ab. Der Umlauf an Reichsbanknoten erhöhte sich um 529,5 auf 3676,2 Millionen (die Dezemberziffer wird also nicht ganz erreicht), während der Umlauf an Rentenbanknoten um 100,0 auf 1060,2 Millionen anstieg. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen blieben mit insgesamt 2020,8 Millionen (Zunahme 1,4 Millionen) fast unverändert. Die kleine Zunahme entfällt fast ganz auf die deckungsfähigen Devisen, die mit 170,6 Millionen ihren niedrigen Stand beibehielten.

Bei der Deckung der Noten durch Gold und Devisen zusammen, die gegen die Vormoche von 64,2 auf 55,0 Proz. zurückging, ist bedächtig, daß das Deckungsverhältnis Ende April ungünstiger ist als Ende Dezember vorigen Jahres, obwohl damals der Notenumlauf größer war. Unsere Tabelle zeigt, daß das in der Hauptsache mit der Berringerung der deckungsfähigen Devisen zusammenhängt, die gegenüber Ende Dezember auf ein knappes Drittel zurückgegangen sind.

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

Die Ziffern über die Wagenstellung der Reichsbahn lassen erkennen, daß der Monat April in die aufwärtsgehende Kurve des Güterverkehrs einige Schwankungen gebracht hat. In der Woche zum 23. April ist die Zahl der täglich gestellten Wagen wieder von 145 100 auf 144 400 zurückgegangen, nachdem schon die früheren Wochen die Kurve etwas nach abwärts gerichtet hatten.

Tabellarische Uebersicht seit Februar. (In 1000 Stück)

Woche	wöchentlich		durchschnittlich pro Arbeitstag	
	1927	1926	1927	1926
30. 1.—5. 2.	795,8	668,4	132,6	111,4
6. 2.—12. 2.	802,9	669,8	133,6	111,6
13. 2.—19. 2.	815,0	672,1	135,8	112,0
20. 2.—26. 2.	826,0	683,4	137,5	113,9
27. 2.—5. 3.	835,0	685,7	139,2	114,3
6. 3.—12. 3.	867,1	689,9	144,5	115,0
13. 3.—19. 3.	868,7	702,9	144,8	117,1
20. 3.—26. 3.	874,7	719,0	145,8	119,8
27. 3.—2. 4.	878,0	694,0	145,5	118,8
3. 4.—9. 4.	858,2	694,5	143,0	118,9
10. 4.—16. 4.	725,6	734,2	145,1	122,4
17. 4.—23. 4.	722,0	728,2	144,4	121,4

Bergleitet man die diesjährige Entwicklung des Güterverkehrs mit dem Vorjahre, so zeigt sich, daß trotz der um rund 23 000 täglich mehr gestellten Wagen die Zunahme der Wagenstellung seit Februar nicht sehr viel größer ist als in dem entsprechenden Monat 1926. Während von Anfang Februar bis in die dritte Woche des April im vorigen Jahre die tägliche Wagenstellung um rund 10 000 zunahm, beträgt die Verbesserung im Jahre 1927 11 800 Wagen. Sofern die Kurve des Güterverkehrs für das Ausmaß der Konjunkturbesserung ein Anhaltspunkt ist, zeigt der Vergleich, daß die diesjährige Besserung zum mindesten nicht sehr auffallend über die saisonmäßige Verbesserung der Wirtschaftslage hinausgeht. Allerdings muß man berücksichtigen, daß in den Ausgangsziffern der Tabelle für 1927 noch starke Nachwirkungen der englischen Sonderkonjunktur stehen.

Die Besserung des Arbeitsmarktes stark verlangsam.

Die Besserung der Arbeitsmarktlage setzte sich auch Ende April—Anfang Mai nach den Berichten der Landesarbeitsämter weiter fort, doch hat sich ihr Tempo stark verlangsamt. Nur der Freilohn-Sachen kann eine wesentliche Besserung in der letzten Woche melden. Soweit in den einzelnen Bezirken eine Besserung eintrat, wird diese in der Hauptsache auf Saison-einflüsse zurückgeführt. Hochwasser und starke Regenfälle verhindern ziemlich stark die Arbeitsaufnahme in den Außenbezirken. Aus den Industriegebieten konnten zahlreiche Kräfte in die Berufsbezirke übergeführt werden.

Sollen auch die Kohlenpreise erhöht werden? Die Öffentlichkeit hat allen Anlaß zu Aufmerksamkeiten der führenden Männer der Vereinigten Stahlwerke A.-G. zu achten. Waren sie doch die Treiber in der Frage der Eisenpreiserhöhung, die nur unter dem Druck der Öffentlichkeit, nicht nach dem Willen des Stahlrukes gestiftet wurde. Herr Generaldirektor Dr. Fahrenhorst hat auf der Generalversammlung der Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Düsseldorf gesagt, daß vor allem die Kohlenpreise nicht mehr als ausreichend zu betrachten seien. Er weist auf die jüngste Lohnerhöhung hin, die angesichts der europäischen Kohlenlage in einem ungünstigen Augenblick erfolgt sei und die Wettbewerbsfähigkeit des Kohlenbergbaues erheblich zu beeinflussen drohe. Nach der Mentalität der Stahlruksleute ist das ein kaum verlausuliertes Wunsch nach einer Kohlenpreiserhöhung. Die Tatsache dieses Wunsches sei vermerkt, damit die Öffentlichkeit die Augen offen hält.

Die Arbeitsteilung in der Kohlenveredelung der Ruhrgebiets. Ueber die kürzlich gemeldete Gründung der Aktiengesellschaft für Kohlenveredelung und Kohlenverflüssigung (Kapital 5 Millionen) sind jetzt nähere Umstände bekannt. Die neue Gesellschaft ist als Parallelsellschaft der Kohlenverwertungs A.-G. in Essen anzusehen, die sich mit der neuen Gesellschaft in die verschiedenen Gebiete der Kohlenveredelung teilt. Die Kohlenverwertungs-Aktiengesellschaft, die früher auch die Kohlenverflüssigung betreiben sollte, wird jetzt für die Pläne der Gasfernversorgung der Ruhr reserviert. Das geschieht, nachdem die Ferngaspläne der Ruhr undurchführbar geworden sind und man in der Zukunft nur noch etwas durch die Beteiligung der Städte an der Kohlenverwertungs-A.-G. zu retten hofft. Sollte es zu einer solchen Beteiligung kommen, dann muß natürlich die Kohlenverflüssigung aus der Kohlenverwertungs-Aktiengesellschaft herausgenommen werden. Deshalb die neue Gründung. Daß man von den Ferngasplänen zunächst aber nichts mehr erhofft, wird durch den Uebertritt des Generaldirektors Dr. Pott in die neue Aktiengesellschaft für Kohlenveredelung bestätigt. Es ist also so gekommen, wie wir es vorausgesehen, und, was die Spezialisierung der Ruhrgebiets auf die Kohlenveredelung anbelangt, auch gewünscht haben.

Wie gefährlich die Roggenkrisen werden können, zeigt eine Zwangsversteigerung vor dem Amtsgericht Königswinterhausen. Die Gemeinnützige Siedlungs- und Kriegerheimstätten A.-G. in Jelen, Großhefen und Senzig hatte auf ihren Grundstücken unter anderem eine Roggenkultur von 20 000 Zentnern, die mit 240 000 M. angelegt wurde. Diese Umrechnung entspricht einem Roggenpreis von 12 Mark je Zentner, während bekanntlich die Auslieferung der Roggenhypotheken zu einer Zeit erfolgte, wo die Roggenpreise auf einem Drittel der heutigen Preise standen. Beim Zwangsverkauf wurde vom Reich und von Preußen das Höchstgebot mit 410 000 M. abgegeben, während die Grundstücke mit mehr als 1 Million Mark zur Grundvermögenssteuer eingeschätzt waren.

Die Abwehr einer Hecke.

Zu den städtischen Kohlenfelderkäufen.

Die von allen interessierten Seiten gegen die Frankfurter Gasgesellschaft und die kölnische Stadtverwaltung mit Nachdruck betriebene Hecke, die unter der Vorgabe überlegenen technischen Sachverständnisses die Öffentlichkeit gegen die Kohlenfelderkäufe mobilisieren sollte, wird jetzt von den Beteiligten entschieden zurückgewiesen. Die Abwehrverhältnisse bei den erworbenen Feldern seien entgegen den Behauptungen der sogenannten Sachverständigen genau so günstig wie bei den Nachbargruppen, die ihre eigenen Schächte nahe bei den erworbenen Feldern niedergebacht hätten. Seltener sei ein Feld vor dem Abbau so systematisch abgebohrt worden wie das in Frage stehende. Die Rheinischen Stahlwerke ermächtigen die beiden Städte zu der Mitteilung, daß sie niemals in Ankaufverhandlungen wegen des Rheinbergfeldes gestanden hätten. Die behauptete Ueberbezahlung im Vergleich mit diesem Felde sei also gegenstandslos. Entgegen der Wahrheit war behauptet worden, daß der Bürgermeister von Düsseldorf gegenüber dem Oberbürgermeister von Essen den Preis für die Rheinbergfelder als vierfach überzahlt bezeichnet habe. Beide Herren haben die Behauptung der Form und dem Inhalt nach für falsch erklärt. Auch auf den Nachbarzwecken würde die beachtete und von den Sachverständigen bezweifelte Förderleistung von 1,5 Millionen Tonnen tatsächlich erreicht, obwohl diese Zehen nicht mit allen Erzeugnissen der Reuzzeit ausgestattet seien. Außerdem umfasse der von Frankfurt und Köln bezahlte Kaufpreis nicht allein die abgebohrten Grubenfelder von zusammen rund 24 Millionen Quadratmetern, sondern auch den günstig gelegenen und keineswegs zu teuren Grundbesitz von 2300 Morgen sowie das notwendige Gelände für den Hafen und die Hafenanfuhrbahn.

Die Reichsbahn kann auch anders!

Keine Kürzung der Aufträge?

Der „Vorwärts“ hat kürzlich mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Reichsbahn weder wegen der Lohnerhöhungen noch wegen sonstigen Umständen Lage einen Grund hat, ihr Auftragsprogramm zu kürzen. Es mutet merkwürdig an, wenn jetzt schon behauptet wird, daß eine Kürzung des Beschaffungsprogrammes nicht erfolgen soll. Die Entscheidung über die Frage soll in der nächsten Woche fallen. Es heißt, daß die Verkehrsverhältnisse sich so günstig entwickelt hätten, daß es nicht unwahrscheinlich sei, daß die angekündigte Kürzung des Beschaffungsprogrammes vermieden werden kann.

Unglücksfälle und Antreiber-system.

Bergbaudebatte im Landtag.

In der Mittwochssitzung des Landtages beantragte zunächst **Abg. Pies** (Komm.), einen kommunalistischen Antrag auf Aufhebung der Polizeimaßnahmen des Berliner Polizeipräsidenten anlässlich des Stahlhelmtages am 8. Mai auf die Tagesordnung zu setzen. Die Anordnungen seien lediglich getroffen, um mit Hilfe der konterrevolutionären Organisationen die Arbeiterschaft Berlins niederzuschlagen. (Widerspruch bei den Soz.)

Die Behandlung des Antrages scheitert am Widerspruch der Deutschnationalen.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein und überweist einen sozialdemokratischen Antrag, die Oberversicherungskämmer in Preußen anzuweisen, mit aller Beschleunigung die Ortslöhne den verteuerten Lebenshaltungskosten entsprechend angemessen zu erhöhen, dem bevölkerungspolitischen Ausschuss. — Hierauf wird die zweite Lesung des Berggesetzes fortgesetzt.

Abg. Jacobs (Soz.):

Den Erklärungen des Ministers gegen die Uebergänge der Franzosen im Saarbergbau schließen wir uns an. Die Rationalisierung der bergbaulichen Betriebe hat sich zuungunsten der Bergarbeiter ausgewirkt. Die hier kritisierte Wenigerförderung an Kohle ist nur eine scheinbare. Man läßt dabei immer außer acht, daß 50 000 Bergarbeiter entlassen wurden und trotzdem 1926 ziemlich die gleiche Menge Kohlen im Ruhrbergbau wie 1913 gefördert wurden. Dieses günstige Resultat ist in erster Linie der Antreibererei zu danken. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Folge eines solchen Systems ist die erschreckend hohe Zahl der Anfälle.

Seit 1910 sind 29 322 brave Bergleute tödlich verunglückt, also im Jahresdurchschnitt 1725. Würde man ihre Särge aneinanderreihen, so würde sich eine Länge von 58,6 Kilometer ergeben! (Bewegung im ganzen Hause.)

Um diese Tatsachen abzuschwächen, operiert das Unternehmertum mit wissentlich falschen Angaben. Danach soll ein Teil der Unfälle nicht im Betrieb, sondern auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle passiert sein. Wenn die Unternehmer für den Berliner Stahlhelmtag pro Mann 50 Mark zahlen, so sollten sie besser die nur für 10 000 Mann berechnete Summe von 500 000 Mark den Knappheitsklassen zur Unterstützung der verunglückten Bergarbeiter zuführen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ganz offensichtlich sind die Bestrebungen, die Erwerbslosenunterstützung abzubauen. Im Hintergrund lauert dabei die Absicht, durch die Konkurrenz eines so geschaffenen Lumpenproletariats die schon zu niedrigen Löhne noch weiter herabzudrücken. Wir werden diese Absichten zu durchkreuzen wissen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Trotzdem wir seit acht Jahren die Republik haben, firmiert die Direktion von Recklinghausen immer noch „Königliche“ Bergwerksdirektion Recklinghausen. Bis heute ist trotz dringlicher Vorstellungen noch keine Abstellung erfolgt. Wir sind der Meinung, daß Beamte, die sich in das neue System nicht hineinfinden können, von solchen Posten zu verschwinden haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatsbergbau hat nach unserer Ansicht die Aufgabe, zuerst die Staatsbetriebe mit Kohlen zu versorgen.

Geradezu unglaublich ist es, daß ein Geheimer Bergrat eine private Kohlenhandels-gesellschaft ausgegründet hat, in der er englische Kohlen verkauft. (Hört, hört! bei den Soz.)

Hier muß das Ministerium schnell durchgreifen. Die Fachkammern lehnen wir ab. Den Bestrebungen, in bergmännischen Berufsschulen Religionsunterricht zu erteilen, sehen wir Widerstand entgegen. Der volksparteiliche Redner hat gestern behauptet, der Ruhrbergbau habe aus dem englischen Kohlenstreik gelernt. Wenn er damit gemeint haben sollte, daß den deutschen Bergarbeitern das gleiche Schicksal zugebracht ist, das die englischen Kohlenbarone den englischen Bergarbeitern in bezug auf niedrige Löhne und verlängerte Arbeitszeit bereitet haben, so sei ihm warmend gesagt, daß es unter den Bergarbeitern gewaltig brodelte. Sie würden sich wie ihre englischen Kollegen genau so verzweifelt wehren, wenn es die Bergberren endlich auf einen Kampf ankommen lassen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Karla (Dnat.) tritt für die Erhaltung des Siegerländer Bergbaues ein. Der Erzbergbau könnte durch eine vernünftige Frachtenpolitik der Reichsbahn viel mehr gefördert werden. Die Unfälle seien nicht auf das Versehen der Revierbeamten zu schreiben.

Abg. Effert (Z.): Die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau ist zum Teil eine Folge des verwerflichen Treibens der Unwerbergegenten.

Die schlesische Bergarbeiterschaft leidet unter unerhöht langer Arbeitszeit, niedrigen Löhnen und jämmerlichen Wohnungsverhältnissen.

Der alte Staat hat sie brutal unterdrückt, die bestehenden Klassen ihre Verpflichtungen in keiner Weise erfüllt. Darum werden jetzt die ober-schlesischen Bergarbeiter Spielball aller möglichen Volksbeglucker. Den Forderungen des Bergbaues muß auch im Etat bessere Berücksichtigung zuteil werden.

Abg. Dr. Aramer-Recklinghausen (D. Sp.) tritt für Besserstellung der Karttscheider und Bergassessoren ein. Der Handelsminister müßte, weil sonst der deutsche Bergbau zugrunde geht, den Dawes-Plan entschlossen bekämpfen, wie das der Reichsfinanzminister getan hat. (Zuruf links: Und der Reichsaussenminister?) **Stresemann** ist mit dem Reichsfinanzminister in diesem Punkte ganz einverstanden, wie überhaupt die Koalition im Reich viel besser zusammenhält als die Koalition in Preußen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Abg. Abel (Komm.) kritisiert den Gewinn der „Preußag“, der auch auf Kosten der Arbeiter erzielt sei.

Abg. Houch (Dem.) tritt für die Berücksichtigung des Handwerkes bei Vergabe der Aufträge im Staatsbergbau ein.

Abg. Schwenk-Oberhausen (Sp.): Die Einführung des Achtstundentages hängt ab von der noch möglichen technischen Verbesserung und von der Arbeitszeit in anderen Ländern. Das Ueberwachungs-system kann im Interesse der Arbeiter selbst nicht abgeschafft werden.

Abg. Otter (Soz.):

Im Gegensatz zum Handelsminister halten wir das Reichsberggesetz für notwendig, weil im Gruben-sicherheitswesen heute noch alles genau so reformbedürftig wie unter dem alten Regime ist. Mit der Praxis in den Bergrevierämtern haben wir keine günstigen Erfahrungen gemacht. Als Beweis führe ich die Festgutachten der verschiedensten Revierbeamten anlässlich der letzten Grubenunglücke an, nach denen es der Staatsanwaltschaft nicht möglich war, die wirklich Schuldigen zu ermitteln. Zur Ermittlung von Gutachten ist das Oberbergamt da. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Preussische Berggesetz von 1865 ist in vielen Fällen überholt, wie bei den Bestimmungen über den Gesundheitsbeitrag. Die Gewerbebetriebe müssen als die Berufsten hinzugezogen werden. Selbstverständlich muß alles, was Sicherheit und Gesundheit der Bergarbeiter anlangt, in einem solchen reformierten Berggesetz seinen Niederschlag finden. (Beifall bei den Soz.)

Nach kurzer, unwesentlicher Debatte schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung fordert **Abg. Dr. von Waldhausen** (Dnat.) die Aufhebung der Regalabgaben im Bergbau.

Abg. Oeffert (Soz.):

Die alten Regalabgaben, die der Bergbau an dem Grundeigentümer zu zahlen hat, belasten den Staat mit jährlich einer halben Million, bringen aber dem Staat 1,7 Millionen jährlich ein. Trotzdem sind wir für restlose Aufhebung der Regale, die ein Ueberbleibsel aus vergangener Zeit sind. Nur können wir unter keinen Umständen dulden, daß entsprechend dem Wunsche des Herrn von Waldhausen der Staat auf die Finanzierung der Regalabgaben verzichtet, selber aber weiter zahlt. Der Staat darf als Zahler nicht schlechter gestellt werden wie als Einnehmer. (Sehr wahr links.)

Handelsminister Dr. Schreiber: Das Reichsgericht hat jüngst im Prozeß der Harpener Bergwerksgesellschaft gegen den Fiskus entschieden, daß unsere Regalabgabenforderungen zu Recht bestehen. Der Staat denkt nicht daran, auf diese Einnahme zu verzichten, ist aber gern bereit, mit dem Bergbau über die Ablösung unserer Ansprüche zu verhandeln.

Der Etat der Bergbauverwaltung wird im einzelnen bewilligt. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Etat der Justizverwaltung.

„Arbeitsvermittler“.

Vor denen nicht genug gewarnt werden kann.

Die Rationalisierung und Mechanisierung der Bureauarbeit wirkt sich auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten ganz besonders stark aus und gerissene Burschen nutzen die herrschende Not in unverantwortlicher Weise aus. Durch Inserate erwecken sie Hoffnungen auf neue Verdienstmöglichkeiten, weil sie angeblich neue Stellen oder andere geminnbringende Beschäftigungen nachweisen wollen. Für ihre „Bemühungen“ lassen sie sich für „Verwaltungs-kosten“ usw. Spesen in Höhe von 1 M. bis 10 M. und mehr zahlen. Mit dem Einsetzen dieser Beträge ist die Haupttätigkeit aber beendet. Die Zahl solcher Freibeuter — Schwindler darf man sie nicht einmal ohne weiteres nennen, weil in der Regel für die Zahlung irgend etwas, wenn auch ganz wertloses Zeug, geboten wird — ist ständig im Wachsen.

Nachstehend seien einige krasse Fälle gezeigt, die sich in der Vergangenheit nacheinander unterscheiden. So ernst die ganze Angelegenheit ist, so tritt doch auch bisweilen die komische Seite recht deutlich hervor, wenn z. B. von einem „Orden der Mentalistischen Bauherren“, von einem „Deutschen Erwerbs-Bund“ oder gar von einem „Universitäts-Erfolgs-Klub“ die Rede ist. Solche „Bereinigungen“ sind meist nur ein Aushängeschild, für ihre Gründer aber bedeuten sie eine mühselige Einnahmequelle. Die Zeitschrift dieser „Organisationen“, die den Namen „Die Existenz“ führt, bringt Inserate und sogenannte gute Ratsschlüsse. Die Inserenten sind in den weitesten Kreisen unbekante „Firmen“ für ebenso unbekante und unsinnige Gebrauchsgegenstände, die nur den einen Zweck haben, Geld herauszulocken. Auch Bücher werden angepriesen, wie „Die Banknotenpresse, ein Bild in die Werkstatt der Millionäre“, „In 4 Wochen 15 Jahre jünger oder der Kassenjoch“, „Da läuten die Glocken Sturm“ oder „Die Ernte der Zukunft“. Nach der Lektüre des letzteren kann man Kohlköpfe ziehen von 3½ Meter Umfang. „Die zahlreichen unaufgefordert gefandten Dankschreiben“ sollen zeigen, wie hervorragend gut sich die Betätigung gerade auf diese im Gebiet bewährt. Aus der „Existenz“ sei ein solches „Dankschreiben“ wiedergegeben:

„Die Existenz hilft aus der Not
Den Suchern nach Verdienst und Brot.
Doch hindert uns die Polizei,
Die denkt, daß dieses Schwindel sei.“ (!)

Wer denkt das nicht?

Ein Herr Richard P., Adressen- und Propaganda-Bureau in Berlin, stellt für intensive Arbeit von täglich einer Stunde einen bequemen zu erreichenden Verdienst von 50 bis 200 M. wöchentlich in Aussicht. Die Arbeit besteht im Adressenschreiben oder -sammeln oder in der Weitergabe von Adressen an die „Interessenten“. Diese Art Stellenangebote sind die häufigsten. Das „Material“ wird nur gegen Zahlung eines gewissen Betrages geliefert.

Aus München verhandelt ein „Direktor Reinhold K., Vorsitzender des Arbeitsnachweises der Metallindustrie“, vervielfältigte Schreiben, nach denen er „zufolge Beauftragung der hiesigen Arbeitgeber des Metallgewerbes bereit ist, Sie für das in Frage kommende Fabrik-Werkstattbureau zu engagieren“. Es sind sofort 2 M. zu senden und, wenn beglaubigter Betrag gewünscht wird, 5 M. „Vor-erst sind die Verhandlungen aber nur schriftlich zu führen“. Deshalb, kann sich jeder selbst erklären.

Ein anderes Unternehmen bezeichnet sich als „Chemisches Laboratorium in Dresden“. Es macht Propaganda für ein „Postorder-geschäft“ und die „Kugbarmachung der Kaufkraft des einzelnen durch die moderne Reflake“. „Ein modernes amerikanisches System des Gelderwerbes“ für diese Firma. In einem 16 Seiten umfassenden Heftchen führt der Inhaber alle Vorzüge seines „Postordergeschäfts“ auf. Wie ein solches Geschäft anzuziehen ist, beschreibt er in einem besonderen Buche, das er zum Preise von nur 10 M. abgibt an solche — die es kaufen, „bis auf weiteres“ zum Vorzugspreise von 5 M. Der Besteller ist verpflichtet, das Buch weder zu veräußern noch auszuleihen oder sonst jemandem Einblick zu gestatten.

In Amsterdam ist eine „Firma“ The American-Dutch-Trading-Company, für die die Stellenlosen ein Mittel vertreiben sollen, das eine 20prozentige Kohlenersparnis bewirken soll. Aus der Gebrauchsanweisung ist der Inhalt dieser „Erfindung“ klar ersichtlich. Der Lieferant gibt nicht unter 200 Kartons à 25 Pf., die für je 75 Pf. verkauft werden sollen, an den „Vertreter“ ab. Dieser braucht nur 240 Kartons täglich zu verkaufen und verdient dann 60 M. jeden Tag.

Eine „Werkstätte für neue Kunst R. F. Nr.“ in G. versendet gegen Zahlung von 1 M. eine „Brochüre“ im Format 10 : 14 Zentimeter, acht Druckseiten stark, in der für eine „neue Idealbeschäftigung“ Propaganda gemacht wird. Man braucht nur das „Werk mit Anleitungs-faden des patentierten Verfahrens zur Herstellung von Oelgemälden hinter doppelt gewölbten Spezialgläsern zum Preise von 20 M. und 2 M. für Spesen“ zu bestellen. Besteller ist zur „Geheimhaltung“ der Verfahrens verpflichtet.

Das sind nur wenige Fälle. Die angeführten Inserate findet man in den „kleinen Anzeigen“ gewisser Zeitungen als Chiffre-annoncen. Jeder, der lange Zeit ohne Beschäftigung und Einkommen ist, verhängt die Stellungs-inserate. Man versteht es, daß Tausende den letzten Groschen opfern und nach einer angepriesenen Stellung greifen. Kautions, die noch häufig verlangt wird, ist sobald sie gezahlt wird, auch schon als verloren anzusehen.

Der ganze Zweck dieser Art „Stellenvermittlung“ ist das Koffieren der geforderten Gelder, die leider noch häufig in der Hoffnung auf Beschäftigung gezahlt werden. Es kann nicht genug vor den Hyänen auf dem Stellenmarkt gewarnt werden. Durch das Einschreiten des Zentralverbandes der Angestellten ist schon so manchem dieser ehrenwerten Ritbürger das Handwerk gelegt worden.

Die Handelsarbeiter im Leder-großhandel.

Der Streik erscheint unvermeidlich.

Seit annähernd zwei Jahren hoffen die Handelsarbeiter auf einen den Teuerungsvorhältnissen entsprechenden Lohnausgleich. Länger als zwei Monate schon werden die Verhandlungen durch den Arbeitgeberverband des Großhandels verschleppt.

Trotz guter Konjunktur und eines einmündigen Schieds-spruches des Schlichtungsausschusses, welcher eine Lohnsteigerung von 7 bis 9 Proz. vorsieht, lehnen die Unternehmer die berechtigten Forderungen brüst ab. Für die schwere und verantwortliche Arbeit, welche zu leisten ist, bieten sie nur eine Mark Zuschlag pro Woche und verlangen eine unbezahlte Mehrarbeit bis zu 52 Stunden pro Woche sowie Abbau der Urlaubsfrist.

Eine unerhörte, in der Branche nie dagewesene Provokation, welche die Handelsarbeiter zwingt, trotz langjähriger Vertrauensstellungen zum letzten Mittel, der Arbeitsniederlegung, zu greifen. Die beschließende Versammlung ist am Dienstag, dem 10. Mai, nachmittags 5½ Uhr, in den Residenz-Theater, Landsberger Str. 31.

Einigung in den nieder-sächsischen Kraftwerken.

Erhöhung der Löhne um 6 und 2 Pfennig.

In dem Lohnstreit des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer und Metallarbeiterverbände und der dem Arbeitgeberverband nieder-sächsischer Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke angeschlossenen Betriebe fanden gestern im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Herr Oberregierungs-rats Bauer Einigungsvorhandlungen statt. Es kam eine Einigung zwischen den Parteien zustande, die eine Erhöhung der Löhne ab 1. April um 6 Pf. pro Stunde und ab 1. Oktober weitere 2 Pf. vorsieht. Die Zulagen für Wochenschicht werden um weitere 10 Proz. erhöht.

Einer der Großen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zählte am 1. April 1927 213 641 Mitglieder, darunter 181 167 männliche und 32 474 weibliche Mitglieder. Der Mitgliederstand am 1. März betrug 211 224.

Lohnkonflikt in der ostoberschlesischen Schwer-industrie.

Kattowitz, 4. Mai. (U.) Der Arbeitgeberverband hat den Lohnparität in der Schwerindustrie zum 15. Mai getündigt, um eine Herabsetzung der Löhne durchzuführen.

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark ist in der zweiten Hälfte des April um 5621 zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Lande beläuft sich noch auf 68 896 gegen 50 500 im Jahre 1926 und 35 500 im Jahre 1925.

Nachspeisen von köstlichem Geschmack



sind in der heißen Jahreszeit von besonderem Wert für das Wohlbefinden. Ihre Zubereitung mit Milch und das feine Aroma üben eine kräftigende und belebende Wirkung aus.

Mit Dr. Oetker's Puddingpulver

in vielen Sorten vom einfachen bis zum Feinkost-Pudding stellen Sie jeden Geschmack zufrieden. Verlangen Sie Dr. Oetker's Puddingpulver nur in Originalpackungen (niemals löse) mit der Schutzmarke „Oetker's Hekkopf“.

Gute Rezepte für Süß- und Gelee-Speisen sind in dem neuen farbig illustrierten Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F enthalten. Sie lesen darin auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. Das neue Buch ist für 15 Pf. bei Ihrem Kaufmann zu haben, wenn vergriffen, gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. OETKER, BIELEFELD.

Ladenverkaufspreise: Backpulver „Backin“ 1 Stck. 10 Pf., 3 Stck. 25 Pf., Puddingpulver Vanille-Mandel 10 Pf., Vanille-Zucker 5 Pf., Vanille-Sonnenpulver 5 Pf., Gals-Schokoladen-Puddingpulver 15 Pf., Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln 25 Pf., Gustig 225 g 35 Pf., Eismasche-Halle 7 Pf.

Im Berliner Hausfrau-Verein kommt Dr. Oetker's Puddingpulver zur Verwendung.

mit geh. Mandeln aufgetragen mit Vanille-Sauce

Im Zwielficht.

Von Wilhelm Plog, Hamburg.

Im Zwielficht lag das mächtige Treppenhaus der Arbeitsbörse. Hier stiegen steinerne Säulen, vom Erdgeschoß bis an das Dach, begrenzten den Lichtschacht. Auf jedem Stockwerk zogen sich eiserne Gitter um diese Säulen. Dahinter, wie Stollen eines Bergwerks anzusehen, lagen lange Gänge, auf denen sich Tür an Tür reihte. Alle dunkelgestrichen, mit kleinen runden Scheiben, durch die ein matter Schein von Tageslicht hereinfiel. Breite steinerne Treppen rechts und links führten in die Höhe. Auf jeder Treppe brannte eine Lampe, in deren Schein man Anfang und Ende der Treppe kaum erkennen konnte.

Es stutete unaufhörlich über diese Treppen auf und ab. Arbeiter stiegen schwer hinauf, Greise zogen sich mühsam am Geländer hoch, junge Burschen schwangen sich flink an ihnen vorbei. Es stieg hinauf und kam herunter in einemfort. Überall in den Gängen, auf Treppenaufgängen und an den Eisengittern standen und hockten Arbeitssuchende, einzeln und in Gruppen.

Stimmengewirr durchschwirrte das Treppenhaus, gedämpft und hohl, und mischte sich mit dem Scharren der Füße zu einem eigentümlich brausenden Geräusch. Die Luft war trocken; sie benahm den Atem.

Unten im Erdgeschoß, auf einer flachen, plumpen Bank ohne Rückenlehne, saß einer und verzehrte sein Frühstücksbrot: ein kleines Männchen in abgetragenen schwarzen Rod, mit einer großen grauen Mütze auf dem Kopf und kläglichen Holzschuhen an den Füßen. Er sah ganz krumm und hatte das linke Bein über das rechte geschlagen. Sein schmales bartloses Gesicht, blattennarbig, mit kleinen entzündeten Augen, verschwand vollständig unter der hohen Mütze. Wohl an die sechzig Jahre mochte der Alte zählen. Ein großes Messer hielt er in der Rechten und in der Linken eine abgeschälte Zwiebel. Auf seinem Knie, in einem Zeitungsbündel, lag ein Stück Schwarzbrot. Es war zerbröckelt von dem Tragen in der Tasche, leicht angetrocknet und rissig.

Der Alte schnitt von seiner Zwiebel eine Scheibe ab, legte sie auf die Kante des Brotes, schnitt ab und schob es in den Mund. Sofort begann er hastig zu kauen, als habe er Eile. Er sah nicht auf dabei; nur ab und zu, mit vollem Munde, murmelte er unverständliche Worte.

Scheibe auf Scheibe schnitt er von der Zwiebel ab und aß mit Eifer. Die Muskeln an seinem mageren Halse strammten sich.

Ganz nahe dem Ausgang sah er. Fortwährend öffnete und schloß die Tür sich, Menschen kamen und gingen. Der Alte sah seinen einzigen an; sein Blick war unverwandt auf Zwiebel und Brot gerichtet mit einer wahren Wut.

Er merkte auch nicht, daß einer vor ihm stehen blieb und ihm beim Essen zusah. Ein eleganter junger Mann war es mit einem gesunden bräunlichen Gesicht, über dem ein heiteres Lächeln lag. Er trug goldgelben Mantel, Strohhut und sehr blanke Schuhe. Man sah ihm an, daß er nicht hierher gehöre wie die anderen, die ärmlicher gekleidet waren und nicht so sorglos-heiter lächelten. Wie Sonne ging's von seinen Augen aus.

Er sah eine Weile auf den Alten nieder und fragte dann: „Verzeihen Sie, mein Herr, was sind das alles für Leute, die hier kommen und gehen?“

Der Alte schielte unter seiner Mütze hervor aus seinen rotgeränderten Augen den Fremden an. Nachdem er wieder einen Bissen zum Munde geführt hatte, antwortete er mürrisch: „Lumpen sind's — alles Lumpen.“

Dann kante er weiter: „Der Fremde lächelte belustigt.“

„Warum sind es denn Lumpen?“ fragte er.

„Weiß ich's? Weil sie kein Geld haben.“

„Aber was wollen die vielen Leute hier? Holen sie irgend etwas?“

„Holen!“ Der Alte stopfte müttend einen Bissen Brot in den Mund. „Gibt nichts zu holen hier.“

„Und warum kommen sie? Was suchen sie denn hier?“

„Arbeit!“ jähste ihn der Alte giftig an. „Arbeit! — Geld! — Brot!“

Dann drehte er sich, abweisend, doch dies Gespräch für ihn beendet sei, zur Seite.

Der junge Mann holte lächelnd ein silbernes Zigarettenetui aus der Tasche und zündete sich eine Zigarette an.

Der Alte schielte von der Seite, rüchte ein paar mal nervös hin und her und zog dann eine Flasche heraus, entkorkte sie und trank den Rest in gierigem Zuge aus.

„So — fertig!“ knurrte er. Dann suchte er in seinen Taschen herum, kramte Papiere heraus, die alt und schmutzig waren. Auch eine trockene Zwiebel kam zum Vorschein. Mehr fand er nicht, obwohl er länger suchte. Was er gefunden hatte, drehte er in seinen Händen. Bald hatte er die Zwiebel rechts und die Papiere links, bald umgekehrt. Dann sah er's an. Und plötzlich wandte er sich an den Fremden.

„Was wollen Sie hier eigentlich, was? Was hören, he? Was sehen?“

„Aberdings,“ sagte der junge Mann ganz ruhig, „ich sah die vielen Menschen, da interessierte es mich zu erfahren, was es hier gibt.“

„Am — schön. Was es hier gibt! Ich sage Ihnen, hier gibt's das Elend. Wenn Sie was sehen wollen, warten Sie hier. Ich gehe hinauf und frage. Geben Sie mir Arbeit, gut, dann gibt es nichts zu sehen. Geben Sie mir keine, stürz' ich mich runter. Das kannst du sehen, du Lops.“ Er drehte die Zwiebel in seiner Hand und steckte sie in die Tasche.

„Sie scherzen,“ sagte der junge Mann, „das werden Sie nicht tun.“

Der Alte sah ihn giftig an.

„Du willst es doch gern sehen, he?“

Der junge Mann griff in die Tasche und zog ein Geldstück heraus.

„Aha, nee,“ der Alte stand auf, „ich nehme nichts — behalt' den Bittel.“

Er war schon auf der Treppe. Dadurch sah der junge Mann dem wunderlichen Alten nach, tat einen tiefen Zug aus seiner Zigarette, schüttelte den Kopf und ging. Am Ausgang blieb er eine Weile sinnend stehen, sah sich noch um, dann schritt er in den sonnigen Frühlingmorgen hinaus.

Die Tür schloß sich nicht einmal ganz hinter ihm; schon kamen Menschen hinterher. Es stutete hinaus, hinein und über die halbdunklen Treppen. Es hockte auf den Treppenaufgängen und stand herum und lauerte. . . .

Sechs Stock hoch war das Haus, und überall war es voll Menschen, die sich im Zwielficht durcheinander drängten. Ein Wühlen war's, Gemurmel, Füßescharren, brausend, geheimnisvoll. Kein lautes Wort, kein Ruf hob sich heraus; es scholl dahin, dumpf, tonlos. . . .

Doch! In der Höhe wurde es laut! Ganz oben hörte man plötzlich ungewohnten Lärm — eine aufgeregte, schreiende Stimme, dann mehrere durcheinander. Auf allen Stockwerken bogen sich Köpfe über die Eisengitter und sahen nach oben.

Knallend schlug eine Tür. Eine Stimme schrie wie in wahnsinnigem Schreck! Ein Schatten huschte durch den Lichtschacht in die Tiefe, ein dunkler Klumpen, wie ein Bündel Zeug.

Kessort „Begger“.

Nicht gleich als KJ-Mann auftreten, sondern als aufrichtiger Freund sich ausgeben.
(Aus den Spitzelabweisungen des KJ)



„Lieber Reichsbannerkamerad, mein ganzes Herzchen möchte ich dir offenbaren . . .“



„Verflucht, da habe ich nicht bedacht, warum ich vorher die Jacke zugeknöpft hätte!“

Und dann ein dumpfer Aufschlag unten auf den Steinen. Sekundenlang war's still. Dann scholl der Lärm bedrohlich an.

Stimmen gellen durch's Haus, und in furchtbarer Hast sprangen Menschen über die Treppen. Auf allen Stockwerken bogen sich Köpfe über die Gitter und spähten in die Tiefe.

Dort unten, wo der schwarze Klumpen lag, sprangen Menschen herzu. Es kamen mehr; der eine sah dem anderen über die Schulter. Bald sah man nichts, als dieses Menschenknäuel, in dem einer den anderen fragte, was geschehen sei.

„Ist einer abgestürzt,“ hieß es.

„Tot?“

„Platz! Platz machen! Zurücktreten!“

Man trug den Toten in eine Kammer. Die Menschen machten eine Gasse und blieben stumm.

Der Tote war ein alter Mann in schwarzem Rod und grauer Mütze, mit kläglichen Holzschuhen an den Füßen. Unkenntlich das Gesicht, Blut rann darüber hin.

Da er gelegen hatte, blieb eine Blutspur, um die schon alle Menschen einen Bogen machten. Und eine Blutspur zog sich nach, wo man ihn trug.

Die Kammertür schloß sich hinter dem Toten.

Ein Wärter kam, wischte die Blutspur von den Steinen; es blieb ein dunkler Fleck zurück.

Die Menschen lauerten in Gruppen vor der Tür und sprachen mit gedämpften Stimmen zueinander.

Doch bald war alles wie zuvor.

Es kam und ging, es hockte auf den Treppen und stand und lauerte herum. Murmeln von Menschenstimmen, dumpf, verhalten, und Schauern, Schauern mischten sich zu einem Brausen, bedrohlich, rätselhaft und schauerlich. . . .

Auf dem Aussterbeetat.

Von Billy Len.

Durch das Wissen des Zoologen klingt ein schwermütiges Lied, das Lied vom letzten Tier. Es hat nicht den Humor wie Scheffels Lied vom letzten Ichthyosaurus, dieser letzte Ichthyosaurus starb von selbst oder endete tragend zwischen den Riefen eines der nun auch ausgestorbenen Molosaurier oder eines Riesenhais. Das ist es nicht. Sondern das vom letzten Tier, das am Menschen stirbt.

Das ausgegessene wird, wie die letzten Riesentiere von Mauritius, die letzte Kellersche Seeuh des Beringmeeres, der letzte Riesentalpferd von Island; oder das endlich altersschwach das Zeilische im Bildgehege oder im Zoo segnet, wie das letzte Quagga zebra Ende des vorigen Jahrhunderts in Berlin oder der letzte Urstier 1627 irgendwo in Polen.

Es ist ein schwacher Trost, daß schon unsere Vornorden so gesündigt haben. Sogar schon die Höhlenmenschen der Eiszeit, die noch Mammuth und Wollnashornbraten aßen, die noch den Alt-elefanten (*Elephas antiquus*) und den Alibion am Geschmack unterscheiden konnten. In Südamerika gab es zur selben Zeit Riesenkaufer, und Riesengürtelbraten.

Wenn es vielleicht auch übertrieben ist, zu sagen, daß solche feistlichen Schmäuse der Anlaß zum Aussterben dieser Tiere waren, mitgeholfen haben sie sicher.

Es gibt zwei, direkt vom Schimmer der Romantik umkleidete, weil sehr fremde Tiere, die sich das buchstäbliche Aufessen gefallen lassen mußten.

Das sind zunächst die Riesenschildkröten, die die alten Seefahrer auf einsamen Inseln des Weltmeeres, vor allem auf den Maskarenen und Galapagosinseln (*galapago* — spanisch — Schildkröte) in so dichten Herden antrafen, daß man Hunderte von Metern weit über die aneinanderklappernenden Panzer der Riesentiere gehen konnte. Die Entdeckung aber war gleichzeitig das Todesurteil, denn das Schildkrötenfleisch schmeckte gut, war leicht zu erbeuten und einfach zu verfrachten.

Das andere Tier ist der deutsche Ibis. Konrad Gesner zu Zürich, Vater der modernen Zoologie, kannte ihn noch genau und berichtete, daß der Waldkrapp nicht nur in einöden Wäldern, sondern auch in hohen Schroffen oder in allen einöden Türmen und Sinnen wohnte, dannher er auch ein Klaukrapp oder ein Steinrapp genannt werde. Aber trotzdem gelang es diesem deutschen Ibis nicht, seine Nester so unzugänglich anzubringen, daß er nicht „etwa von einem Menschen, so sich an einem Seil hinabgelassen, ausgenommen und für einen Schleg gehalten werde“, denn die Nester hätten „ein fleischlich Fleisch und weich Gebein“.

Und daran lag es, daß der deutsche Ibis, ein Zugvogel, schließlich nicht mehr wiederkam. Aber er lebt noch, allerdings fern in Afrika, der Waldkrapp oder Schopfbibis. Aber die anderen Vögel, die am Menschen zugrunde gingen, können wir nur mehr ausgestopft im Museum erblicken. Vom mauritanischen Dromed gar nur ein Bild, vom Riesentalpferd, vom Lufatzenogel (ein Burparthuhn) und vom Dümmschnabelnestor (ein Papagei) von Neuseeland, je noch ein paar Bälge. Vom Moastrauh von Neuseeland, der von den Maori ausgezehrt wurde, haben wir gar nur Knochen, Eier und ein Paar einzelne Federn.

Das sind alles Fälle, wo der Hunger einiges entschuldigen kann. Was soll man aber dazu sagen, wenn man liest, die wunderbaren Paradiesvögel Neuguineas zogen sich mehr und mehr ins Innere der Insel zurück. Auch auf der größten Insel muß das Zurückziehen einmal ein Ende haben. Die großen Sänger, die auf's äußerste gefährdet sind, haben wir wenigstens alle noch im Wildpark. Bis auf das Quagga, wie gefagt. Aber das deutsche Wildrind Wissen existiert noch, in einer allerdings geradezu unwürdigen Weise, die kaum hoffen läßt, es auf die Dauer zu erhalten. Die letzte halb wilde Herde im Urwald von Bialowies vernichtete der Krieg, jetzt nur noch in Zoos und Gehegen. Sondernbarerweise muß man wirklich sagen, ist das beim amerikanischen Verwandten des Wisjents, dem Bison, geglückt, der letzten jagt eine Comhochschlacht erbeuten mußte, nachdem er von echten Schlächtern beinahe ins Jenseits befördert worden wäre.

Ausnahmslos nur noch in Reservaten leben mehrere Tiere Südafrikas, die früher Kennzeichen ihrer Landschaft waren. So das schöne Weißschwanzgams, der zierliche Buntbock, der beinahe gleichgefärbte Bleibbock und das Bergzebra. Bedroht sind auch die Stammväter von Pferd und Esel, der nubische Wildesel und das mongolische Wildpferd *Equus Przewalski*. Ob ihre Erhaltung gelingt?

Nicht mehr zu retten wird der chinesische sonderbare Miluhirch sein, der nur noch in ein paar Exemplaren in England beim Herzog von Bedford lebt, nachdem ihm im Heimatlande der Vorerkrankung vernichtet.

Einen absonderlichen Tod stirbt der australische Wildhund Dingo, durch Vermischung mit dem Haushund, wie der Urstier hauptsächlich durch Vermischung mit dem Hausrind starb.

Ein Land nur noch schützt seine seltenen Tiere. Tibet, das heilige Land. Aber auch das ist nur eine Zeitfrage. Immerhin, wenn noch Zeit ist, so ist auch noch Zeit zum Retten. Und so hoffe ich auf das Weiterleben des seltenen Lalin, oder der Smuzje und des sonderbarsten aller bärenartigen Tiere, des „Rei-hjun“ oder Horkeleibären und des ganz verwilderten Panda oder Ragenbären. Auch das Moschustier, in Wirklichkeit ein Urhirsch, dürfte sich noch eine Weile halten.

Den Pelztieren ist ja eben ihr Pelz verderblich geworden, aber dieselbe Prostitution, die sie vernichten wollte, rettet sie jetzt durch künstliche Zucht. Bei dem großen Seerottor von Kamtschatka aber dürfte sie zu spät kommen. Und ein Tier reißt das andere mit. Mit dem in der alten Welt fast ausgerotteten Biber wird der Biberfänger aussterben, der sich ganz dem Leben in dessen Pelz angepaßt hat. Wenn wir den Wolfslisch vernichten, geht mit ihm der seltenste aller Krebse, die sogenannte Wolfslischschnecke, mit zugrunde. Sogar einzelne Insekten haben schon daran glauben müssen, wie der maßigste aller Käfer, der Riesenhorn von Capenne, der 20 Zentimeter lang und sechs breit wurde. Und der schöne Apollonmutterling ist kaum noch anders bekannt, als aus Sammelplatzemplaren.

Am besten halten sich noch die Kaliblüter, wenn man den Sonderfall „Riesenschildkröte“ nicht rechnen will. Aber gerade das seltenste Reptil, die Bräunenechse von Neuseeland, der einzige lebende wirkliche Urdrache vom Stamme der Rhynchoccephalen oder Schnabelköpfe, ist auch gefährdet. Zwar ist ein Schutzgesetz erlassen, aber das ist meist der Anfang zum Ende.

Der letzte dieser langen Reihe ist der größte lebende Lurch, der japanische Riesensalamander, der anderthalb Meter lang wird. Auch er wird fleißig gejagt und gegessen. Ein naher Verwandter dieses Tieres lebte einstmals in Europa. Sein versteinertes Skelett wurde seinerzeit von dem sonst trefflichen Schweizer Geologen Scheuchzer „der kurlosen und gekrüchten Welt“ als Überrest eines in der Sündflut ertrunkenen Menschen, als homo diluvii testis, vorgelegt. Seinen noch lebenden nächsten Verwandten aber blüht das von Floerke vorausgesehene Schicksal, ein „animal humane crudelitate testis“ zu werden.

Ob unsere Entel wirklich die Tierwelt nur noch aus Buch, Bild, Museum und allenfalls Zoo und Natursehnpark kennen werden? Es ist ein wehmütiges Lied, das Lied vom letzten Tier, ein Lied, dessen Motiv identisch ist mit dem des Triumphmarsches von der Herrschaft des Menschen — und ihrer Schattenseite.

Man lernt nie aus.

Nicht nur die Römer hatten eine feste Grenzlinie, die „Römerschanzen“ oder „limes“; solche existierten früher überhaupt. So zog sich von Schottland durch ganz Europa und Asien bis nach China eine Kette von Gräben und Wällen, die den Zweck hatten, an besonders gefährdeten Stellen die südlichen Reiche, Rom, Persien und China (chinesische Mauer), vor den nordischen Wald- und Steppenvölkern zu schützen.

Die mittlere Temperatur der Ozeane beträgt 4 Grad. Die Ozeane können eine Temperatur bis zu 30 Grad haben. In der Tiefe nimmt die Temperatur ab.

Im Gegensatz zu den künstlichen Mumien, die durch besondere Zubereitung vor der Verwesung geschützt werden, gibt es natürliche. Sie entstehen, wenn der menschliche Leichnam in sehr porösem und trockenem Boden liegt, oder wenn ein kalter, trockener Luftzug über den Körper hinstreicht. Auch hochsalz-, salpeter- oder aluminhaltige Bodenbestandteile begünstigen die natürliche Mumienbildung.

Die höchsten Siedelungen der Menschen finden sich in einer Höhe von etwa 5000 Meter, so in Tibet. In einigen Gegenden von Peru wohnen die Menschen sogar 8210 Meter hoch.

